



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Rechtsextremismus 2.0

Propagandastrategien im Internet und Gegeninitiativen

Verfasserin

Tanja Schatz

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Mai 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	5
Danksagung	7
1 Einleitung	9
1.1 Forschungsleitende Fragestellung	10
1.2 Aufbau der Arbeit	11
2 Öffentlichkeit und computervermittelte Kommunikation im Internet	13
2.1 Das Internet	14
2.1.1 Geschichte und Entwicklung	14
2.1.2 Web 2.0	15
2.1.3 Internet als Massenmedium	18
2.1.4 Kommunikationsformen im Internet	21
2.1.5 Daten zur Internetnutzung	24
2.2 Öffentlichkeit	26
2.2.1 Öffentlichkeitsmodelle	28
2.2.2 Politische Kommunikation und Öffentlichkeit im Internet	31
2.2.3 Exkurs: Protestkommunikation.....	34
2.2.4 Netzöffentlichkeit.....	38
3 Rechtsextremismus	42
3.1 Der amtliche Rechtsextremismusbegriff	43
3.2 Der politikwissenschaftliche Rechtsextremismusbegriff.....	45
3.2.1 Rechtsradikalismus.....	46
3.2.2 Rechtspopulismus.....	48
3.2.3 Rechtsextremismus	52
4 Chancen für den Rechtsextremismus im Internet	65
4.1 Propagandamedium Internet	66
4.2 Entwicklung rechtsextremer Internetpräsenz	69
4.3 Rechtsslage	72
4.3.1 Verbote im Bereich Rechtsextremismus	74
4.3.2 Haftung im Internet	76
4.4 Erlebniswelt Rechtsextremismus	79
4.5 Rechtsextreme Propaganda im Web 2.0	84
4.6 Daten zur rechtsextremen Internetpräsenz	88

4.7	Funktionen rechtsextremer Internetpräsenz	91
4.7.1	Rechtsextremismus als soziale Bewegung.....	91
4.7.2	Gegenöffentlichkeit und Breitenwirkung.....	94
5	Fallbeispiel NPD.....	98
5.1	Geschichte, Ideologie und Ziele der NPD	98
5.2	Der Internetauftritt der NPD	103
6	Gegenstrategien.....	117
6.1	Politische Maßnahmen	117
6.1.1	Der Verfassungsschutz.....	118
6.1.2	Filtersoftware und Meldefomulare.....	119
6.1.3	jugendschutz.net.....	120
6.1.4	INACH.....	122
6.2	Zivilgesellschaftliche Gegeninitiativen.....	123
6.2.1	Netz-gegen-Nazis.de	124
6.2.2	Die Kampagne „Soziale Netzwerke gegen Nazis“	127
7	Zusammenfassung	130
	Literaturverzeichnis	133
	Abstract	141
	Lebenslauf	143

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 2-1: Web 2.0 Meme Map.....	16
Abbildung 2-2: Kommunikationsformen im Internet	23
Abbildung 2-3: Zeitreihe Internetzugang	25
Abbildung 3-1: Das Extremismus-Modell	43
Abbildung 3-2: Dimensionen des Rechtsextremismus.....	61
Abbildung 4-1: Plattencover Landser	84
Abbildung 4-2: Websites im Monitoring 2009 - Kategorien	89
Abbildung 5-1: NPD-Homepage Startseite.....	105
Abbildung 5-2: NPD-Logo	105
Abbildung 5-3: Aufruf zur Mitgliedschaft.....	111
Abbildung 5-4: Veranstaltungsankündigung.....	111
Abbildung 5-5: Werbung für Versandkatalog	112
Abbildung 5-6: Symbol zur Materialbestellung	113
Abbildung 5-7: Werbung für rechtsextremes Musikangebot.....	114
Abbildung 6-1: Kampagnenlogo „Soziale Netzwerke gegen Nazis“	128

DANKSAGUNG

Ganz besonderer Dank gilt meinem Diplomarbeitbetreuer Herrn Univ.-Doz. Dr. Johann Wimmer, der stets Zeit für meine Fragen fand und mich immer mit konstruktiven Ratschlägen unterstützte und damit einen großen Beitrag zu meiner Motivation leistete.

Mein weiterer großer Dank gilt meiner Familie und meinen Freunden, auf die ich mich während der durchaus anstrengenden Phase der Diplomarbeitserstellung immer verlassen konnte, die mir – jeder auf seine Weise – Hilfe leisteten und durch deren Unterstützung ich erst ans Ziel kommen konnte.

Ich möchte diese Arbeit meiner Mutter Edeltraud Schatz widmen, die immer bedingungslos hinter mir steht, für mich da ist und mich in allen Lebenslagen unterstützt: Danke Mama!

1 EINLEITUNG

Das Phänomen Rechtsextremismus ist nach wie vor ein gesellschaftspolitisch relevantes Thema. Regelmäßig berichten Medien über aktuelle Vorgänge mit rechtsextremem Hintergrund. So erregen rechtsextrem motivierte Schmierereien, Aufmärsche und Straftaten immer wieder öffentliches Interesse. Häufig werden in diesem Zusammenhang auch rechtsextreme Internetaktivitäten thematisiert. Der moderne Rechtsextremismus tritt in vielen verschiedenen Erscheinungsformen auf. Dabei agieren rechtsextreme Parteien, Organisationen, subkulturelle Gruppen aber auch Einzelpersonen in einem breiten Feld. Rechtsextreme Kräfte sind darum bemüht ihre von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung geprägte Ideologie zu verbreiten und salonfähig zu machen. Sie greifen die Ängste und aktuellen Problemlagen der Gesellschaft auf und präsentieren eigene Lösungsansätze. Dabei hetzen sie gegen konstruierte Feindbilder, üben Kritik an der demokratischen Staatlichkeit und propagieren ein autoritäres Herrschaftsmodell. Der moderne Rechtsextremismus distanziert sich jedoch von einem ewiggestrigen, verstaubten Image und durchlebte in den letzten Jahren einen Modernisierungsprozess. Im Zuge dieser Veränderungen setzt die rechte Szene auf moderne Medien und verstärkt auf das Internet.

Das Internet ist das zentrale Kommunikationsmittel unserer Zeit. Das weltumspannende Netz hat die Welt der Kommunikation und des Informationsaustausches revolutioniert. In den letzten Jahrzehnten entwickelte sich aus einem kleinen Netzwerk ein Medium, das alle Lebensbereiche durchdringt und aus der modernen Gesellschaft nicht mehr wegzudenken ist. Dementsprechend umfangreich sind auch die verschiedenen Zuschreibungen hinsichtlich seiner Bedeutung für die Gesellschaft und Politik. Eines ist jedoch augenscheinlich, das Internet bietet eine kostengünstige, breitenwirksame und unkomplizierte Möglichkeit, Information zu verbreiten. Diese Chance haben auch rechtsextreme AktivistInnen für sich erkannt. Rechtsextreme Organisationen sind darum bemüht neue potentielle Mitglieder und SympathisantInnen anzuwerben. Die rechtsextreme Szene befindet sich in einem stetigen Wandlungsprozess und verwendet verstärkt das Internet zur Verbreitung ihrer Propaganda. Das NPD-

Organ „Deutsche Stimme“ sieht im Internet „in Zeiten absoluter Medienkontrolle (...) das letzte Medium, das eine tatsächliche Informationsfreiheit gewährleistet“. Dies sei ein „wichtiger Gegenpol zum herrschenden Zeitgeist“. RechtsextremistInnen finden im Netz ihr effizientestes Propagandamedium und nutzen es seit seinen Anfängen. Durch die zunehmende Komplexität und gesteigerte Kommunikations- und Interaktionsfähigkeit des Web 2.0 erschließen sich in diesen Bereichen neue Möglichkeiten.

In der vorliegenden Arbeit soll dem Problemkreis Rechtsextremismus im Internet nachgegangen werden. Dabei wird das Medium Internet und seine Bedeutung als modernes Kommunikationsmittel für Demokratie und Gesellschaft näher bestimmt. Weiters wird eine Einordnung des Phänomens Rechtsextremismus und seine Chancen durch die Nutzung des Internets vorgenommen. Dabei soll der Frage nachgegangen werden, welche strategische Funktion die Internetpräsenz für den modernen Rechtsextremismus erfüllt. Außerdem sollen die politischen und gesellschaftlichen Strategien gegen den Rechtsextremismus im Internet dargestellt werden.

1.1 FORSCHUNGSLEITENDE FRAGESTELLUNG

In diesem Zusammenhang ist es Ziel dieser Arbeit auf folgende Fragestellungen eine Antwort zu finden:

- Inwieweit ist das Internet als zentrales Massenmedium unserer Zeit charakterisierbar?
- Welche Chancen eröffnet die Nutzung des Internets für den modernen Rechtsextremismus?
- In welcher Weise funktioniert rechtsextreme Propaganda im Web 2.0 und an wen ist sie gerichtet?
- Welche Gegenstrategien entwickeln Politik und Gesellschaft?

1.2 AUFBAU DER ARBEIT

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich in sieben Kapiteln mit dem Thema Rechtsextremismus im Web 2.0 und den diesbezüglichen Gegenstrategien.

Zu Beginn wird eine theoretische Einordnung des Problemkreises Rechtsextremismus im Internet vorgenommen. Dabei wird in Kapitel 2 eine theoretische Einordnung des Internets als Kommunikationsmedium vorgenommen. Es existiert keine einheitliche Theorie zum Internet. Deshalb wird in diesem Kapitel anhand der Begriffsbestimmungen zu den Bereichen Öffentlichkeit und computervermittelte Kommunikation die Bedeutung des Internets erklärt. Es wird zuerst ein Überblick über die Geschichte und Entwicklung des Internets bis zu seiner heutigen Ausprägung gegeben. Danach wird der Begriff des Web 2.0 und die Kommunikationsformen im Internet erklärt sowie auf eine Einordnung des Internets als Massenmedium eingegangen. Durch die aktuelle Datenlage zur Internetnutzung wird das Bild abgerundet. Um die Bedeutung des Internets besser fassen zu können, wird darauf eingegangen, wie der Begriff Öffentlichkeit definiert wird und welche Rolle er in der Demokratie übernimmt. In einem nächsten Schritt wird der Öffentlichkeits-Begriff in Zeiten der computervermittelten Kommunikation erklärt. Dabei wird auf die Formen politischer Kommunikation im Internet eingegangen sowie auf Möglichkeiten der Protestkommunikation. Der Begriff der Netzöffentlichkeit soll diese Ausführungen abrunden und eine Einschätzung der Bedeutung des Internets für die moderne Politik und Gesellschaft ermöglichen.

In Kapitel 3 beschäftigt sich die Arbeit mit der theoretischen Einordnung des Phänomens Rechtsextremismus. In diesem Falle wird ebenfalls das Fehlen einer einheitlichen Theorie zum Thema festgestellt und zusätzlich eine große Verwirrung bezüglich der Begriffsbestimmungen in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aufgezeigt. So wird in diesem Abschnitt der amtliche und politikwissenschaftliche Rechtsextremismusbegriff erklärt. Um Klarheit in die Begriffsbestimmung zu bringen, werden zur Abgrenzung die Begriffe Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus definiert.

Im vierten Kapitel werden die Chancen, die sich für den Rechtsextremismus durch die Nutzung des Internets ergeben, behandelt. Einer Einschätzung der Rolle des Internets als Propagandamedium folgt die Aufarbeitung der Entwicklung rechtsextremer Internetpräsenz. In einem nächsten Schritt werden die rechtlichen Grundlagen betreffend rechtsextremistischer Aktivitäten im Internet behandelt. Um die aktuellen Vorgehensweisen und Ausprägungen des Rechtsextremismus zu verstehen, wird die „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ und ihre Propagandastrategien im Web 2.0 skizziert. Danach wird die Datenlage zur rechtsextremen Internetpräsenz dargestellt und in einem letzten Schritt die Funktionen und strategische Bedeutung der Internetpräsenz für den Rechtsextremismus erklärt.

Diese Einordnung der Funktionen rechtsextremer Internetpräsenz liegt der Fallstudie über den Webauftritt der NPD im nächsten Kapitel zu Grunde. In diesem Abschnitt wird zuerst kurz auf die Geschichte und Ideologie der rechtsextremen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands eingegangen und anschließend ihre Internetpräsenz analysiert und bewertet.

Im nächsten Kapitel werden die Gegenstrategien betreffend den Rechtsextremismus im Internet dargestellt. Dabei werden erst die politischen Initiativen und Vorgehensweisen wie der Verfassungsschutz, jugendschutz.net und das International Network Against Cyberhate (INACH) beschrieben. Als weiteren Teil dieses Kapitels werden zivilgesellschaftliche Gegeninitiativen beschrieben und exemplarisch die Internetplattform Netz-gegen-Nazis.de und ihre Online-Kampagne „Soziale Netzwerke gegen Nazis“ untersucht.

Die anhand dieser Vorgehensweise und Untersuchung festgestellten Einschätzungen zum Thema Rechtsextremismus im Internet, werden im letzten Kapitel zusammenfassend dargestellt und somit die oben formulierte Fragestellung beantwortet.

2 ÖFFENTLICHKEIT UND COMPUTERVERMITTELTE KOMMUNIKATION IM INTERNET

Das Internet, als zentrales Medium der letzten Jahre, hat nahezu alle Lebensbereiche der modernen Gesellschaft durchdrungen. Im Beruflichen wie im Privaten nutzt ein großer Teil der Bevölkerung das Internet zur Informationsbeschaffung und Kommunikation. Das Internet ist in den vergangenen Jahrzehnten von einem kleinen Netzwerk für wenige Nutzer zu einem riesigen globalen Kommunikationsmedium angewachsen, dessen Umfang mittlerweile als unüberschaubar gilt.

Von qualitativ hochwertiger Information, Daten und Publikationen, über reine Unterhaltung bis hin zu bedenklichen oder gar strafbaren Inhalten, vereint das Internet unzählige Beiträge. Längst ist es zum alltäglichen Informationsmedium geworden und bietet durch die Entwicklungen im Zuge des Web 2.0 zunehmend interaktive Elemente. Der/Die StaatsbürgerIn nutzt das Internet in vielfältiger Art. Zum einen werden berufliche und behördliche Vorgänge in hohem Ausmaß online abgewickelt, zum anderen findet Social Networking in vielfältigster Form im Netz statt und auch Unterhaltung wird meist im Internet gesucht, gefunden und auch konsumiert.

Im Folgenden sollen zentrale Begriffe der Diskussion rund um das Medium Internet und seine Bedeutung für zentrale politik- und kommunikationswissenschaftliche Inhalte dargestellt werden. Dabei wird der Begriff der Öffentlichkeit skizziert und seine Bedeutung für die moderne Demokratie, in Zusammenhang mit dem Medium Internet und der daraus resultierenden Netzöffentlichkeit, gebracht. Um das Internet als Medium unserer Zeit einschätzen zu können, werden seine Entwicklung, seine zentralen Dienste sowie sein Stellenwert in der politischen und öffentlichen Kommunikation bestimmt. Die Bedeutung von Öffentlichkeit für Politik und Gesellschaft liefert den Hintergrund für die Überlegungen, was die Ziele rechtsextremistischer Propaganda und politischer sowie gesellschaftlicher Gegeninitiativen im Internet sind? Wenn klar wird, welchen Beitrag Öffentlichkeit - im Spezifischen Netzöffentlichkeit - zum Geschehen in der politischen Wirklichkeit leistet, kann

dies die Nutzung der Online-Kommunikation durch rechtsextreme Organisationen und Gegeninitiativen erklären.

2.1 DAS INTERNET

Eine umfassende Theorie zum Internet existiert bisweilen nicht. Es lassen sich unterschiedlichste Erklärungsansätze und Publikationen finden, die sich auf der Grundlage variierender Definitionen mit dem Medium Internet befassen. Das Interesse am Internet als Forschungsfeld ist ungebrochen groß, dennoch stehen empirische Forschung und Theoriebildung noch am Anfang. Die Definitionsversuche und wissenschaftlichen Erklärungsmodelle für die computervermittelte Kommunikation im Internet sind in der Kommunikationswissenschaft angesiedelt. (vgl. Beck 2006, S. V)

Die Nutzung des Computers als Kommunikationsmedium eröffnete eine neue Welt für Medieninterpretationen und -spielräume. Durch die Einführung des Internets wurde ein weiterer folgenreicher Schritt in ein neues Medienzeitalter unternommen. Das Internet entwickelte sich in den letzten Jahrzehnten rasant. Technisch definiert ist das Internet ein Zusammenschluss von Computern und lokalen Netzwerken zum Zwecke des Datenaustauschs. (vgl. Hartmann 1997, S. 11)

Das Internet kann definiert werden

„als ein bestimmtes netzartiges Verbindungssystem zwischen verschiedenen Endgeräten, über die Personen, Gruppierungen, private Organisationen, öffentliche Institutionen und kommerzielle Anbieter auf elektronischem Wege Informationen austauschen, kommunizieren und interagieren. Das Internet hat also eine technische und eine soziale Seite.“ (Smitten 2007, S. 67)

2.1.1 GESCHICHTE UND ENTWICKLUNG

„Das Netz der Netze“ entwickelte sich nicht, wie oft mythologisierend behauptet, aus sich selbst, ohne nennenswerte politische oder wirtschaftliche Einflussnahme. (vgl. Beck 2006, S. 7)

Ende der 1960er Jahre entstand das Internet aus Datennetzwerken des US-Verteidigungsministeriums. Daraus ging das ARPANET hervor. Das ARPANET

sollte eine Kommunikation zwischen Unternehmen der Waffenindustrie und den Kommandozentralen der Streitkräfte, auch bei einem kriegsbedingten Ausfall von Leitungen, ermöglichen. In weiterer Folge zeigten auch wissenschaftliche Einrichtungen großes Interesse an einer derartigen Vernetzung. Aus Kostengründen wurde von der National Science Foundation (NSF) ein eigenes Leitungsnetz erstellt, das amerikanische Universitäten miteinander verband. In den 1970ern wurden erste leistungsfähige Verbindungen nach Europa möglich. An diese schlossen sich viele Forschungseinrichtungen und Universitäten an. Nachdem militärische Teile ausgegliedert und ausschließlich über TCP/IP (einer ersten standardisierten Übertragungstechnik) miteinander kommuniziert wurde, entstand daraus das Internet. In Europa wurde durch das europäische Laboratorium für Teilchenphysik (CERN) in Genf eine Möglichkeit entwickelt, Text und Navigation zu verbinden und in Folge 1992 das WWW eingeführt. In den folgenden Jahren kam es zu einer raschen Ausdehnung des Internets. Die Zahl der NutzerInnen übersteigt heute die Milliardengrenze und der Umfang der angebotenen Homepages kann ebenfalls nur noch in Milliardenhöhe geschätzt werden. Das Internet vereint zahlreiche Dienste, darunter E-Mail, Datenbanken, das WWW und - mit den jüngsten Entwicklungen - interaktive Elemente wie Social Platforms. Mittlerweile ermöglichen die unterschiedlichen Technologien über das Internet zu telefonieren, Radio- oder Fernsehprogramm zu konsumieren. Die neueren Ausprägungen des Internets nach dem Zusammenbruch der New Economy 2004 werden unter dem Begriff Web 2.0 erfasst. (vgl. Smitten 2007, S. 67 - 69; Hartmann 1997, S. 11)

2.1.2 WEB 2.0

Der Terminus Web 2.0 beschreibt die jüngsten Entwicklungen im Internet. Das Internet als Kommunikationsmedium hat sich seit seiner Entstehung enorm weiterentwickelt und ständig neue Dienste hervorgebracht. Vor diesem Hintergrund wurde 2004 vom O'Reilly-Verlag und der Firma MediaLive International eine Konferenz unter dem Titel Web 2.0 ins Leben gerufen. Der Begriff Web 2.0 setzte sich durch und bezeichnet die Entwicklungen im Internet seit dem Platzen der .net Blase 2001. Trotz der damaligen Krise gelang es dem Internet Innovationen hervorzubringen, die noch erfolgreicher waren und zu mehr

Wachstum führten. Das Web 2.0 beinhaltet neue Dienste, die die Kommunikation im Internet revolutionierten. Wikipedia, Facebook, Twitter, YouTube, Flickr, BitTorrent und Weblogs bestimmen heute die Welt der Kommunikation. Das Web wird als Plattform verstanden und setzt auf die kollektive Intelligenz der UserInnen. (vgl. <http://oe1.orf.at/highlights/70572.html>, 15. 03. 2011)

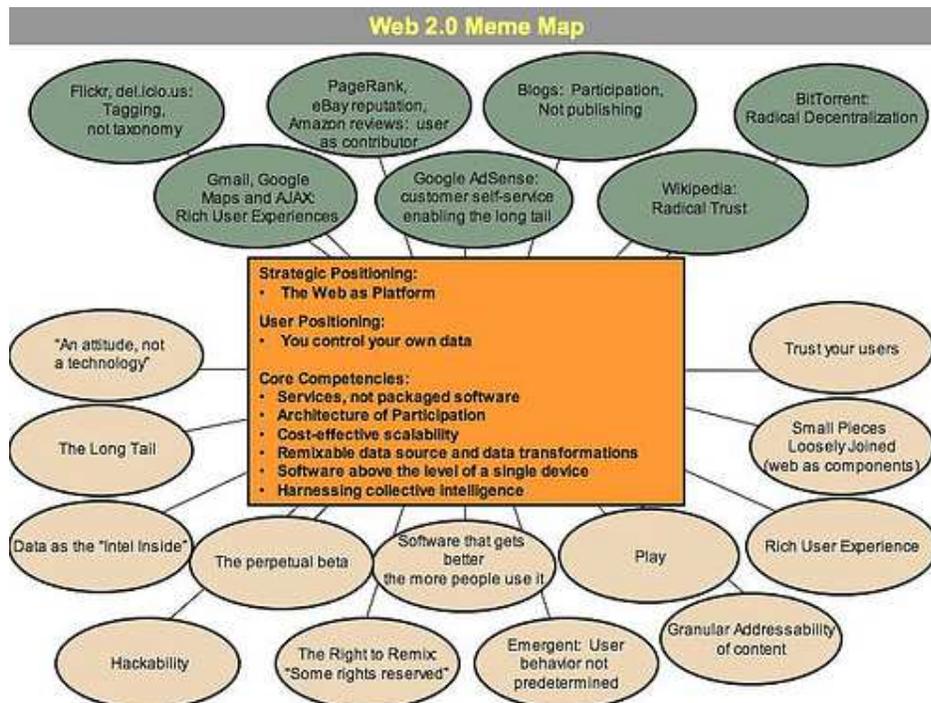


Abbildung 2-1: Web 2.0 Meme Map

(Quelle: <http://www.oreillynet.com/oreilly/tim/news/2005/09/30/graphics/figure1.jpg>, 15. 03. 2011)

Tim O'Reilly, als Mitinitiator der Web 2.0-Konferenz, veröffentlichte oben stehende Grafik, um die Bedeutung von Web 2.0 zu erklären. Das Web 2.0 hat keine klar definierbaren Begrenzungen sondern ist eine Ansammlung zahlreicher Prinzipien und Praktiken die lose um ein „Gravitationszentrum“ angeordnet sind. Den Kern stellt die Idee vom Web als Plattform dar.

Die Bezeichnung für die neueren Entwicklungen im Web unter dem Terminus Web 2.0 entspringen dem Wunsch, diese Veränderungen unter einem Begriff fassbar und erklärbar zu machen. Der Begriff ist jedoch nicht unumstritten und alles andere als klar definiert. Mittlerweile wird er inflationär für die Beschreibung aller möglichen neueren Entwicklungen verwendet. Versionsnummern werden für gewöhnlich in der Software-Branche verwendet um den Release neuer Software-

Versionen zu markieren. Bei seiner aktuellen Anwendung entstehen Unschärfen und Probleme, denn es sollen nicht nur die technischen Weiterentwicklungen des Webs erfasst werden sondern vielfältigste Entwicklungen im und rund um das Internet. (vgl. Alby 2008, S. 17 f)

„Der Begriff steht für alles, was sich im Netz und um das Netz herum weiter entwickelt hat, seien es die wirtschaftlichen Aspekte des Webs, seien es soziale Phänomene wie Partizipation. Wer aber darf bestimmen, was sich unter dem Begriff Web 2.0 tummeln darf und was nicht? Die fehlende Autorität und die damit einhergehende fehlende verbindliche Definition dieses Begriffs hat ihn auch zu einem Marketing-Schlagwort werden lassen, denn jeder kann ihn so verwenden, wie er will.“ (Alby 2008, S. 18 f)

Alby stellt fest, dass man die Frage, was das Web 2.0 eigentlich ist, ob es überhaupt existiert und was dazuzählen ist und was nicht, nicht abschließend klären kann. Niemand besitzt bisweilen das letztgültige Definitionsrecht. Die Neuerungen und grundlegenden Veränderungen im Internet der letzten Jahre lassen sich jedoch nicht negieren. Das Netz heute ist ein anderes als noch vor 10 Jahren, mit neuen technischen und sozialen Prämissen. (vgl. Alby 2008, S. 19)

In Albys Ausführungen wird das Web 2.0 in die Bereiche Blogs, Podcasts, Social Software und Folksonomy unterteilt. Die Fülle an Angeboten ist mittlerweile unüberschaubar. Jede dieser Anwendungen bedarf für sich einer umfassenden Aufarbeitung und Erklärung, die im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden kann. Generell weisen viele Publikationen zum Thema Web 2.0 und Social Web darauf hin, dass eine vollständige Erfassung, aufgrund der Fülle an Teilaspekten und der rasanten Veränderungsgeschwindigkeit, nicht möglich ist. Dies begründet die Notwendigkeit, auf subjektive Einteilungsversuche zurückzugreifen.

Deshalb soll hier auf Basis der Einteilungskriterien von Ebersbach, Glaser und Heigl ein Überblick geboten werden. Das Social Web wird als Teilbereich des Web 2.0 betrachtet. Dabei liegt der Schwerpunkt nicht auf technisch neuen Formaten, sondern auf der Unterstützung sozialer Strukturen und Interaktionen über das Internet. Es wird zwischen den Begriffen Social Software und Social Web unterschieden. Social Software umfasst „webbasierte Anwendungen, die für Menschen

den Informationsaustausch, den Beziehungsaufbau und die Kommunikation in einem sozialen Kontext unterstützen.“ (Hippner 2006, zit. n. Ebersbach/Glaser/Heigl 2008, S. 29)

Der Begriff des Social Web wird ergänzend erweitert. Die Definition von Social Software als Programme, die die Technik des Internets als Trägermedium für die zwischenmenschliche Vernetzung gebrauchen, ist Grundlage für das Social Web. Der Austausch von Informationen und Wissen, Kontaktherstellung und Unterhaltung mit anderen Menschen innerhalb definierter Netzwerkregeln sind Bestandteile des Social Web. Beziehungsaufbau und –pflege sowie Kommunikation und die kollaborative Zusammenarbeit in gesellschaftlichen und sozialen Gefügen werden ebenso zu den Bestandteilen des Social Webs gezählt.

(vgl. Ebersbach/Glaser/Heigl 2008, S. 30 f)

Einteilung nach Prototypen des Social Webs: (Ebersbach/Glaser/Heigl 2008, S. 33)

- **Wikis** fokussieren auf die kollaborative Erstellung von Texten. Ziel der Community ist es, Inhalte gemeinsam zu schreiben. Dabei steht die Sache im Mittelpunkt, der einzelne Autor ist kaum erkennbar.
- **Blogs** sind persönlich gefärbte Journale. Sie werden meistens von Einzelpersonen geführt und haben häufig tagesaktuelle Themen zum Gegenstand. Die Gemeinschaft entsteht durch die Vernetzung der einzelnen Blogs.
- **Social Network-Dienste** dienen dem Aufbau und der Pflege von Beziehungsnetzwerken. Es gibt viele verschiedene Plattformen, die sich an spezifische Gruppen wie Studenten oder Geschäftsleute richten.
- **Social Sharing**, gelegentlich auch als objektzentrierte Software tituiert, bezeichnet eine Gruppe von Anwendungen, die sich mit der Bereitstellung und dem Tausch von digitalen Inhalten beschäftigen. Das können beispielsweise Videos, Bilder oder Bookmarks sein.

2.1.3 INTERNET ALS MASSENEDIUM

Eine Einordnung des Internets als Massenmedium unserer Zeit ist umstritten. Es gibt Ansätze, die das Internet sehr wohl als Massenmedium bezeichnen und

wieder andere, die sich dieser Behauptung strikt entgegenstellen. Massenmedien erfüllen, wie später noch genauer anhand der Bedeutung massenmedialer Öffentlichkeit dargestellt wird, zentrale Funktionen im demokratischen, politischen System. Als Massenmedien im klassischen Sinn werden Presse, Radio und Fernsehen bezeichnet. Aber auch das Buch kann man als Massenmedium im weitesten Sinn einordnen und mit Einschränkungen auch den Film. Massenmedien werden wie folgt definiert:

Sie verbreiten eine aktuelle Information indirekt, über ein technisches Mittel an ein unbegrenztes, anonymes Publikum. Die körperliche Anwesenheit des Empfängers ist nicht mehr notwendig, im Unterschied zur Individualkommunikation. Ein Massenmedium als Kommunikationsform spielt auch in der Veränderung von Öffentlichkeit, Wissensformen und kollektivem Gedächtnis eine zentrale Rolle. (vgl. Krämer 1998, S. 12)

Als Grundfunktion der Massenmedien für die moderne Demokratie werden folgende Funktionen gezählt:

- Information
- Mitwirkung an der Meinungsbildung
- Kontrolle und Kritik

Zu den weiteren Aufgaben zählen aber auch Unterhaltung und Bildung.

Massenmedien sollen Information an die BürgerInnen liefern, um diesen soziale, wirtschaftliche und politische Inhalte und Entwicklungen verständlich zu machen. Dem/Der Einzelnen muss dabei klar sein, dass wir den größten Teil unserer gesellschaftlichen Wahrnehmung auf medial vermittelte Inhalte stützen. In der Meinungsbildungsfunktion sollen Medien den demokratischen Gedanken der freien Diskussion und Kommunikation zum Bilden einer vernünftigen Meinung und eines gesellschaftlichen Konsenses nachkommen. Dabei wird vom Medium verlangt, den Pluralismus einer modernen, differenziert strukturierten Gesellschaft und ihrer Interessensgruppen widerzuspiegeln. Außerdem unterstützen Massenmedien die Kritik- u. Kontrollfunktion der Opposition im parlamentarischen

Regierungssystem. Dadurch soll Korruption und bürokratischer Willkür Einhalt geboten werden.

(vgl. http://www.bpb.de/publikationen/04309502558076112983648580539468,0,0,Funktionen_der_Massenmedien_in_der_Demokratie.html#art0, 15. 03. 2011)

Technische Medien ermöglichten es, Information und Kommunikation von der persönlichen Anwesenheit abzukoppeln. Doch blieben sie ohne die Möglichkeit in das Geschehen einzugreifen. Mit dem Computer und dem Internet als Medium wurde diese Grenze aufgehoben. Der Computer als Medium warf neue Fragestellungen in der Medienforschung auf. Man muss sich mit Begriffen wie Digitalisierung, Virtualisierung und Interaktivität beschäftigen. Krämer zeichnet das Bild von Massenmedien, die neue Wege telematischer Interaktion und damit neue Perspektiven ermöglichen. Das Massenmedium werde losgelöst von der Einweg-Kommunikation und ermöglicht es dem Leser oder Zuschauer persönlich einzugreifen und teilzunehmen. Krämer skizziert „die Rolle von Massenmedien, die eben darin besteht, durch das Aussenden einer für alle gleich bleibenden Botschaft, in atomisierten Gesellschaften doch einen anschlussfähigen Horizont der Kommunikation zu schaffen sowie beizutragen zur Bildung eines kollektiven Gedächtnisses“ (Krämer 1998, S. 14)

K. Beck sieht in Computernetzen und dem Internet am ehesten ein Hybridmedium das einerseits massenmedialen Charakter hat, andererseits auch individuelle Kommunikation transportiert. Der Charakter der Kommunikation im Internet kann sowohl öffentlich als auch privat sein. Klassische AnbieterInnen publizistischer Medien nutzen das WWW zur öffentlichen Kommunikation, während private Kommunikation in den Telekommunikationsdiensten des Internets vor sich geht.

„Der vernetzte Computer und das Computernetz erweisen sich im Gebrauch als Hybridmedien, d.h. die verschiedenen Anwendungen folgen unterschiedlichen organisatorischen und institutionellen Mustern, die in weitaus höherem Maße als bei den publizistischen Medien (Massenmedien) von den Nutzern selbst bestimmt werden können. Einige Kommunikationsmodi (wie das WWW) gleichen eher den publizistischen Medien, andere (wie E-Mail) eher den Telekommunikationsmedien.“ (Beck 2006, S. 28)

Hinsichtlich der Bestimmung des Internets als Massenmedium bleiben Fragen offen. Sie lassen sich nicht eindeutig klären, auch aufgrund der unterschiedlichen

Kommunikations- und Publikationsformen des Internets. Die unterschiedlichen Dienste des Internets müssen getrennt voneinander bestimmt werden. Formen der Kommunikation wie E-Mail, Chat oder Newsgroups haben keinen massenmedialen Charakter, da sie zu individuell erfolgen. Das WWW oder Livestreams sowie andere Publikationen, die über Speicherplatz im Internet abrufbar sind, erfüllen allerdings die Kernkompetenzen massenmedialer Kommunikation. (vgl. <http://www.medienstudent.de/studi/hainternet.htm#internetmassenmedium>, 20. 03. 2011)

2.1.4 KOMMUNIKATIONSFORMEN IM INTERNET

Als zentrales Merkmal von computervermittelter Kommunikation im Internet wird, ungeachtet der Definitionsschwierigkeiten, der Begriff der Interaktivität genannt. Dieser dient auch zur Abgrenzung gegenüber dem Kommunikationsbegriff der klassischen Massenmedien. (vgl. Schönhagen 2004, S. 19)

Die Vernetzung im Internet ermöglicht eine Online-Interaktion. Im Vergleich zu herkömmlichen Massenmedien, wie Radio oder Fernsehen verfügt das Internet über eine gesteigerte Interaktivität. Die technische Interaktivität des Internets basiert auf seiner Hypertextualität und der damit einhergehenden Verlinkung von Internetangeboten. Der Leser muss ständig eine Entscheidung über das zu konsumierende Angebot treffen. Die andere Ebene von Interaktivität – die soziale – liegt in der Funktion des Netzes für die Interaktion zwischen Personen. Dabei haben unterschiedliche Kommunikationsformen einen unterschiedlichen Grad an Interaktivität vorzuweisen. (vgl. Smitten 2007, S. 70)

Als zentrale Online-Kommunikationsdienste legt Smitten E-Mail, Chat, Newsgroups/Foren und WWW-Seiten fest. Auch bei Schönhagen werden E-Mail, Newsgroups und Mailinglists anhand des Grads der Interaktivität gemessen. Er verweist gleichzeitig auf die Probleme der Einteilung in unterschiedliche Kommunikationsmodi des Internets. Über eine Systematisierung der unterschiedlichen Kommunikationsmodi wird meist eine Unterscheidung, der im Internet gebotenen technischen Dienste vorgenommen. Die gängigen Einteilungen hinsichtlich der Dienste des Internets seien laut Schönhagen zu technisch formuliert und auch in ihrer Logik nicht konsistent. Der Begriff des

Kommunikationsmodus sei hierbei unscharf definiert, Überschneidungen zwischen den einzelnen Modi würden nicht berücksichtigt werden und außerdem wäre das WWW – als ein Modus – zu undifferenziert betrachtet. Schönhagen bezieht sich hier auf Autoren wie Patrick Rössler, die die Dienste des Internet meist wie folgt aufschlüsseln: (vgl. Schönhagen 2004, S. 208 f)

- World Wide Web (der Abruf gespeicherter Information)
- E-Mail (das Versenden und Empfangen elektronischer Post)
- Newsgroups, Usenet (die Beteiligung an Diskussionsforen)
- Chat, IRC (die sprachliche Interaktion mit anderen Nutzern)
- MU*s (die Interaktion in virtuellen Räumen)

Doch auch K. Becks Handbuch zur computervermittelten Kommunikation widmet ganze Kapitel den Kommunikationsmodi im Internet, die sich gliedern in Kommunikation im World Wide Web, E-Mail-Kommunikation im Internet, Kommunikation in Mailinglists, Kommunikation in Newsgroups, Chat-Kommunikation und Kommunikation in MUDs und MOOs.

Kommunikationsstrukturen verschiedener Kommunikationsanwendungen des Internet

	E-Mail	Chat	Newsgroup/Forum	WWW-Seite
One-to-One	eine Person schreibt an eine andere	zwei Personen „unterhalten sich“	eine Person geht auf eine andere ein	ein Seitengestalter, nur ein Seitenbesucher*
One-to-many	Eine Person gibt mehrere Mailadressaten an	Eine Person macht sich in einem Chatroom mehreren bemerkbar	Eine Person wendet sich mit einem Anliegen an viele	Ein Seitengestalter, viele Seitenbesucher

Many-to-one	Mehrere Menschen setzen sich zusammen, um an eine Person zu schreiben	Viele wenden sich an einen, z.B. bei einer Online-Experten-Befragung	Viele antworten auf das Anliegen eines Einzelnen	Mehrere Seitengestalter, nur ein Seitenbesucher*
Many-to-many	Mehrere Menschen setzen sich zusammen, um an mehrere Personen dieselbe Mail zu schreiben	Viele „unterhalten sich“ mit vielen, z.B. in einer Online-Diskussion	Viele wenden sich mit ihren Anliegen an viele	Mehrere Seitengestalter, mehrere Seitenbesucher, Sonderfall Wikis

Abbildung 2-2: Kommunikationsformen im Internet

(Quelle: Smitten 2007, S. 71; *seltene Konstellationen)

E-Mail wird in einer solchen Einteilung als elektronische Post übersetzt, die eine gezielte Adressierung von Nachrichten an eine/n bestimmte/n EmpfängerIn oder Rundschreiben an mehrere EmpfängerInnen ermöglichen. **Mailinglisten** sind E-Mails mit Rundschreibencharakter. **Newsgroups** sind hierarchisch und thematisch strukturierte Diskussionsgruppen oder Foren und somit öffentlicher als Mailinglisten. Den Chat kann man am ehesten mit einem klassischen Gespräch vergleichen, da er einen hohen Grad an Synchronität aufweist und es zu einer dialogischen Unterhaltung zwischen einem/einer TeilnehmerIn oder mehreren TeilnehmerInnen kommt. Eine Homepage im **World Wide Web** kann durch eine Person oder eine Gruppe gestaltet werden und dient meist zur Bereitstellung von Informationen für einen größeren, nicht genau bestimmten Rezipientenkreis. Eine Kommunikation mit dem/der SeitenerstellerIn ist bei Websites nicht zwingend vorgesehen. Dennoch enthalten Websites ein Impressum und Kontaktdaten, auch gesetzlich ist dies verankert. Außerdem ist es üblich Gästebücher, Feedbackformulare oder E-Mail-Adressen zur Kontaktaufnahme bereitzustellen.

(vgl. Smitten 2007, S. 72 f)

MultiUserDungeons (**MUD**) und MultiUserDomains sowie **MOOs** (MultiUserDimensions - Objekt Oriented) ermöglichen eine weltweite Kommunikation von mehreren zehntausend Menschen. Sie entwickelten sich aus Fantasy-Rollenspielen, ähneln der Chat-Kommunikation, enthalten aber auch performative Kommunikationsmöglichkeiten, wie schriftlichen Austausch von Informationen. (vgl. Beck 2006, S. 146)

Die zahlreichen Neuerungen durch die Dienste des Web 2.0 erweitern die Kommunikationsmöglichkeiten im Internet. So wird es auch technisch unversierten erleichtert, Homepages oder Profile online zu stellen und damit aktiv Internetinhalte zu gestalten. Wenn mehrere Personen Inhalte auf einer Homepage veröffentlichen sollen, kommt es zum Einsatz eines Content-Management-Systems (**CMS**). Eine vereinfachte Bedienung ermöglicht es, Inhalte in einem meist vorgegebenen Layout im Internet zu veröffentlichen. Eine solche Software, die es NutzerInnen ohne spezielle Technikenkenntnisse ermöglicht, Texte oder Dateien online zu stellen, nutzen auch die meisten Weblogs. Auf diesen besteht meist eine Möglichkeit zur Kommentierung der Inhalte durch die LeserInnen. Dadurch verbinden **Weblogs** Elemente einer klassischen Website mit denen eines Internetforums. (vgl. Smitten 2007, S. 74)

2.1.5 DATEN ZUR INTERNETNUTZUNG

Um die Bedeutung des Internets besser einschätzen zu können, empfiehlt Peter Fleissner in seinem Text von 1997 die empirische Struktur der NutzerInnen zu untersuchen. Die Vergleiche der Zahlen von damals mit der letzten Statistik zur Internetnutzung in Österreich der STATISTIK AUSTRIA von 2009 veranschaulicht die rasante Entwicklung des Internets. Allein die Tatsache, dass 1997 zu diesem Thema keine präzisen österreichischen Daten vorlagen, veranschaulicht den Bedeutungszuwachs, den das Internet in den vergangenen zwei Jahrzehnten erlangte. Fleissner nahm an, dass es in Österreich rund 300.000 UserInnen gäbe. Diese Gruppe setze sich zum überwiegenden Teil aus Lehrpersonal an Universitäten, Verwaltungsbediensteten und MitarbeiterInnen der Computerbranche zusammen. Die Tendenz wurde als steigend definiert, wobei davon ausgegangen wurde, dass 1997 etwa 5 % der österreichischen

Bevölkerung das Internet nutzen. Zu diesem Zeitpunkt verfügte rund ein Viertel der privaten Haushalte in Österreich über einen PC. (vgl. Fleissner 1997, S. 21)

Haushalte mit Internetzugang 2002 bis 2010

Merkmale	Haushalte ¹⁾ mit Internetzugang								
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	in % aller Haushalte								
Insgesamt	33,5	37,4	44,6	46,7	52,3	59,6	68,9	69,8	72,9
Haushaltstypen									
1 Erwachsener ²⁾	24,4	24,5	31,0	32,7	37,6	43,3	55,3	50,7	54,0
2 Erwachsene	26,0	30,2	38,2	38,4	44,6	52,9	60,9	61,6	66,3
3 und mehr Erwachsene	43,2	52,0	50,8	59,1	68,4	74,1	84,5	86,8	89,5
1 Erwachsener und Kind(er) ³⁾	33,1	32,4	51,0	49,4	48,1	63,3	72,4	83,7	84,3
2 Erwachsene und Kind(er)	44,8	51,3	63,3	64,6	69,0	78,3	84,6	91,6	94,1
3 und mehr Erwachsene und Kind(er)	46,8	55,1	61,5	66,2	71,0	77,9	86,7	94,1	96,4
Anzahl der Haushaltsmitglieder									
1 Person	24,4	24,5	31,0	32,7	37,6	43,3	55,3	50,7	54,0
2 Personen	26,1	30,4	38,7	39,5	44,5	53,4	61,6	62,6	66,9
3 Personen	41,2	46,3	52,9	60,7	66,1	74,2	82,2	85,9	89,5
4 Personen	48,0	57,5	64,0	64,7	72,3	79,1	87,0	93,7	95,0
5 und mehr Personen	45,1	52,0	59,3	62,0	68,9	76,7	86,1	92,8	95,8

Q: STATISTIK AUSTRIA, Europäische Erhebungen über den IKT-Einsatz in Haushalten 2002 bis 2010. Erstellt am: 17.11.2010.

Befragungszeitpunkte: Juni 2002, März 2003, Zweites Quartal 2004, Februar bis April 2005, Februar und März 2006 bis 2008, Februar bis April 2009, Mai und Juni 2010. - 1) Nur Haushalte mit mindestens einem Haushaltsmitglied im Alter von 16 bis 74 Jahren. - 2) Person ab 16 Jahren. - 3) Person(en) mit 15 Jahren oder jünger.

Abbildung 2-3: Zeitreihe Internetzugang

(Quelle: http://www.statistik.at/web_de/static/haushalte_mit_internetzugang_2002_bis_2010_04101_5.pdf, 22. 03. 2011)

STATISTIK AUSTRIA ermittelte folgende Werte zur Internetnutzung in Österreich: 76,2 % der österreichischen Haushalte waren im Jahr 2010 mit einem Computer ausgestattet. 73 % der Haushalte verfügt über einen Zugang zum Internet. Seit 2002 hatte sich dieser Wert beinahe verdoppelt, was den überaus raschen Anstieg und den Bedeutungsgewinn des Internets als Kommunikationsmittel verdeutlicht. Die Nutzung von Breitband-Internet wird immer häufiger. Auch die Struktur der Geräte, über die das Internet genutzt wurde, veränderte sich stark. Die Zahl tragbarer Computer überstieg im Jahr 2010 erstmals die Anzahl von Desktop-PCs in privaten Haushalten. 67 % der tragbaren Computer werden als Internetzugangsgerät genutzt, im Vergleich zu 27 % im Jahr 2005. Im Jahr 2005 betrug die Nutzung von internetfähigen Mobiltelefonen zum Interneteinstieg geringe 2 %, 2010 betrug der Wert 21 %.

74 % der ÖsterreicherInnen zwischen 16 und 74 Jahren nutzten zum Befragungszeitpunkt das Internet aktiv. 67 % der Internet-NutzerInnen steigen täglich ein. Die Internetnutzung variiert altersabhängig. Rund 95 % der 16 bis 24 -

Jährigen nutzen das Netz, in der Altersgruppe der 55 bis 74-Jährigen liegt die Quote nur bei rund 40 %. Im Jahr 2010 waren die Haushalte der EU-27 durchschnittlich zu 70 % mit einem Internetzugang ausgestattet. Österreich lag mit 73 % knapp über dem EU-Durchschnitt. Die Zahl der InternetnutzerInnen liegt EU-weit bei durchschnittlich 69 %, in Österreich knapp darüber bei 74 %.

(vgl. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/informationsgesellschaft/ikt-einsatz_in_haushalten/index.html, 22. 03. 2011)

2.2 ÖFFENTLICHKEIT

Der Begriff der Öffentlichkeit markiert einen zentralen Punkt in der Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen Inhalten sowie demokratischen Grundlagen. „In demokratischen Gesellschaften stellt Öffentlichkeit die zentrale Legitimationsinstanz politischer Herrschaft dar, und in modernen Gesellschaften ist Öffentlichkeit ohne Medien nicht mehr vorstellbar.“ (Beck 2006, S. 221)

Um den Stellenwert von Öffentlichkeit im politischen Sinn zu verstehen, bedarf es einer theoretischen Einordnung des Öffentlichkeits-Begriffs. Das Politiklexikon der Bundeszentrale für Politische Bildung in Deutschland legt folgende Definition fest:

„Öffentlichkeit bezeichnet jenen gesellschaftlichen Bereich, der über den privaten, persönlichen, relativ begrenzten Bereich hinausgeht, für die Allgemeinheit offen und zugänglich ist. Öffentlichkeit und damit (z.B. durch Massenmedien hergestellte) Transparenz in öffentlichen Angelegenheiten (z.B. auch politischen Entscheidungen) sind eine wichtige Voraussetzung der öffentlichen Kontrolle politischer Macht.“

(Quelle: http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=KY02QL, 12. 02. 2011)

Der Begriff der Öffentlichkeit steht oft synonym für politische Öffentlichkeit. Es gibt aber auch Teilöffentlichkeiten in weiteren Gesellschaftsbereichen wie beispielsweise eine Kunst- oder Wissenschaftsöffentlichkeit. (vgl. Jarren/Donges 2006, S. 95)

Begriffsgeschichtlich verorten Jarren/Donges die Entwicklung des Öffentlichkeits-Begriffs im deutschen Sprachraum im 18. Jahrhundert. Öffentlichkeit stand für jene Inhalte, die der Allgemeinheit zugänglich und nicht vom Staat kontrolliert werden sollten. Die Forderung nach Öffentlichkeit wurde von der liberal-bürgerlichen Bewegung des 18. Jahrhunderts eng mit zu erkämpfenden Freiheiten (Meinungs-, Presse-, Versammlungsfreiheit) verknüpft und gegen die absolute

staatliche Herrschaft durchgesetzt. Generell kommt es in der Entwicklung, hin zu einem demokratischen politischen System und einer Massengesellschaft, zu Ausdifferenzierungsprozessen des Öffentlichkeitsbegriffs und der Grenzziehung zwischen der öffentlichen und privaten Sphäre. (vgl. Jarren/Donges 2006, S. 95 f)

Öffentlichkeit ist somit ein konstituierendes Element der Demokratie. Politische Institutionen oder Prozesse werden öffentlich verfolgbar und damit kontrollierbar. Die Transparenzfunktion der Öffentlichkeit ermöglicht erst die Legitimation staatlicher Herrschaft in einer Demokratie, da sie politische Handlungen für die BürgerInnen nachvollziehbar macht. (vgl. Jarren/Donges 2006, S. 97)

Für J. Gerhards besteht politische Öffentlichkeit

„aus einer Vielzahl von Kommunikationsforen, deren Zugang prinzipiell offen und nicht an Mitgliedschaftsbedingungen gebunden ist und in denen sich individuelle und kollektive Akteure vor einem breiten Publikum zu politischen Themen äußern. Das Produkt der Kommunikation in der Öffentlichkeit bezeichnet man als öffentliche Meinung, die man von den aggregierten Individualmeinungen der Bürger unterscheiden kann. (Gerhards 2002, S. 694 zit.n. Jarren/Donges 2006, S. 96)

Demokratische Herrschaft legitimiert sich über Öffentlichkeit und ist auf diese durch Medien hergestellte Öffentlichkeit angewiesen. Habermas beschreibt demokratische politische Öffentlichkeit in einer Netzwerkmetapher:

„Die Öffentlichkeit lässt sich am ehesten als ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen beschreiben; dabei werden die Kommunikationsflüsse so gefiltert und synthetisiert, dass sie sich zu themenspezifisch gebündelten Meinungen Verdichten“ (Habermas 1992, S. 436 zit. n. Jarren/Donges 2006, S. 96)

Nach diesen Definitionen stellt sich der politische Öffentlichkeits-Begriff wie folgt dar: Öffentlichkeit wird über Kommunikation - transportiert durch Medien - hergestellt. Der Zugang zur Kommunikation ist grundsätzlich unbeschränkt. Im Netzwerk der Öffentlichkeit werden (politische) Meinungen von einzelnen BürgerInnen oder Gruppierungen artikuliert und gebündelt. Aus den gebündelten Teilmeinungen der Gesellschaftsmitglieder entsteht durch die Kommunikation in der Öffentlichkeit die öffentliche Meinung.

Öffentliche Meinung ist wie beschrieben ein zentraler Faktor der Politik und wird von den verschiedenen Öffentlichkeitsakteuren hart umkämpft. F. Neidhardt veranschaulicht die Rolle der unterschiedlichen AkteurInnen in der Erzeugung von Öffentlichkeit:

„Moderne Öffentlichkeit ist ein relativ frei zugängliches Kommunikationsfeld, in dem ‚Sprecher‘ mit bestimmten Thematisierungs- und Überzeugungstechniken versuchen, über die Vermittlung von ‚Kommunikateuren‘ bei einem ‚Publikum‘ Aufmerksamkeit und Zustimmung für bestimmte Themen und Meinungen zu finden.“ (Neidhardt 1994, S. 7)

Dabei wird diese Öffentlichkeit von politischen und ökonomischen AkteurInnen und ihren jeweiligen Interessen sowie auch von den Bedürfnissen des Publikums strukturiert. Die durch die Öffentlichkeit entstehende öffentliche Meinung nimmt Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse. (vgl. Neidhardt 1994, S. 7)

„Öffentlichkeit entsteht dort, wo ein Sprecher mit einem Publikum kommuniziert, dessen Grenzen er nicht bestimmen kann. Aus der Strukturperspektive stellt sich speziell die politische Öffentlichkeit als ein intermediäres Feld dar, in dem zwischen dem politischen System und den Bürgern sowie zwischen dem politischen System und anderen gesellschaftlichen Teilsystemen vermittelt werden kann.“ (Welz 2002, S. 2)

Auf der Grundlage dieser Definition erarbeitet H.G. Welz drei strukturelle Merkmale eines idealen Modells von politischer Öffentlichkeit: Gleichheit, Offenheit und Diskursivität. Diese Festlegung führt zu normativen Forderungen an den Begriff der Öffentlichkeit. In dieser normativen Bedeutung liegt dieser auch meist wissenschaftlichen Arbeiten zugrunde und muss als solcher verstanden werden. (vgl. Welz 2002, S. 2; Jarren/Donges 2006, S. 97)

2.2.1 ÖFFENTLICHKEITSMODELLE

Zur theoretischen Einordnung der politischen Öffentlichkeit dienen Öffentlichkeitsmodelle. Die zentralen Theorien zu Öffentlichkeit unterscheiden sich hinsichtlich ihrer normativen Ansprüche an die Funktionen von Öffentlichkeit. Grundsätzlich kommt es zu einer Einteilung von drei Phasen des öffentlichen Kommunikationsprozesses: Input-, Throughput- und Outputphase, in denen

Themen und Informationen erst gesammelt, dann verarbeitet und schließlich weitergegeben werden. K. Beck beschreibt die Funktionen der Öffentlichkeit und bezieht sich dabei auf Habermas und Gerhards. (vgl. Neidhardt 1994, S. 8; Jarren/Donges 2006, S. 98; Beck 2006, S. 222)

- **Transparenzfunktion**

Diese ist in der Input-Phase von Öffentlichkeit angesiedelt und soll Offenheit für alle Themen und Meinungen garantieren. Damit soll laut Habermas kein Thema von der öffentlichen Kommunikation ausgeschlossen sein und alle Menschen sollen idealer Weise gleiche Zugangschancen zu den Orten öffentlicher Kommunikation haben. (vgl. Beck 2006, S. 222)

“Öffentlichkeit soll offen sein für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für alle Themen und Meinungen von kollektiver Bedeutung“ (Neidhardt 1994, S. 8)

- **Validierungsfunktion**

Diese ist Teil der Throughput-Phase und soll eine objektive Bewertung der Themen und Meinungen gewährleisten. Der Stellenwert eines Themas soll sich allein durch das bessere Argument ergeben und ohne äußeren Zwang zustande kommen. (vgl. Beck 2006, S. 222)

“Öffentlichkeitsakteure sollen mit den Themen und Meinungen anderer diskursiv umgehen und ihre eigenen Themen und Meinungen unter dem Druck der Argumente anderer gegebenenfalls revidieren“ (Neidhardt 1994, S. 8)

- **Orientierungsfunktion**

Diese besteht in der Output-Phase und enthält Diskurs und Kritik der kommunizierten Themen und Meinungen. Erzeugt werden soll laut Habermas ein rationaler Konsensus, an dem sich folglich das gesellschaftliche und politische Handeln orientiert. (vgl. Beck 2006, S. 222)

“Öffentliche Kommunikation, die von den Öffentlichkeitsakteuren diskursiv betrieben wird, erzeugt ‚öffentliche Meinungen‘, die das Publikum als überzeugend wahrnehmen und akzeptieren kann.“ (Neidhardt 1994, S. 9)

Hinsichtlich des normativen Anspruchs an die Funktionen von Öffentlichkeit lassen sich zwei Modelle unterscheiden. Das normativ anspruchsvollere von Habermas in „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ entwickelte **Diskursmodell** und ein normativ

weniger anspruchsvolles, dafür aber in der Empirie möglicherweise sinnvollerer Modell wie das **Spiegelmodell**, für das Luhmann oder auch Gerhards plädieren.

(vgl. Beck 2006, S. 222; Jarren/Donges 2006, S. 98)

Das Diskursmodell von Öffentlichkeit bezieht alle drei oben genannten normativen Funktionen ein. Habermas kritisiert nun, dass vor allem bei der Erfüllung der Validierungs- und Orientierungsfunktion große Lücken auftreten. Durch eine zunehmende Kommerzialisierung der Medienkommunikation sei der normative Begriff von Öffentlichkeit nicht mehr zu erfüllen. Systemtheoretische Spiegelmodelle definieren Öffentlichkeit normativ weniger anspruchsvoll: „Öffentlichkeit ermöglicht demnach die Selbstbeobachtung und die Herstellung einer Selbstbeschreibung von Gesellschaft mittels Veröffentlichung von Themen.“ (Jarren/Donges 2006, S. 98)

Die Spiegelmodelle verweisen nur auf die Transparenzfunktion und lassen die anderen beiden Funktionen von Öffentlichkeit außen vor. Öffentlichkeit dient in diesen Modellen hauptsächlich dazu, die Selbstbeobachtung der politischen AkteurInnen und der Gesellschaft zu ermöglichen. Dabei dient die Veröffentlichung von Themen hauptsächlich der Spiegelung der Gesellschaft und führt nicht zu einer rational bewerteten „öffentlichen Meinung“. (vgl. Beck 2006, S. 222; Jarren/Donges 2006, S. 99)

Die Wahl eines dieser Modelle für die Einordnung der Medienöffentlichkeit und der computervermittelten Kommunikation beeinflusst auch die jeweiligen Prognosen und Diagnosen. Außerdem seien in die Überlegungen zur Öffentlichkeit in der computervermittelten Kommunikation noch weitere Strukturen miteinzubeziehen, meint K. Beck: die Ebenen des Netzwerkes der Öffentlichkeit und die SprecherInnenrollen in der Öffentlichkeit. (vgl. Beck 2006, S. 222)

Die **Encounter-Ebene** ist die alltägliche, interpersonale Ebene von Kommunikation. Unter Ausschluss von Vermittlern erfolgt Kommunikation hier in überschaubaren Gruppen mit wechselnden SprecherInnen- und ZuhörerInnenrollen. Bei der **Versammlungs- oder Themenöffentlichkeit** ist die Verteilung von SprecherInnen- und ZuhörerInnenrolle asymmetrisch. Die Kommunikation erfolgt vor einem Publikum z.B.: auf Demonstrationen,

Versammlungen oder Kundgebungen. Die Themen sind hier meist strukturiert vorgegeben. Die dritte Ebene der **Medienöffentlichkeit** entsteht, wenn Versammlungs- oder Themenöffentlichkeiten durch journalistische Berichterstattung Eingang in publizistische Medien finden. Medienöffentlichkeit ist klar strukturiert und systematisiert und sowohl Themen als auch SprecherInnenrollen sind festgelegt. Bei den Rollen der SprecherInnen kann man weiters differenzieren zwischen RepräsentantInnenen, AdvokatInnen, ExpertInnen, Intellektuellen oder journalistischen Kommunikatoren. (vgl. Beck 2006, S. 222)

2.2.2 POLITISCHE KOMMUNIKATION UND ÖFFENTLICHKEIT IM INTERNET

Seit der Entwicklung und dem zunehmenden Bedeutungsgewinn des Internets ranken sich zahlreiche Mythen um seine Potentiale und die Möglichkeiten, die es für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft eröffnen könnte. Metaphern wie Datenhighway, Cyberspace und Global Village sind Ausdruck der zahlreichen Projektionen in diesem Zusammenhang. Einer dieser Mythen ist die Deutung des Internets als „politische Wunschmaschine“. Dabei werden dem Internet Effekte auf wirtschafts- und bildungspolitische Entwicklungen sowie auf die politische Kommunikation selbst zugetraut. In das Internet wurde die Hoffnung auf direktere und diskursivere Kommunikationsmöglichkeiten gesetzt, die das politische Leben revolutionieren können. Die Erwartungen erstreckten sich von vereinfachter politischer Partizipation über neue Wege der Interessensvermittlung bis zu E-Government. (vgl. Beck 2006, S. 204)

„Mitunter wurde - und wird - gemutmaßt, im Netz und durch das Netz entstehe eine neue Form von „Cyber-Öffentlichkeit“, die vielleicht sogar an die Stelle der Öffentlichkeit der Massenmedien trete und somit die Schwächen einer durch Medienkonzentration, symbolischer und medialisierter Politik sowie ‚vermachtete‘ Medienstrukturen geprägten politischen Öffentlichkeit überwinden könnte“ (Beck 2006, S. 204)

K. Beck bezieht sich auf O. Winkel wenn er die drei Grundpositionen im Diskurs um die Netzöffentlichkeit skizziert und zwischen Netzoptimisten, Netzpessimisten und Netzneutralisten unterscheidet: (Beck 2006, S. 204 f)

- **Netzoptimisten** beziehen sich auf die technologischen Vorteile computervermittelter Kommunikation (Übertragungsgeschwindigkeit, niedrige Kosten) und seine Interaktivität. Daraus ergeben sich in der Argumentation der Netzoptimisten automatisch Vorteile für den Informationsfluss zwischen den AkteurInnen, die politische Interessensvermittlung und Repräsentation und den politischen Entscheidungsdiskurs. Hier gibt es Einschätzungen hinsichtlich des „Electronic Government“ der Entwicklung einer „Electronic Democracy“, einer „Cyberdemocracy“ bis hin zu einer „Digitalen Demokratie“. Beim Electronic Government ist die Einbindung von Online-Kommunikation in Verwaltungs- und Entscheidungsprozesse gemeint. Electronic Democracy bezeichnet die Erneuerung der Demokratie durch erhöhte BürgerInnenpartizipation durch technischen Fortschritt. Cyberdemocracy und Digitale Demokratie sehen das Internet als eigenständigen demokratischen Raum, der durch seine technischen Möglichkeiten eine neue Welt der Möglichkeiten für Öffentlichkeit und politische Entscheidungsfindung eröffnet.
- **Netzpessimisten** hingegen schätzen die Möglichkeiten der Online-Kommunikation für demokratische Belange grundsätzlich negativ ein. Sie erkennen keine nennenswerten Potentiale für politische Partizipation und betonen vielmehr eine drohende Zersplitterung und den Zerfall der Öffentlichkeit durch einen hohen Grad an selektiver Mediennutzung und das Problem des „Digital Divide“.
- **Netzneutralisten** erkennen die positiven und negativen Effekte, die das Internet als Kommunikationsmedium für die Bereiche politischer Kommunikation und Öffentlichkeit eröffnet.

Tatsächlich findet sich eine Vielzahl an politischen Inhalten im Internet. Etablierte politische Organisationen wie Parteien oder Verbände präsentieren sich im Netz. Online-Wahlkampagnen zählen mittlerweile zum Standard und auch zivilgesellschaftliche AkteurInnen sind im Internet aktiv. Das Internet als zentrales Kommunikationsmedium unserer Zeit bietet eine große Fülle an politischen Informationen, Meinungsäußerungen und journalistischen Angeboten. Dabei

verweist Beck auch auf rechtsextreme Inhalte im Internet: „Zur Fülle des Informationsangebotes tragen auch extremistische politische Gruppierungen bei, bis hin zu offen rechtsextremen oder terroristischen Anbietern“ (Beck 2006, S. 205)

K. Beck bezeichnet Kommunikationsprozesse als unerlässlich zur Artikulation von politischen Interessen und Meinungen, der Bestimmung von politischen Problemen und dem Finden und Durchsetzen verbindlicher politischer Entscheidungen. Dabei sind drei Ebenen ausschlaggebend: (Beck 2006, S. 205)

- **Artikulationsebene:**

Auf dieser Ebene ist die Rolle der Medien hervorzuheben. Publizistische Medien, und zunehmend auch Online-Medien sind die Hauptträger der politischen Kommunikation zwischen BürgerInnen und politischer Sphäre. Der/Die BürgerIn teilt seine/ihre politischen Interessen und Meinungen über Medien mit. Dies zählt zu seinen/ihren Grundrechten in der Demokratie. Dies beinhaltet die Möglichkeit des/der Bürgers/Bürgerin sich frei informieren zu können und sich in öffentlichen, diskursiven Prozessen eine eigene Meinung bilden und auch äußern zu können.

- **Vermittlungsebene:**

Hier gelten nicht Massenmedien sondern Organisationen der Interessensvermittlung als zentrale AkteurInnen der politischen Kommunikation. Organisationen wie Parteien, Verbände oder Vereine vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und werden zu Vermittlern zwischen politischen Institutionen und EntscheidungsträgerInnen und BürgerInnen. Dabei werden die Partialinteressen der einzelnen BürgerInnen gebündelt und teils in öffentlicher, teils in nicht-öffentlicher Form an die zuständige politische Instanz herangetragen.

- **Entscheidungsebene:**

Kommunikation ist auch auf der Ebene politischer Entscheidungsfindung und deren Durchsetzung nicht entbehrlich. Die einzelnen Ebenen dieser politischen Prozesse wie parlamentarische Beratung, Entscheidungsvorbereitung in Ausschüssen und Fraktionen,

Bekanntmachung, Implementierung sowie Umsetzung von Gesetzen sind ohne Kommunikation nicht denkbar.

Die Ausführungen K. Becks veranschaulichen die Relevanz von Medien und computervermittelter Kommunikation für Politik, Demokratie und Gesellschaft. Er zeichnet die Rolle des Internets für die verschiedenen Ebenen politischer Wirklichkeit nach. Das Internet bietet als Medium in den Bereichen Politik- und Interessensvermittlung, Partizipation, E-Government und Online-Wahlen Möglichkeiten zur Kommunikation. (vgl. Beck 2006, S. 206 - 220)

Wenn nun diese Bereiche der politischen Kommunikation und Partizipation von den technischen Errungenschaften des Internets profitieren, muss es auch die Möglichkeit einer Internetnutzung für eine Gegenöffentlichkeit und Protestöffentlichkeit geben. Eine weiterführende Überlegung muss dann auch anti-demokratisch ausgerichtete oder illegale Aktivitäten im Netz mit einbeziehen.

2.2.3 EXKURS: PROTESTKOMMUNIKATION

Eine weitere Form der Online-Kommunikation stellt die Protestkommunikation dar. Bei dieser Ausprägung der Kommunikation im Internet geht es zivilgesellschaftlichen Gruppen darum, ihre Kommunikation im Inneren der Gemeinschaft zu verbessern und mit FörderInnen, UnterstützerInnen und SympathisantInnen in Kontakt zu bleiben. Für informelle Gruppierungen und soziale Bewegungen ist die Kommunikation darauf ausgerichtet, Ziele und Programme zu definieren und potentielle UnterstützerInnen oder AktivistInnen zu verständigen und zu mobilisieren. Die Organisationsstruktur dieser Gruppierungen ist loser als jene bestehender Parteien und das Medium Internet kann dazu dienen, sich mit Gleichgesinnten über große räumliche Distanzen hinweg zu verständigen. Damit ist es möglich mit relativ geringem Aufwand eine weltweite Vernetzung und damit einhergehend eine Mobilisierung für Protestbewegungen zu erreichen. (vgl. Beck 2006, S. 214)

Die Protestkommunikation wird von K. Beck anhand der Erkenntnisse von C. Bieber in seiner Beschreibung des Spektrums der Online-Protestformen

wiedergegeben. C. Bieber grenzt die Protestkommunikation im Internet von den Aktivitäten klassischer politischer AkteurInnen ab. Als reichweitenstärkste Äußerungen politischer Kommunikation nennt er Online-Proteste, -Boykotte oder – Streiks. Daran erkennt man, dass nicht nur etablierte politische AkteurInnen wie etwa Parteien das Internet zur Kommunikation nutzen, sondern auch andere gesellschaftliche AkteurInnen bzw. Akteursgruppen. (vgl. Bieber 1999, S. 165)

Bei der Entstehung von Protestkampagnen werden Offline-Elemente und Online-Kommunikation miteinander verbunden. Zum Einsatz kommen erprobte Mittel des politischen Protests außerhalb des Netzes wie Petitionen, Boykottaufrufe oder Versammlungen. Diese werden zusätzlich durch Online-Präsenz unterstützt. Bei Protestbewegungen wird häufig ein zu bekämpfender Missstand, Skandal oder ein politisches Problem in den Mittelpunkt gestellt, die in Folge thematisiert und ins öffentliche Bewusstsein hineingetragen werden sollen. Verbunden sind diese Protestformen oftmals mit Negativ-Kampagnen gegen Personen, Unternehmen oder Parteien. Die Online-Protestformen können unterstützend zu konventionellen Mitteln des Protests herangezogen werden, sie können aber auch eben diese Mittel in eine spezifische Online-Version übertragen. Dabei werden beispielsweise Petitionen per E-Mail versendet, um Unterstützungserklärungen zu erhalten oder über Internetseiten oder Plattformen zu Demonstrationen oder Flashmobs aufgerufen. Analog zu Mitteln des Offline-Protests wie Stickern oder Aufnähern an Kleidung, die zu einer öffentlichen Präsenz der jeweiligen Bewegung im alltäglichen Leben beitragen, werden Protest-Logos oder Banner im Internet zur Verfügung gestellt. (vgl. Beck 2006, S. 214 f)

Die Technik des Internets bietet weitere Möglichkeiten Protest zu betreiben, so zum Beispiel bei der Belagerung von Websites, die in Folge durch eine Überlastung, ihre Dienste nicht mehr anbieten können. Ähnliches wird beim Einsatz von Mail-Bomben erreicht, die E-Mail Server außer Gefecht setzen. Das Hacken von Homepages und die Veränderung deren Inhalt ist ein praktikables Mittel um gegnerische Internetinhalte zu manipulieren und einen Imageschaden auf der Gegenseite hervorzurufen. Damit bieten die Dienste des Internets neuartige Protestformen wie etwa „virtuelle Sit-Ins“, „Web Hacks“ oder „Infowar“.

(vgl. Bieber 1999, S. 173)

Online-Protestkampagnen dienen dazu, die spezifischen Anliegen einer Protestbewegung im politischen Diskurs zu platzieren. Dabei wird darauf gesetzt, durch eine Veröffentlichung des Themas und der eigenen Ansichten eine Öffentlichkeit herzustellen, die zur Wahrnehmung des Problems in Gesellschaft und Politik führt. Das eigene Protestanliegen soll auf die politische Agenda gesetzt werden. Dazu dient die Erregung des öffentlichen Interesses durch die Herstellung der Online-Öffentlichkeit. Häufig folgt daraufhin zusätzlich eine Wahrnehmung und Aufarbeitung des Themas durch konventionelle Massenmedien und dadurch eine breitere Öffentlichkeit.

Bei dieser Platzierung der eigenen Anliegen folgen Protestkampagnen im Internet laut C. Bieber einer „Regelhaftigkeit“. Es werden wie erwähnt, herkömmliche Formen des Protests, die bereits im realen Raum Anwendung finden, in den Kommunikationsraum des Internets übertragen und auf die dortigen technischen und kommunikativen Verhältnisse angepasst. Infolge werden die Erfolge, die durch die Online-Protestaktion erzielt werden, in die realen Kommunikationsräume übertragen und entfalten dort ihre Wirkung auf politische Prozesse. (vgl. Bieber 1999, S. 182)

„Auffällig ist dabei, daß zunächst >netzhäufige< Protestaktionen gestartet werden, die eine Positionierung der Kampagne innerhalb des Internet gewährleisten, gleichzeitig informierend auf die Kampagnenteilnehmer wirken und zur Mobilisierung neuer Unterstützerkreise führen. Auf eine Ausbildung der Online-Infrastruktur folgt immer häufiger die Übertragung der Protestpotentiale aus dem Datenraum in den realen Kommunikations- und Entscheidungsraum politischer Prozesse. Via Internet organisierte Aktionen, Demonstrationen, Boykotte oder Streiks verlängern die Online-Protestkampagnen in die >herkömmliche Öffentlichkeit der Massenmedien<“. (Bieber 1999, S. 182)

Online-Protestkampagnen setzen „interaktive Elemente“ ein. Als einfachste Form der Interaktivität ist die Solidaritätsbekundung zu nennen. Dies funktioniert über das Anbringen des Kampagnen-Logos auf der eigenen Website. Damit wird die Unterstützung für die jeweilige Kampagne erstens sichtbar und kann weiters durch Verlinkung mit der Protestseite zu einer vermehrten Vernetzung und Wahrnehmung des Inhalts der Protest-Kampagne führen. Als zweite Form der Interaktivität gilt die selbstständige Bereitstellung von Informationen über die Kampagne und damit die Inhaltsvermittlung. Um weitere Aufmerksamkeit zu

erzielen, kann durch Elemente des Protests wie virtuelle Sit-Ins oder Hacks eine störende Einflussnahme auf den „virtuellen Markt“ vorgenommen werden. Wenn die Dimension einer „virtuellen Gemeinschaft“ erreicht ist, kommt es zur Etablierung einer eigenen Kampagnen-Site, die in weiterer Folge eine Koordinationsfunktion und Schnittstellenfunktion zum Realraum darstellt. Der virtuelle Raum wird von Protestkampagnen durch Enthüllungen, Streiks oder Demonstrationen besetzt und das zentrale Ziel der Kampagnen wird die öffentliche Sichtbarkeit, die über unterschiedlichste Kommunikationsmodi zur Erhöhung der eigenen Präsenz im Internet hergestellt wird. (vgl. Bieber 1999, S. 182 - 185)

„Somit läßt sich anhand von Protestkampagnen nicht nur modellhaft der Prozeß einer Entstehung von >Gegen- oder Bewegungsöffentlichkeit im Netz< nachzeichnen. Illustriert werden kann außerdem die >Besetzung von Netzöffentlichkeit< da sich einzelne Formate des Online-Protests als >strategisch hergestellte Öffentlichkeit< aggressiv gegen andere Akteure der Netzöffentlichkeit wenden können und deren prominente Stellung für ihre Zwecke zu instrumentalisieren suchen. Die avancierte Nutzung computervermittelter Kommunikation kann auch dann zu einer Dominanz in der >Netzöffentlichkeit< führen, wenn die Protest-Akteure wesentlich ressourcenschwächer sind als ihre Kontrahenten. (Bieber 1999, S. 185)

Allerdings weist C. Bieber auch auf die Nachteile einer Protestkultur im Internet hin. Er kritisiert dabei vor allem die großen Streuverluste, die die Online-Kommunikation hervorruft und eine mangelnde Authentizität des Protests. So werden die Mechanismen des zivilen Ungehorsams nicht umfassend bedient und es werden zwar Koordination und Kommunikation einzelner Aktionen und AktivistInnen ermöglicht und erleichtert, jedoch trägt die Anonymität und Automatisierung des Protests im Internet zu einem teilweisen Verlust der Glaubwürdigkeit und Solidaritätserfahrung der Protestgemeinde bei. Der Online-Protest allein, kann eine funktionierende Protestgemeinschaft nicht gewährleisten. (vgl. Beck 2006, S. 215)

Das Internet bietet einen virtuellen Kommunikationsraum für legale Protestformen und Protestkommunikation. Es gibt jedoch bekanntlich auch illegale Gruppierungen, die ihre kriminellen Ziele mit politischem Hintergrund durch computervermittelte Kommunikation durchzusetzen versuchen. Hier verweist K.

Beck auf „zahlreiche rassistische, rechtsextremistische und antisemitische Websites und Diskussionsforen“ (Beck 2006, S. 216)

Außerdem wird das Internet auch von terroristischen Vereinigungen genutzt. Inwieweit die Nutzung des Internets zu Vorbereitung oder Koordination von Verbrechen oder Anschlägen fortgeschritten ist, ist nicht hinlänglich untersucht. Es kann jedoch zwischen zwei grundlegenden Formen des so genannte „Cyber Terrorismus“ unterschieden werden. Konventionelle Massenmedien, aber auch Online-Medien, können für zentrale Anliegen einer illegalen Bewegung - wie etwa der Rekrutierung von neuen Mitgliedern, Fundraising oder der Verbreitung von Propaganda - genutzt werden. Die zweite Form des „Cyber-Terrorismus“ bezieht sich auf Anschläge auf Datensicherheit, Datenschutz oder die Funktionsfähigkeit der Netzinfrastruktur. Dazu zählen etwa Attacken auf die Funktionsfähigkeit von Servern, das Hacken von Homepages oder die Verbreitung von Computer-Viren und Computer-Würmern. (vgl. Beck 2006, S. 216)

2.2.4 NETZÖFFENTLICHKEIT

Öffentlichkeit ist wie beschrieben also eine wichtige Komponente für Politik und Demokratie. Zur Herstellung von Öffentlichkeit bedarf es der Massenmedien. Das Internet als Medium der computervermittelten Kommunikation eröffnet neue weltumspannende Kommunikationsräume und wird seit seiner frühesten Entwicklungen mit hohen Erwartungen aufgeladen. Dabei setzten sowohl die Wirtschaft als auch die Politik enorme Hoffnungen in die neuen Kommunikationsmöglichkeiten, die das Internet ermöglicht. Wenn das Internet als zentrales Kommunikationsmedium unserer Zeit angesehen werden kann, so stellt sich auch die Frage nach seinen Auswirkungen auf Öffentlichkeit und somit auch auf Politik und Gesellschaft.

In diesem Zusammenhang kommt es zu einer Verschränkung der Begriffe Öffentlichkeit und computervermittelte Kommunikation im Internet. Diese kann als Netzöffentlichkeit mit ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten und Funktionsweisen bezeichnet werden. Im Folgenden soll ein Abriss über die theoretischen Einordnungen einer Netzöffentlichkeit erfolgen.

Die normativen Funktionen von einem idealen politischen Öffentlichkeitsmodell wurden von H.G. Welz mit Gleichheit, Offenheit und Diskursivität bestimmt. Auf den ersten Blick scheint das Internet diese drei Ansprüche zu erfüllen. Die Teilnahme am Internet steht prinzipiell allen offen, die verschiedenen Dienste des Internets ermöglichen Reziprozität und Diskursivität. Die festgelegten Rollen von SenderInnen und EmpfängerInnen können durch das Internet umstrukturiert werden. Unterschiedlichste Kommunikationsmodi (one-to-many, many-to-many, many-to-one oder one-to-one) werden ermöglicht. Die Kommunikation zwischen allen TeilnehmerInnen ist gewährleistet. (vgl. Welz 2002, S. 5)

Das Internet ermöglicht den grundsätzlich uneingeschränkten Zugriff aller auf eine zuvor nie da gewesene Fülle an Informationen. Es gibt kaum eine/n politische/n AkteurIn (Parteien, staatliche Institutionen, gesellschaftliche Gruppen, PolitikerInnen), der/die keine Internetpräsenz vorweist. Es stehen zwar kommerzielle und unterhaltende Inhalte quantitativ im Vordergrund, allerdings ist die Auswahl an politischer Information ausreichend umfassend, um es dem/der Einzelnen zu ermöglichen, politische Information aus erster Hand abzurufen. Die Tatsache, dass man dabei seine Informationen direkt von der jeweiligen politischen Instanz bezieht, ist der Unterschied zu herkömmlich massenmedial vermittelter Information. (vgl. Grunwald 2006, S. 228)

Doch sowohl H.G. Welz als auch K. Beck verweisen auf Einschränkungen, die in die Betrachtungen hinsichtlich einer Netzöffentlichkeit einfließen müssen. Welz verweist auf technische Grenzen und die Tatsache, dass nicht alle Menschen Zugang zum Netz haben. Die Kommunikation wird auch im Internet durch die one-to-many-Kommunikation auf Websites beherrscht und eine große Informationsfülle führt nicht automatisch zu einer Transparenzsteigerung. (vgl. Welz 2002, S. 6)

„Netzöffentlichkeit ist keine völlig neue Form von Öffentlichkeit, die an die Stelle der Medienöffentlichkeit tritt, sondern muss als Teil des Netzwerkes für die Kommunikation von Themen und Meinungen (Habermas) verstanden werden.“ (Beck 2006, S. 228)

K. Beck bemerkt, dass Öffentlichkeit als Prozess betrachtet werden muss. Dabei kann keine strikte Trennung zwischen Öffentlichkeit und Netzöffentlichkeit

vorgenommen werden. Es kann auch nicht von einer Substitution der Medienöffentlichkeit durch die Netzöffentlichkeit die Rede sein. Vielmehr wird im Netz auf allen drei Ebenen von Öffentlichkeit kommuniziert, ebenso wie in der Face-to-Face oder der Medienkommunikation. Auch ist es möglich, dass Themen und Meinungen, die im Netz kommuniziert werden, Teil der Medienöffentlichkeit außerhalb des Internets werden. Massenmedien gelten als Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und politischem System. Themen oder Anliegen, die in der massenmedialen Öffentlichkeit Aufmerksamkeit erlangen, haben bessere Chancen auf die politische Agenda gesetzt zu werden. In Hinblick auf die Online-Öffentlichkeit bedarf es hier einer Einschränkung. Die Überschneidungspunkte der Netzöffentlichkeit mit dem politischen System sind weitaus geringer und so bedarf es erst eines Exports von online generierten Themen in die massenmediale Berichterstattung, bevor diese Eingang ins politische System finden können. (vgl. Beck 2006, S. 228; Grunwald 2006, S. 229)

Die Einschränkungen hinsichtlich einer Revolutionierung der politischen Öffentlichkeit durch das Internet und seine Kommunikationsformen führen zum Schluss, dass Öffentlichkeit als mehrschichtiger Prozess begriffen werden muss. Themen und Meinungen werden in diesem Netzwerk kommuniziert und dazu trägt auch die computervermittelte Kommunikation ihren Teil bei. Zugang und Nutzung zum Netz sind sozial ungleich verteilt und zur Nutzung des politischen Potentials der computervermittelten Kommunikation bedarf es vermehrter Medienkompetenz. Online-Medien können vor allem ressourcenschwachen, kleinen politischen AkteurInnen oder Initiativen dienlich sein. (vgl. Beck 2006, S. 228 f; Grunwald 2006, S. 228; Welz 2002, S. 6)

Nach der anfänglichen Euphorie hinsichtlich der Potentiale des Internet für einen „neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit“ und damit einhergehenden übersteigerten Erwartungen an die computervermittelte Kommunikation und das Netz, hinsichtlich einer Revolutionierung der politischen Öffentlichkeit, wurden im Laufe der Zeit die netzpessimistischen Stimmen immer lauter. Es ergab sich ein Bogen von der mythologisierten Übersteigerung der Erwartungen an die politischen Funktionen des Internets - von der „politischen Wunschmaschine“ - hin

zur Diagnose der völligen Belanglosigkeit netzbasierter Kommunikation für die Politik. (vgl. Grunwald 2006, S. 233)

Weder die eine noch die andere Position zur Bedeutung von Netzöffentlichkeit für die Politik kann uneingeschränkt bestätigt werden. Die Auseinandersetzung mit der Literatur zu den Themenkreisen Politik, computervermittelte Kommunikation und Internet ergab eine Einschätzung der Rolle der Netzöffentlichkeit im politischen System, die zwischen der netzoptimistischen und der netzpessimistischen liegt. Die AutorInnen der einschlägigen Literatur plädieren für keine strikte Trennung der massenmedialen und netzöffentlichen Sphäre, sondern erkennen zwei sich gegenseitig beeinflussende Formen moderner Medienöffentlichkeit. „Insofern stellt das Internet eine bedeutsame Erweiterung des politischen Kommunikationsraums dar, die bestehende Asymmetrien etwas abschwächen, aber keinesfalls beseitigen kann.“ (Grunwald 2006, S. 233)

Das Internet wird das politische System nicht revolutionieren und auch die bestehenden Massenmedien nicht verdrängen. Vielmehr ergänzt das Netz die massenmediale Öffentlichkeit in entscheidenden normativen Funktionen von Öffentlichkeit, wie der Transparenzfunktion, der Gleichheit und Offenheit und Diskursivität oder der ungefilterten Bereitstellung von Informationen. Einschränkungen hinsichtlich der Erfüllung dieser Funktionen müssen anerkannt werden. Der Zugang zum Internet ist nicht so egalitär und frei wie es im Idealfall erscheinen mag und es gibt ein soziales Gefälle in der NutzerInnenstruktur und der Medienkompetenz dieser. Netzöffentlichkeit trägt ihren Teil zu Öffentlichkeit, Meinungsäußerung, Ausbildung der öffentlichen Meinung und Einflussnahme auf politische Inhalte und Strukturen bei, darf aber in den Möglichkeiten ihrer Wirkung auf die politische Sphäre auch nicht überschätzt werden.

3 RECHTSEXTREMISMUS

Bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus stößt man auf ein Problem der Begriffsdefinition. Diese gestaltet sich im Fall des Rechtsextremismus besonders schwierig. Das Feld gilt als unübersichtlich und schwer handhabbar.

„Der Begriff des Rechtsextremismus ist aus historischen Gründen stark politisiert, die Diskussionen um seine Ursachen, seine Bedeutung und um die Methoden für seine Bekämpfung sind hochgradig durch Werturteile geprägt. Selbst der wissenschaftlichen Forschung gelingt es nicht immer, sich der Problematik unbefangen zu nähern.“ (Stöss 2000, S. 12)

In journalistischen Publikationen, aber auch in wissenschaftlichen Texten, finden sich zum Thema Rechtsextremismus häufig auch Begriffe wie Rechtsradikalismus, Neonazismus oder Neue Rechte. Außerdem kommen Begriffe wie Fremdenhass, Rassismus oder Ausländerfeindlichkeit im Zusammenhang mit Rechtsextremismus zu Sprache. Rechtsextremismus ist ein Phänomen, das sich in zahlreichen Erscheinungsformen manifestiert. Eine Vielzahl von Organisationen und Gruppierungen mit den unterschiedlichsten Zielsetzungen erschweren die Eingrenzung des Begriffs. Somit kursieren unzählige Verwendungsformen in der Literatur, in denen auch wiederum unterschiedliche Zuschreibungen zu den jeweiligen Termini zu finden sind. In den vorliegenden Arbeiten und Studien zum Themenfeld Rechtsextremismus finden sich jeweils unterschiedliche Eingrenzungen des Begriffs, die meist wiederum von einem anderen Blickwinkel aus kritisierbar und hinterfragbar erscheinen. Diese Unklarheit hinsichtlich der Begriffsbestimmung des Rechtsextremismus besteht somit auch in den Sozialwissenschaften. „Es existiert keine allgemein anerkannte Definition und schon gar keine Theorie des Rechtsextremismus“ (Stöss 2007, S. 16)

Dies ist wohl auch der Grund dafür, dass in Forschungsarbeiten oder Studien zum Problemkreis des Rechtsextremismus meist ein individuell abgesteckter theoretischer und methodischer Zugang zum Thema gewählt wird und diese sich mit einem Teilgebiet oder einer besonderen Dimension der Problematik beschäftigen.

3.1 DER AMTLICHE RECHTSEXTREMISMUSBEGRIFF

Es lassen sich bei der Begriffsbestimmung des Rechtsextremismus zwei zentrale Einordnungen ausmachen. Zum einen den amtlichen Rechtsextremismusbegriff, zum anderen jenen, der in der sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus verwendet wird. Um den Begriff des Rechtsextremismus bestimmen zu können, muss zuerst der Begriff des Extremismus erklärt werden. Als politischer Extremismus gelten unterschiedliche Bestrebungen, die gefährdend auf die Demokratie wirken. Diese können sich stark in ihrer ideologischen Ausrichtung unterscheiden. Der Sammelbegriff des politischen Extremismus für demokratiefeindliche Strömungen fasst Bestrebungen zusammen, denen unterschiedliche Formen der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates, zugrunde liegen. Dieses einende Element kann sich durch verschiedenste ideologische Grundlagen ergeben. Als Begriffe zur Einordnung der beiden Pole der demokratiefeindlichen Extreme wurden die Begriffe Links- und Rechtsextremismus festgelegt. (vgl. Pfahl-Traughber 2006, S. 12)

Im Folgenden soll der amtliche Rechtsextremismusbegriff nach R. Stöss nachvollzogen werden. Der amtliche Begriff des Rechtsextremismus bezieht sich auf die verfassungsfeindliche Dimension des Rechtsextremismus. Dieser Begriff des Rechtsextremismus ist geprägt von der Arbeit des Verfassungsschutzes. Ausgangspunkt dafür bildet das Extremismus-Modell.

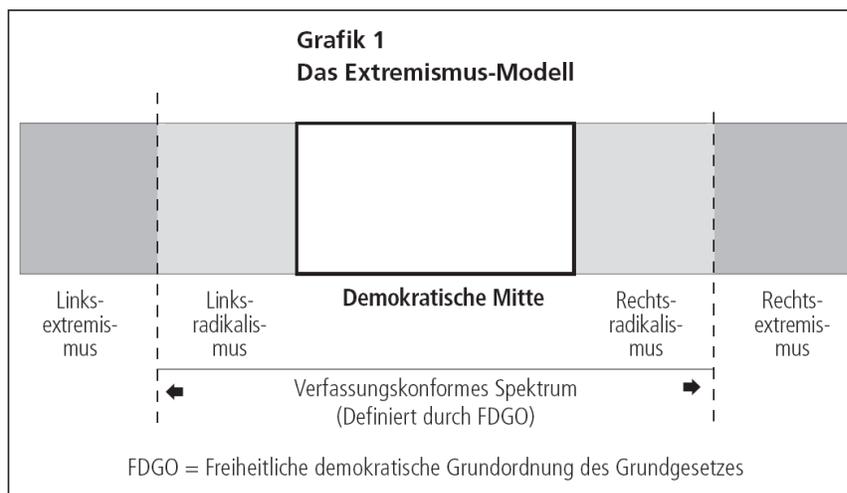


Abbildung 3-1: Das Extremismus-Modell

(Quelle: <http://library.fes.de/pdf-files/do/05227.pdf>, 05.03.2011)

Das Fundament des Modells ist die demokratische Grundordnung des Grundgesetzes. Das Grundgesetz schützt sich gegen Feinde, von rechts oder links durch gesetzliche Bestimmungen und Institutionen. Diese dienen zum Schutz der freiheitlichen und demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes, welche von Stöss an folgenden Merkmalen festgemacht sind: (Stöss 2007, S. 16)

- Menschenrechte
- Volkssouveränität
- Gewaltenteilung
- Verantwortlichkeit der Regierung
- Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
- Unabhängigkeit der Gerichte
- Mehrparteienprinzip
- Chancengleichheit der Parteien einschl. Oppositionsfreiheit

„Rechtsextremismus“ wird seit den 1970er Jahren in Deutschland von den Behörden des Verfassungsschutzes verwendet. Der Begriff Extremismus ist in diesem Falle jedoch kein Rechtsbegriff sondern dient der Einstufung einer Gefahr für die Demokratie durch verfassungsfeindliche Bestrebungen. (vgl. Stöss 2007, S. 15)

Werden Organisationen (auch Vereine und Parteien) als extremistisch eingestuft, können sie vom Verfassungsschutz beobachtet werden und die Erkenntnisse können an die zuständigen Behörden, wie etwa Innenministerium oder Strafrechtsbehörde weitergegeben werden. Dies kann zu einem Verbot der jeweiligen Organisation führen. „Extremismus ist also ein von der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abgeleiteter interner Arbeitsbegriff von Verwaltungsbehörden, die mit Aufgaben des Verfassungsschutzes betraut sind.“ (Stöss 2000, S. 18)

Für die rechtsextremistische Weltansicht gelten die Merkmale: (Stöss 2007, S. 18)

- Nationalismus
- Rassismus
- autoritäres Staatsverständnis
- Ideologie der Volksgemeinschaft

Das Extremismusmodell, das diesem Begriff zugrunde liegt, trägt im Kern die „Demokratische Mitte“. Die Bedrohung für die Demokratie, geht laut diesem Konzept vom äußersten Linken und rechten Rand des Spektrums aus. Da die Übergänge in vielen Fällen jedoch fließend sind, kennt dieses Modell die Zone des Radikalismus, welche sich noch innerhalb des verfassungskonformen Spektrums befindet. Dieses Modell bildet eine Demokratie ab, die sich gegen Bedrohungen durch den politischen Extremismus – von links und rechts – durch Institutionen und gesetzliche Grundlagen wehrt. Einflüsse, die dem Bereich des politischen Radikalismus zuzuordnen sind, gefährden demnach die Demokratie nicht.

Aus sozialwissenschaftlicher Sicht wird an diesem Extremismusmodell berechtigte Kritik geübt. Diese weist auf eine verkürzte Sichtweise hinsichtlich des Extremismusbegriffes hin. Nach dieser Einordnung wird unzureichend zwischen Rechts- und Linksextremismus unterschieden und das Phänomen des Extremismus als Randphänomen charakterisiert und somit verharmlost. Dies liegt allerdings in der Natur des Extremismusbegriffs im Verfassungsschutz. Dieser zielt nicht darauf ab, gesamtgesellschaftliche Verhältnisse abzubilden oder wissenschaftliche Erklärungen für politische Phänomene zu liefern, sondern soll in der Rechtspraxis die Gefährdung der Demokratie durch extremistische Vorgänge verhindern. (vgl. Stöss 2007, S. 23)

3.2 DER POLITIKWISSENSCHAFTLICHE RECHTSEXTREMISMUSBEGRIFF

Eine anerkannte Theorie oder ein einheitlicher Rechtsextremismusbegriff existiert wie erwähnt nicht. Der amtliche Extremismusbegriff greift aus sozialwissenschaftlicher Sicht zu kurz und beschreibt Rechtsextremismus als gesellschaftliches Phänomen nicht adäquat.

„Die Politikwissenschaft kann sich jedoch nicht darauf beschränken, Rechtsextremismus ausschließlich als manifesten Bedrohungsfaktor, für die Verfassungsordnung zu analysieren. Sie muss sich darüber hinaus auch mit den Ursachen und Folgen des Rechtsextremismus und mit seiner Bedeutung für die gesellschaftlich-politischen Strukturen und Prozesse beschäftigen. Sie muss das Phänomen also umfassend in allen seinen Facetten behandeln.“ (Stöss 2007, S. 23)

In diesem Sinne soll im Folgenden eine Definition der Begriffe Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus vorgenommen werden.

3.2.1 RECHTSRADIKALISMUS

Neben dem Begriff des Rechtsextremismus kommt dem Begriff des Rechtsradikalismus in der Literatur der zweitgrößte Stellenwert zu. In nahezu allen wissenschaftlichen Texten zum Thema Rechtsextremismus wird auf die Schwierigkeit der Begriffsbestimmung hingewiesen und eine Abgrenzung zu Begriffen mit ähnlichen Interpretationen vorgenommen. Rechtsradikalismus wird als häufigste Alternative zum Begriff des Rechtsextremismus verwendet. Der Begriff des Rechtsradikalismus wurde in den Sozialwissenschaften vom Begriff des Rechtsextremismus weitgehend abgelöst. Seit den 1970ern ist der Rechtsextremismusbegriff sowohl als amtlicher als auch als wissenschaftlicher Begriff dem Begriff des Rechtsradikalismus vorgezogen worden. Diese Sichtweise wird beispielsweise von Jaschke oder Holzer vertreten. Im amtlichen Gebrauch beschreibt Rechtsradikalismus einen Bereich des rechten politischen Spektrums, der mit den Grundprinzipien der demokratischen Ordnung vereinbar ist und keine Bedrohung für diese darstellt. Beispielsweise werden Organisationen, die als rechtsradikal eingestuft werden, nicht vom Verfassungsschutz beobachtet, im Gegensatz zu jenen, die als rechtsextrem eingestuft werden. (vgl. Stöss 2007, S. 19; Butterwegge 2001, S. 16)

Rechtsradikalismus wurde zu einem sehr weit gefassten Begriff, der im Allgemeinen mit nationalistischen, fremdenfeindlichen oder rassistischen Zuschreibungen aufgeladen ist. Der Begriff des Rechtsradikalismus wird mittlerweile als abgeschwächte und umfassendere Variante des Rechtsextremismusbegriffs verwendet. Jaschke sieht ihn, sowohl im wissenschaftlichen Diskurs wie auch im öffentlichen Sprachgebrauch, als „eher unverbindlichen catch-all-term“. (Jaschke 1994, S. 27)

Rechtsradikalismus wird mitunter als harmlosere Ausprägung des Rechtsextremismus verstanden. Dies lässt sich auch begriffsgeschichtlich erklären. So hatte der Begriff des Radikalismus ursprünglich eine positiv besetzte Bedeutung. Rechtsextremismus hingegen wird grundsätzlich negativ interpretiert.

Das Wort „radikal“ hatte während der bürgerlich-demokratischen Revolution eine positive Konnotation. So stand es für den Terminus „an der Wurzel zu packen“ und wurde damit verbunden, gesellschaftliche Missstände zu beseitigen. Damit lässt sich, die im Gegensatz zum Rechtsextremismus, oftmals positivere Interpretation des Rechtsradikalismus begründen. (vgl. Butterwegge 2001, S. 13)

Auch bei Holzer stößt man auf eine ähnliche Einschätzung der Bedeutung des Rechtsradikalismusbegriffs. Im angelsächsischen und romanischen Sprachgebrauch der bürgerlichen Aufklärung stand der Begriff Rechtsradikalismus grundsätzlich für die „konsequente Vertiefung und Verbreiterung demokratischer Staats- und Gesellschaftskonzepte.“ (Holzer 1994, S. 26)

Der Begriff des Radikalen bezeichnete den Kampf um politische Partizipations- und Freiheitsrechte im Sinne der Französischen Revolution. Die jeweilige Herrschaftsform wurde „von der Wurzel her“ hinterfragt. Die deutsche Deutung des Begriffs wendete sich jedoch in eine entgegen gesetzte, negative Richtung. Darauf beruht seine Gemeinsamkeit oder auch Gleichsetzung mit dem Extremismusbegriff im deutschsprachigen Raum. Der Begriff Extremismus war im Gegensatz zum Radikalismus im angloamerikanischen Bereich negativ besetzt. Hier stand er für eine Kompromisslosigkeit in politischen Konflikten. Die deutschen Sozialwissenschaften übernahmen in Folge durch die Rezeption amerikanischer Forschung den Begriff Extremismus, der zuvor im deutschen Gebrauch durch Radikalismus repräsentiert wurde. Seit Mitte der 1970er Jahre ersetzt der Begriff Extremismus, den des Radikalismus wenn antidemokratische Phänomene beschrieben werden. (vgl. Holzer 1994, S. 27)

Seit der Ablösung des Begriffs Rechtsradikalismus durch Rechtsextremismus im wissenschaftlichen Bereich wurde er auch dementsprechend vernachlässigt. In der Literatur wird allerdings Kritik an einem konkreten Weiterentwicklungsversuch des Begriffs des Rechtsradikalismus geübt. So gab es von Otto/Merten den Versuch die Begrifflichkeiten zwischen Rechtsradikalismus und -extremismus völlig umzudeuten und rechtsradikal als Steigerung von rechtsextrem einzustufen. In diesem Sinne wurde dem Begriff Rechtsradikalismus eine grundsätzliche Gewaltbereitschaft zugeschrieben, die ihn vom Rechtsextremismus unterscheidet.

Eine ähnliche Interpretation der Begriffe oder weitere wissenschaftliche Deutungsversuche des Rechtsradikalismusbegriffs sind aber anderswo nicht zu finden. (vgl. Jaschke 1994, S. 27)

3.2.2 RECHTSPOPULISMUS

Der Begriff des Rechtspopulismus ist ebenfalls einer, der im Zusammenhang mit den Begriffen Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus häufig genannt wird. Deshalb soll er auch hier zur Abgrenzung des Rechtsextremismusbegriffs erläutert werden.

Der Begriff des Rechtspopulismus wird meist im Zusammenhang mit politischen Parteien und in der Wahlforschung verwendet. Parteien wie die Lega Nord, FPÖ, Front National oder die Republikaner sind als rechtspopulistisch oder nationalpopulistisch eingestuft. Es lassen sich gemeinschaftliche Merkmale der rechtspopulistischen Parteien ausmachen, jedoch sind ihre konkreten Forderungen und Themen von der jeweiligen politischen Situation ihrer Nation abhängig. (vgl. Jaschke 1994, S. 32)

Es herrschte anfänglich auch hier eine Uneinigkeit über die Begrifflichkeiten Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Im deutschsprachigen Raum wurden die Begriffe teilweise synonym zur Klassifizierung von rechten Parteien verwendet. Eine Ausdifferenzierung der Begrifflichkeiten hatte zur Folge, dass der Begriff des Rechtspopulismus mittlerweile eine eigenständige analytische Kategorie geworden ist. Die begriffliche Einordnung einer Partei als rechtspopulistisch hält ihre grundsätzliche Verfassungskonformität und Koalitionsfähigkeit in der Demokratie fest. Hingegen wird Parteien, die als rechtsextrem eingestuft werden, eine Ablehnung der geltenden Verfassung und die Hinwendung zu autoritären Herrschaftsformen zugeschrieben. Die beiden Begrifflichkeiten des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus können unter Umständen auch zusammenfallen, sie schließen sich nicht gegenseitig aus, müssen aber auch nicht notwendigerweise gemeinsam zutreffen. (vgl. Geden 2007, S. 7)

Rechtspopulistische Parteien können einerseits eine große Nähe zum Rechtsextremismus aufweisen andererseits können sie aber auch nicht-extremistische, demokratische Eigenschaften annehmen. Um eine explizite Einordnung einer Partei in rechtsextremistisch oder rechtspopulistisch vornehmen zu können, muss die jeweilige Organisation gesondert auf die maßgeblichen Charakteristika hin überprüft werden, da es von Fall zu Fall große Unterschiede geben kann. Es kommt zu vielen Überschneidungen aber auch zu vielen Unterschiedlichkeiten bei rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Organisationen. (vgl. Bauer 2011, S. 9)

In Europa wird der Begriff Rechtspopulismus seit den 1980er Jahren zur Beschreibung politischer Parteien gängig. Die Zuschreibungen zum Begriff Populismus sind hier negativ. Der Begriff des Populismus an sich ist als analytische Kategorie politikwissenschaftlich umstritten. Er ist nicht auf einer politischen Links-Rechts-Skala einzuordnen, weist jedoch einen ideologisch konstanten gemeinsamen Nenner auf. Einer der Kernpunkte populistischer Politik ist die Identitätspolitik. (vgl. Bauer 2011, S. 6)

„Im Zentrum populistischer Ideologie steht ‚das Volk‘, das als homogene, weitgehend nicht fragmentierte Einheit aufgefasst, mit moralisch aufgeladenen Chiffren besetzt (‚der kleine Mann‘, ‚die Fleißigen und Tüchtigen‘, ‚die schweigende Mehrheit‘ etc.) und von der ‚machtgierigen‘, ‚abgehobenen‘, ‚korrupten‘ Elite, dem Establishment, der ‚politischen Klasse‘ abgegrenzt wird, wobei v.a. ‚die Intellektuellen‘ die volle Wucht der populistischen Verachtung trifft. Und Politik, so verkünden die Populisten, müsse wieder ein Ausdruck des ‚wahren Volkswillens‘ sein.“ (Bauer 2011, S. 7)

Diese politische Basiserzählung der Rechtspopulisten wird immer dann bemüht, wenn populistische AkteurInnen sich in der politischen Landschaft verorten wollen. Die Grundaussage bleibt dabei immer die, des negativ besetzten „Establishments“ und des „einfachen Volkes“, auf dessen Seite die jeweilige populistische Partei kämpft. Dabei stellt sie sich in der Öffentlichkeit stets auf die Seite des Volkes und prangert die verkommene Elite an. Dies kann man verkürzt auf die Formel bringen: „Wir hier unten gegen die da oben“. Außer den regierenden Eliten wird mit dem eigenen Volk gemeinsam gegen ein xenophob geprägtes Feindbild von außen gekämpft. (vgl. Geden 2007, S. 8)

Als Merkmale des Rechtspopulismus lassen sich folgende vier Elemente festmachen: (Geden 2007, S. 9)

- Der anti-elitäre Rekurs auf „das Volk“ als politische Kategorie
- Die legitimierende Bezugnahme auf den „gesunden Menschenverstand“
- Spezifische Prinzipien der politischen Kommunikation
- Eine bestimmte Form organisatorischer Strukturen

Das Volk als homogene Abstammungsgemeinschaft ist der Hauptbezugspunkt in der rechtspopulistischen Argumentationslinie. RechtspopulistInnen stellen sich selbst als die einzigen FürsprecherInnen des „einfachen Volkes“ gegen seine beiden konstruierten Feindbilder dar. Die politische Elite und das Establishment, als eines der Feindbilder, werden als korrupt und selbstgerecht skizziert. Der zweite konstruierte Feind des Volkes wird in rechtspopulistischer Logik von MigrantInnen oder Minderheiten verkörpert. Diese beiden Feinde des „kleinen Mannes“ bedrohen die Lebenswelt des Volkes, dessen einzige/r Verbündete/r auf der politischen Bühne der/die jeweilige rechtspopulistische AkteurIn ist. Es kommt zu einer Forderung nach Rückbesinnung auf traditionelle Werte, um die Probleme, die in einer zunehmend komplexer werdenden Lebenswelt der modernen Gesellschaft auftreten, zu lösen. Um die potentielle Wählerschicht zu erreichen, werden bewusst Elemente des Alltagswissens und der Alltagserfahrung angesprochen. Dabei wird auf Einstellungen und Meinungen, die ohnehin in breiten Bevölkerungsschichten vorhanden sind, zurückgegriffen und diese rechtspopulistisch inszeniert. Die Schuldigen für die Missstände werden in den beiden erwähnten Feindbildern gefunden und so „die Anderen“ konstruiert. Um an den „gesunden Menschenverstand“ zu appellieren, zählt es zum sprachlichen Instrumentarium der RechtspopulistInnen Argumentationslinien zu vereinfachen und zu verkürzen. Die politische Kommunikation wird inszeniert durch Tabubrüche und das Vorschlagen radikaler Lösungsansätze. Weiters kommt es häufig zum Einsatz von biologistischen Metaphern, Verschwörungstheorien oder persönlichen Beleidigungen. Eine derartige politische Rhetorik führt zur Emotionalisierung politischer Kommunikation. Die Organisationsstruktur der RechtspopulistInnen dient zu einer weiteren Abgrenzung vom bestehenden politischen Establishment.

So werden die eigenen Organisationen bewusst anders aufgebaut, als jene bereits etablierter Parteien. Die häufig strukturell andersartige Organisationsform wird oft zusätzlich durch sprachliche Bezeichnung abseits der herkömmlichen Namensgebung „Partei“ unterstrichen. Rechtspopulistische Organisationen machen sich zudem meist eine charismatische Führungspersönlichkeit zu Eigen. Diese repräsentiert, die von ihr in großem Ausmaß gelenkte Partei nach außen und wird als „selbst aus dem Volk kommend“ charakterisiert. Diese Führungspersönlichkeit kennt die Bedürfnisse und den Willen des Volkes und setzt sich für die Erreichung dieser Ziele vehement ein. (vgl. Geden 2007, S. 10)

H.G. Jaschke betont in seinen Ausführungen zum Rechtspopulismus dieselben Merkmale. Auch er zählt die Selbstinszenierung des Rechtspopulismus als „Anwalt der kleinen Leute“ und seine starke Fokussierung auf das, als homogene ethnische Gemeinschaft charakterisierte Staatsvolk, das gegen das korrupte und arrogante Establishment und dessen VertreterInnen verteidigt werden muss. Er beschreibt den Rechtspopulismus als „klassenübergreifende Bewegung, antielitär, gegen das sogenannte Establishment“. (Jaschke 1994, S. 32)

Ein weiteres Merkmal sei die Bezugnahme der RechtspopulistInnen auf einen traditionellen Wertekanon, der sich gegen „die Modernisierung der Gesellschaft, die erhöhten sozialen Umlaufgeschwindigkeiten und veränderte Zeit- und Mobilitätsstrukturen“ (Jaschke 1994, S. 32) wendet. Der Rechtspopulismus wehrt sich gegen die Entfremdungsprozesse moderner Industriegesellschaften, deren Ursprung er in einer Überfremdung durch MigrantInnen festmacht. Indem er die Vorrechte der eigenen Volksgemeinschaft gegenüber den MigrantInnen herausstreicht, verletzt er das Gleichheitsgebot und wird dadurch antidemokratisch. (vgl. Jaschke 1994, S. 33)

Grundsätzlich lassen sich sowohl Gemeinsamkeiten als auch elementare Unterschiede in den Klassifizierungen von RechtspopulistInnen und RechtsextremistInnen finden. Der Rechtspopulismusbegriff wird meist zur Bezeichnung von Parteien verwendet, die sich dem politischen Populismus verbunden mit einem Führerkult bedienen, um sich als Vertreter des „einfachen Volkes“ gegenüber den Feindbildern Establishment und MigrantInnen zu

stilisieren. Sie sind zwar in ihrer Praxis rechtslastig und provokativ aber präsentieren sich meist noch verfassungskonform und demokratisch.

3.2.3 RECHTSEXTREMISMUS

In der wissenschaftlichen Literatur wird häufig der Rechtsextremismusbegriff von W. Holzer herangezogen. Dieser liegt auch dem österreichischen Handbuch des Rechtsextremismus zugrunde und ist eine der umfangreichsten theoretischen Konzeptionen zum Thema Rechtsextremismus.

W. Holzers Rechtsextremismusbegriff geht von einer Gemeinsamkeit hinsichtlich altkonservativer Denkweisen aus, welche die verschiedenen Ausprägungen rechtsextremer Bewegungen eint. Diese altkonservative Philosophie sei den Ideologien der Strömungen der extremen Rechten gemeinsam. Grundlegender Aspekt einer solchen rechtsextremen Ideologie ist ein Gesellschafts- und Menschenbild, das strukturell einem mythischen und irrationalen Denkmuster folgt. Die extreme Rechte richtet sich in ihrer Ideologie gegen, die durch Rationalität und emanzipatorische Denkweise geprägten Grundsätze einer demokratischen Gesellschaftsordnung. Als zentraler Ankerpunkt der rechtsextremen Ideologie lässt sich eine mystifizierende Deutung von Natur und dem Begriff Natürlichkeit ausmachen. Natürliche Gesetze werden in das Zentrum der Ideologie gestellt. Die Mystifizierung des Begriffs Natur geht so weit, dass er allen anderen Ordnungssystemen gesellschaftlichen Zusammenlebens übergeordnet wird. Die Natürlichkeit wird zum obersten politischen und sozialen Prinzip menschlichen Zusammenlebens erhoben. In dieser Argumentation werden demokratische Prinzipien unterwandert. In der Tradition der Französischen Revolution und der Aufklärung wurden Elemente wie menschliche Vernunft, Gleichberechtigung und die Gleichheit aller zur Grundlage der modernen Demokratie. Die Ideologie des Rechtsextremismus setzt sich über diese demokratische Ordnung hinweg, indem sie die Natur als oberstes Ordnungsprinzip ansieht und damit eine Gesellschaftsordnung herbeiführen will, die auf dem Prinzip der Ungleichheit beruht. (vgl. Holzer 1994, S. 33 - 34)

Dies stellt eine „Ordnung von Gesellschaft und Welt dar, die in Hierarchien von Individuen, Ständen, Völkern und Rassen ihr leitendes Strukturprinzip findet.“ (Holzer 1994, S. 34)

Für die Erklärung des vielschichtigen Phänomens des Rechtsextremismus sind laut Holzer folgende Elemente einer rechtsextremen Ideologie ausschlaggebend:

(vgl. Holzer 1994, S. 31 - 58)

- **Volk und Volksgemeinschaft**

Der Begriff des Volkes wird als von der Natur vorgegebener lebendiger Organismus bewertet, der eine unüberwindbare Verbundenheit seiner Mitglieder zur Folge hat und als wichtigste Form menschlicher Vergesellschaftung verstanden wird. Der/Die Einzelne wird im Vergleich zur Volksgemeinschaft unwichtig und muss sein/ihr Denken und Handeln an den natürlichen Bedürfnissen des Volkes orientieren. Der zunehmenden Komplexität der globalen Gesellschaftsordnung wird die Reinheit von Volk, Rasse und Kultur entgegengestellt. Die Volksgemeinschaft ist den sozialen und politischen Strukturen der gesellschaftlichen Institutionen und politischen Entscheidungsmodellen im demokratischen Verfassungsstaat übergeordnet.

- **Ethnozentrismus, Ethnopluralismus und die Ausgrenzung des Fremden**

Um die Idee einer von der Natur vorgegebenen Volksgemeinschaft zu festigen, bedarf es der Konstruktion eines starken „Wir-Gefühls“. Die eigene Gemeinschaft wird von dem „Anderen“, „Fremden“ und „Außenstehenden“ abgegrenzt. Das „Fremde“ gehört nicht zur Gemeinschaft und seine Zugehörigkeit ist auch nicht erwünscht. Aus diesem Ethnozentrismus ergibt sich in Folge ein Ethnopluralismus, der eine alte Konzeption des Begriffs „Lebensraum“ vertritt. Dies bedeutet so viel wie Asien den AsiatInnen, die Türkei den TürkInnen und Österreich den ÖsterreicherInnen. Der Begriff des Ethnopluralismus ist eine pseudowissenschaftliche Neuinterpretation des „Rassedünkels“. Die modernen Globalisierungsprozesse, und die damit einhergehende Zunahme von Mobilität, werden negiert.

- **Kritik der Demokratie: Antiliberalismus, Antipluralismus, Autoritarismus**

Der Glaube an eine natürliche Hierarchie in der Gesellschaft führt zu einer Ablehnung der Demokratie. Die Demokratie, die darauf ausgerichtet ist, Ungleichheiten in der Gesellschaft auszugleichen, wird kritisiert und für Probleme wie Korruption, Misswirtschaft, Kriminalität, Kultur- und Sittenverfall, Staatsverdrossenheit und ähnliches verantwortlich gemacht. Die ablehnende Haltung des Rechtsextremismus zeigt sich in seinem Antiindividualismus, der Ablehnung gegen nahezu alle Ausprägungen des Pluralismus und einer Hinwendung zum Autoritarismus. Die Realität einer pluralistischen Gesellschaft wird als bedrohliches Chaos bewertet und soll durch einen völkischen Staat, der vor allem Geschlossenheit und Homogenität wiederherstellen soll, ersetzt werden. Mit der Ablehnung des Pluralismus und des Individualismus geht die Ablehnung der politischen Parteien einher. Zentrale Grundlagen des demokratischen Systems werden abgewertet und Krisenerscheinungen der Demokratie als Ansatz für die Delegitimierung des ganzen politischen Systems genutzt.

- **Antisozialismus und solidarische Leistungsgemeinschaft**

Der Rechtsextremismus strebt eine volksgemeinschaftlich strukturierte Gesellschaft an, in der pluralistische Partikularisierung keine Rolle mehr spielt und die sozialen Gruppen in einer strengen Hierarchie festgeschrieben sind. Dies lässt sozialistische Organisationen und Forderungen zum gemeinschaftsgefährdenden und naturwidrigen Feindbild werden. Organisationen der Arbeiterbewegung, Sozialdemokratie und Gewerkschaften sowie deren Führungseliten werden Opfer der rechtsextremistischen Denunzierung, um die Basis der Arbeiterbewegung für die eigenen Weltanschauungen zugänglicher zu machen. Die Entwicklung einer eigenständigen Wirtschaftstheorie der extremen Rechten ist ausgeblieben. Die soziale Frage von Ungleichheit, die durch kapitalistische und ökonomische Prozesse verursacht wird, wird als naturbegründete Determinante gesehen. Die Volkswirtschaft wird aus

einem nationalistischen Blickwinkel betrachtet. Leistung solle sich wieder lohnen.

- **Autoritarismus und der starke Staat**

Der Rechtsextremismus favorisiert die Idee des starken Staates. Über dessen Form herrscht in der heterogenen rechtsextremen Landschaft Uneinigkeit. Die Alternativen reichen von patriarchalischen Korporativstaatmodellen über neopräsidentielle Systeme autoritärer Prägung bis zu totalitären Führungsdiktaturen. Diese Formen von staatlicher Verfasstheit zielen alle darauf ab, die Mündigkeit des Individuums, die politische Funktion von Parteien und Verbänden und somit die Grundfunktionen eines pluralistischen Staatsystems durch die autoritäre Herrschaft einer Elite zu untergraben. Bei organisatorisch fortgeschritteneren rechtsextremen Bewegungen ist ein Interesse an parlamentarischer Teilhabe gegeben, welches über die Einhaltung verfassungsrechtlicher Grundsätze dazu führt, völkische Ideen in den Politikprozess einzugliedern.

- **Feindbildkonstrukte und Sündenböcke**

Der Rechtsextremismus hat eine ausgeprägte Tendenz zur Feindbildkonstruktion. Diejenigen Feinde, die nach eigener Einschätzung, der Durchsetzung der eigenen Ziele am gefährlichsten werden könnten, werden zu Sündenböcken stilisiert. Ihnen wird die Zuschreibung „human“ aberkannt und die Schuld an sämtlichem Übel der Welt zugeschoben. Dabei wird meist eine gesamte Gruppe zum Sündenbock gestempelt. Diese Sündenböcke sind beispielsweise Gruppen wie SozialistInnen, KommunistInnen, Liberale, StudentInnen, Intellektuelle, KünstlerInnen, JournalistInnen, GastarbeiterInnen, AsylantInnen, Juden/Jüdinnen uvm. Es ist außerdem üblich, ganze wissenschaftliche Disziplinen als Feindbilder zu konstruieren. Als Beispiele gelten Psychologie, Soziologie, Politikwissenschaft oder Zeitgeschichte, deren wissenschaftliche Arbeit der Konstruktion und Verbreitung des eigenen Gedankenguts gefährlich werden könnte. Die Funktion solcher Sündenböcke ermöglicht es die „Wir-

Gruppe“ zu festigen, indem man die Schuld für alle Probleme und Missstände sozialer Natur, gleich von welchen ökonomischen oder gesellschaftlichen Mechanismen sie tatsächlich ausgelöst werden, auf den Sündenbock projiziert. Der Sündenbock wird als das „Fremde“ konstruiert und steht somit außerhalb der eigenen völkischen Gemeinschaft.

- **Rechtsextremismus und Traditionsbezug: Nationalisierende Geschichtsbetrachtung als Medium personaler Identitätsvergewisserung**

Die biologistisch ausgerichtete Auffassung des Rechtsextremismus vom untergeordneten Individuum unter das Wohl der Gemeinschaft, macht eine vollkommene Identifikation des Individuums mit nationaler Geschichte nötig. Dabei kann nicht von einem wissenschaftlichen Sinn von Geschichte gesprochen werden. Vielmehr werden bestimmte Geschichtsinhalte selektiv herausgegriffen, während andere völlig vernachlässigt oder umgedeutet werden. Die Geschichte, oder was dafür gehalten wird, hat die Aufgabe einen festen Orientierungsrahmen für die Identitätsbildung des/der Einzelnen herzustellen. In einer zunehmend komplexer werdenden Realität werden solche eindeutigen und „natürlichen“ Geschichtsbilder zum zentralen Anhaltspunkt für die Identitätsbildung. Bezeichnend für den Rechtsextremismus ist seine besonders selektive Auslegung von Geschichte, wenn es um die nationalsozialistische Vergangenheit geht. In diesem Zusammenhang werden nationalsozialistische Verbrechen und Gräueltaten verharmlost, während oft die vermeintlich „guten Seiten“ oder die angeblich „positiven Errungenschaften“ des nationalsozialistischen Regimes betont werden. Eine solche Art der Geschichtsumdeutung ergibt sich aus dem Deutschnationalismus.

W. Holzer zeichnet in seiner Typologie des Rechtsextremismus ein sehr umfangreiches Bild der Merkmale, die diesen kennzeichnen. Es wird allgemein festgehalten, dass dem Rechtsextremismus jedes Mittel zur Zielerreichung recht ist und somit eine grundsätzliche Gewaltbereitschaft im rechtsextremen Milieu herrscht.

„Die allen Ideologemen immanente Tendenz der Anti-Egalität, die mit sozialer, psychischer und physischer Ausgrenzung Anderer verbunden ist und Gewalt als zentralen Regelungsmechanismus gesellschaftlicher Verhaltensweisen und Konflikte vorzustellen sucht, lässt Formen von Gewaltakzeptanz und Gewaltlatenz auch im strategischen Denken der extremen Rechten vielfach durchschimmern. (...) Kämpferischer Habitus und Offenheit für Formen zumindest struktureller Gewalt, über alltägliche Erfahrungen vielfältig eingespielt, bilden tatsächlich durchgängige und zentrale Bezugspunkte in den Durchsetzungsstrategien rechtsextremer Politikeliten.“ (Holzer 1994, S. 64)

Holzers Begriffsdefinition des Rechtsextremismus bezieht den biologistisch verankerten völkischen Gedanken, die Hinwendung zum starken „großen Staat“, die Ablehnung von Pluralismus und Demokratie, die Ablehnung und Ausgrenzung alles „Fremden“ und „Anderen“ sowie die geschichtsrevisionistische Verharmlosung des Nationalsozialismus mit ein. Bei diesen Merkmalen des Rechtsextremismus tritt eine Deckungsgleichheit mit der Definition des Rechtsextremismusbegriffs bei R. Stöss auf. Dieser definiert den politikwissenschaftlichen Rechtsextremismusbegriff als „Sammelbegriff für verschiedenartige gesellschaftliche Erscheinungsformen, die als rechtsgerichtet, undemokratisch und inhuman gelten.“ (Stöss 2007, S. 27)

Dafür legt Stöss folgende Merkmale fest: (Stöss 2007, S. 25)

- Übersteigter Nationalismus gepaart mit imperialistischem Großmachtstreben sowie einer feindseligen Haltung gegenüber anderen Staaten und Völkern.
- Die Negation der universellen Freiheits- und Gleichheitsrechte des Menschen (das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, Freiheit, Freizügigkeit und soziale Sicherheit etc.)
- Feindschaft gegen parlamentarisch-pluralistische Systeme, die auf Volkssouveränität und Mehrheitsprinzip beruhen.
- Die Anhängerschaft an die Ideologie einer angeblich der natürlichen Ordnung entsprechenden, ethnisch homogenen („reinrassigen“) Volksgemeinschaft.

Als Mitglied einer ExpertInnengruppe, die sich regelmäßig mit der Untersuchung rechtsextremistischer Einstellungen beschäftigt, verweist R. Stöss außerdem auf die Arbeitsdefinition dieser Gruppe:

„Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“
(Stöss 2007, S. 60 f)

Auf dieser Basis legt er weitere sechs Merkmale für eine rechtsextreme Einstellung dar: (Stöss 2007, S. 61)

- Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur
- Chauvinismus
- Ausländerfeindlichkeit
- Antisemitismus
- Sozialdarwinismus
- Verharmlosung des Nationalsozialismus

Die Erklärungsansätze des Extremismusmodells beziehen sich auf das Links-Rechts-Schema, das zur Vereinfachung komplexer politischer Sachverhalte dient. Der Mitte dieses Schemas werden gemäßigte, ausgleichende Attribute zugeschrieben, während die Ränder meist als polarisierend und kompromisslos dargestellt werden. (vgl. Stöss 2007, S. 22)

Kritiker einer Einordnung der politischen Realität auf dieser Folie des Rechts-Links-Schemas beurteilen dieses als zu eindimensional, als dass es die Komplexität der politischen Wirklichkeit erfassen könnte. Die Politikwissenschaft geht heute davon aus, dass sich sowohl demokratische als auch antidemokratische Tendenzen in allen politischen Lagern finden lassen. Zu einer besseren Beschreibung der tatsächlichen politischen Wirklichkeitsverhältnisse, müsste die Achse des Links-Rechts-Schemas um eine ökonomisch-soziale

Dimension erweitert werden. Dennoch erscheint zur Beschreibung des Phänomens Rechtsextremismus die Links-Rechts-Skala als geeignetes, wenn auch unvollständiges Ordnungsschema. (vgl. Stöss 2007, S. 22)

Auch W. Holzer zieht in seiner Definition des Rechtsextremismus das Links-Rechts-Schema zur Begriffsbestimmung heran. Hier wird die Links-Rechts-Skala als adäquates Mittel zur Orientierung im Bereich politischer Ideengeschichte und aktueller politischer Phänomene eingeschätzt. Holzer definiert in seinen Ausführungen zur Abgrenzung des Rechtsextremismus die beiden Pole Rechts und Links folgendermaßen:

„Links drängt, der Idee nach, auf Erweiterung personaler Autonomie, auf fortschreitende Emanzipation von Individuen und Gruppen und die Ausweitung politischer Partizipation, die in der Idee universaler Freiheit und Gleichheit ihren Schnittpunkt haben, wobei in Begründung wie Durchsetzung ein Optimum an Rationalität gefordert ist. Rechts hingegen strebt tendenziell nach der Einordnung des Individuums in „natürliche“, bergende Gemeinschaften, nach Positionierung der Gruppen in einer hierarchisch gestuften Gesellschaftsordnung, nach stabilen weder einzelnen, noch der Gesellschaft zur Disposition gestellten, da aus unantastbar vorgeordneten Axiomen hergeleiteten Entscheidungsstrukturen. Als zentrale integrative Idee figuriert die Annahme natürlicher Ungleichheit, zu deren Begründung wesentlich überrationale Bezüge in den Vordergrund gerückt werden.“ (Holzer 1994, S. 21)

Die Links-Rechts-Skala wird somit auch hier als geeignetes Ordnungssystem für politische Einstellungen, Personen, Gruppen und Zielvorstellungen anerkannt, obwohl darauf hingewiesen wird, dass die Sozialforschung für ein mehrdimensionaleres Gliederungsschema plädiert. (vgl. Holzer 1994, S. 21)

H. G. Jaschke grenzt sich von den Rechtsextremismusbegriffen, die sich auf den Kern des Verfassungsschutzes konzentrieren, aber auch von jenen die sich hauptsächlich auf die Themen Gewalt und Ideologien der Ungleichheit stützen, ab. Er formuliert folgende Definition des Rechtsextremismus:

„Unter Rechtsextremismus verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der

Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürger unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter Rechtsextremismus verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen. Rechtsextremismus ist eine antimodernistische, auf soziale Verwerfung industriegesellschaftlicher Entwicklung reagierende, sich europaweit in Ansätzen zur sozialen Bewegung formierende Protestform.“ (Jaschke 1994, S. 30)

In der Literatur wird unterschieden zwischen rechtsextremen Verhaltensweisen oder Handlungen und rechtsextremen Einstellungen. Diese Unterscheidung wird unter anderem bei R. Stöss und W. Heitmeyer getroffen. Stöss verweist in diesem Zusammenhang auf den amtlichen Rechtsextremismusbegriff, der sich auf den Schutz der demokratischen Grundordnung und somit auf die Ebene der Handlungsweisen beschränkt. Im Unterschied dazu konzentriert sich der sozialwissenschaftliche Rechtsextremismusbegriff auf die Ursachen des gesellschaftlichen Phänomens Rechtsextremismus. Diese lassen sich nur anhand der Berücksichtigung von rechtsextremen Einstellungen ergründen und mit der Frage, woher diese kommen und unter welchen Voraussetzungen sie in rechtsextremes Verhalten münden. (vgl. Stöss 2007, S. 28)

Ebenfalls auf diese beiden Dimensionen bezogen, argumentiert W. Heitmeyer seinen Rechtsextremismusbegriff in der Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Heitmeyer bedient sich einem soziologischen Rechtsextremismusbegriff, der ökonomische und soziale Entstehungsmomente mit einbezieht. In der Studie ist die Rede von rechtsextremistischen Orientierungen und Handlungsweisen. Dies kommt der Unterscheidung zwischen der Einstellungs- und der Verhaltensebene nahe. In Heitmeyers Studie werden die beiden Bereiche getrennt in die Ideologie der Ungleichheit und Gewaltakzeptanz. Die Ideologie der Ungleichheit wird weiters unterteilt in zwei mögliche Dimensionen. Eine davon ist personen- bzw. gruppierungsbezogen und ausgerichtet auf eine Abwertung und Betonung der Ungleichwertigkeit. Die zweite Dimension bezieht sich auf die Lebenslage und fordert Ausgrenzung von „Fremdem“ und „Anderem“. Die Ebene der

Gewaltakzeptanz ergibt sich aus der Auffassung, dass Gewalt eine „normale“ Aktionsform zur Konflikt- und Problembewältigung darstellt. (vgl. Heitmeyer 1993, S. 14)

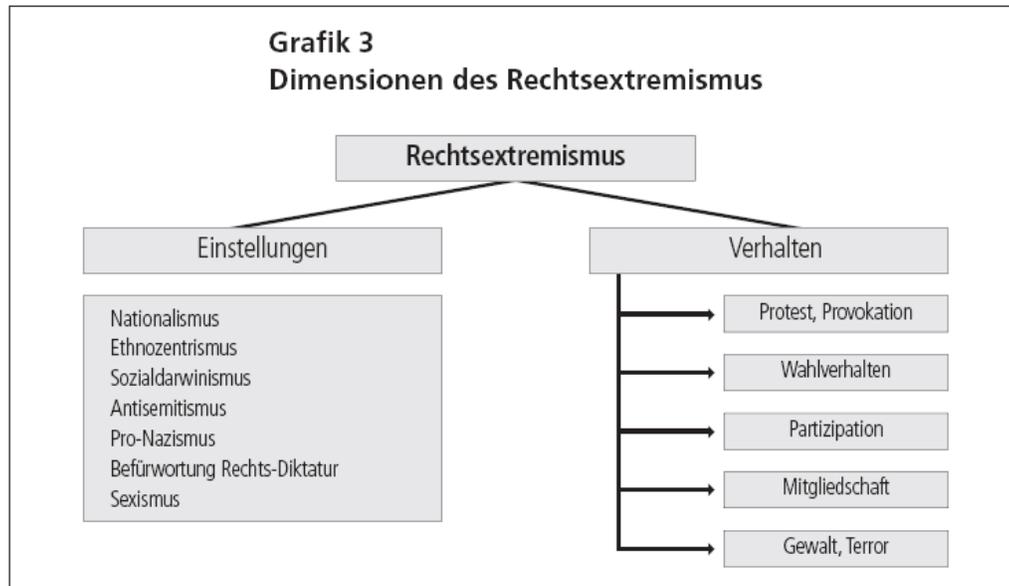


Abbildung 3-2: Dimensionen des Rechtsextremismus

(Quelle: <http://library.fes.de/pdf-files/do/05227.pdf>, 05. 03. 2011)

Die Grafik veranschaulicht die getrennten Sphären von Einstellung und Verhalten bei R. Stöss. Die Unterscheidung dieser beiden Dimensionen des Rechtsextremismus ist wichtig, da eine grundsätzliche Einstellung nicht zwangsläufig ein bestimmtes Verhalten nach sich ziehen muss, aber trotzdem die Basis dafür sein kann. Es gibt keinen Konsens über die Merkmale rechtsextremistischer Einstellungen, grundsätzlich können aber ein gewisses Maß an Nationalismus, Ethnozentrismus, Sozialdarwinismus, Antisemitismus, Pro-Nazismus, Befürwortung einer Rechts-Diktatur und Sexismus dazugezählt werden. (vgl. Stöss 2007, S. 30)

Generell sind Einstellungen dem Verhalten vorgelagert. Politische Einstellungen sind die Grundlage für politisches Verhalten. Doch Verhalten muss nicht zwangsläufig auf vorhandene Einstellungen folgen. So können rechtsextremistische Einstellungen durchaus vorhanden sein, ohne dass sie jemals in ein dementsprechendes Verhalten münden. Auf der Ebene des Verhaltens muss man wiederum eine weitere Unterscheidung zwischen

zielgerichtetem Verhalten und Protestverhalten vornehmen. Zielgerichtetes Verhalten ist einem politischen Programm verpflichtet und die Handlungen, die getätigt werden, haben die Zielerreichung im Sinne des Programms zum Ziel. Protestverhalten hingegen dient zum Ausdruck der eigenen persönlichen Unzufriedenheit mit den Umständen und der gesellschaftlichen Provokation, um auf die eigenen Probleme aufmerksam zu machen. Die Übergänge zwischen diesen beiden Dimensionen der Verhaltensebene sind allerdings fließend. Zielgerichtetes politisches Verhalten kann aus einem grundsätzlichen Protestverhalten heraus entstehen, muss es aber nicht. Genauso wenig entsteht politisches Verhalten ausschließlich aus protestorientiertem Verhalten. Die Unterscheidung dieser beiden Verhaltensebenen ist jedoch ausschlaggebend für eine wichtige Grenzziehung innerhalb des rechtsextremistischen Verhaltens: jener zwischen dem organisierten Rechtsextremismus und den zahlreichen kleinen zersplitterten Gruppen. Diese kleineren rechtsextremen Gruppen zählen meist zum subkulturellen Bereich und treten durch Provokation und Gewaltbereitschaft in Erscheinung, während ihre Organisationsstruktur jedoch unausgeprägt bleibt. Auch hier gibt es Wechselwirkungen zwischen den beiden Sphären. Kleine rechtsextreme Gruppierungen schließen sich öfters untereinander zusammen, um an Bedeutung zu gewinnen und es bestehen auch Zusammenarbeiten mit rechtsextremen politischen Organisationen, die im subkulturellen Bereich Mitglieder rekrutieren. (vgl. Stöss 2007, S. 27)

R. Stöss betont bei der Erklärung dieses Konzepts die Wichtigkeit der Trennung zwischen den beiden Bereichen Einstellung und Verhalten. Die beiden Bereiche haben unterschiedliche Ursachen und Stellenwerte, jedoch verweist er darauf, dass keine der beiden Dimensionen allein zu einer Erklärung des Phänomens Rechtsextremismus heranzuziehen ist. Beide Ebenen ergeben ausschließlich in ihrer Gesamtheit den Rechtsextremismus. (vgl. Stöss 2007, S. 29)

Auch bei W. Heitmeyer lässt sich diese Einschätzung finden. Die Gesamtheit von rechtsextremistischen Orientierungsmustern und Handlungsweisen ist dann gegeben, wenn beide Grundelemente ineinander greifen. Es müssen also die Elemente der Ideologie der Ungleichheit und jene der grundsätzlichen

Gewaltakzeptanz gemeinsam auftreten, damit von Rechtsextremismus die Rede sein kann. (vgl. Heitmeyer 1993, S. 14)

An Heitmeyers Rechtsextremismus-Studie aus den 1990er Jahren wird mehrfach Kritik geübt. H. G. Jaschke beispielsweise kritisiert das Konzept als zu eng formuliert. Seiner Einschätzung nach erfasst Heitmeyers Rechtsextremismusbegriff den Untersuchungsgegenstand der Studie – rechtsextreme jugendliche Lebenswelten – greift jedoch in anderen Bereichen zu kurz. Eine Einschätzung der politischen Praxis hinsichtlich der Arbeit von Institutionen im Bereich des Verfassungsschutzes oder der politischen Bildung sei nicht möglich. (vgl. Jaschke 1994, S. 28 f)

Heitmeyers Konzept wird auch hinsichtlich seiner mangelnden Präzision kritisiert. So seien die beiden Dimensionen der Ideologie der Ungleichheit und der Begriff der Gewaltakzeptanz zu wenig genau ausgearbeitet. (vgl. Breyvogel 1994, zit. n. Butterwegge 2001, S. 25)

C. Butterwegge verweist außerdem auf empirische Studien, die die Ausführungen W. Heitmeyers ernsthaft in Frage stellen und seine Erklärungsmuster widerlegen. Außerdem ist der Ansatz in den Augen der Kritiker hinsichtlich der Werte und Sozialbeziehungen zu konservativ ausgerichtet und könne die vielschichtigen Aspekte des Phänomens Rechtsextremismus nicht adäquat erfassen. „Zwar charakterisieren die genannten Aspekte zweifellos Grundzüge des rechtsextremen Denkens, für eine wissenschaftlich präzise Definition der ganzen politischen Richtung, die sich in verschiedenen Gruppierungen, Organisationen und Parteien formiert, reichen sie gleichwohl nicht aus.“ (Butterwegge 2001, S. 25)

Das Phänomen Rechtsextremismus ist also auch in der theoretischen und politikwissenschaftlichen Debatte umstritten und seine Begrifflichkeiten nur schwer voneinander zu trennen. Die Begriffsverwirrung wird zusätzlich durch journalistische Beiträge, die Begriffe teils beliebig verwenden und vermischen, vergrößert. Fremdenhass, Ausländerfeindlichkeit oder subkulturelle Erscheinungsformen werden unter dem Sammelbegriff Rechtsextremismus in den Medien abgehandelt. Dabei kommt es zu einer Verwässerung des

Rechtsextremismusbegriffs und einer Vermischung mit anderen unklar abgegrenzten Begriffen.

Die verschiedenen Ansätze zur Kategorisierung und Begriffsbestimmung stimmen in einigen zentralen Festlegungen hinsichtlich der inhaltlichen Merkmalen des Rechtsextremismus überein. Es wird eine Einteilung der zu unterscheidenden Ebenen der Einstellungen und des Verhaltens deutlich, die jedoch nur in ihrer Gesamtheit ein Bild des Rechtsextremismus zeichnen können. Zur Verortung des Begriffs ist eine Einteilung entlang der Links-Rechts-Skala zwar nicht unkritisiert, erscheint jedoch am besten geeignet, um die zahlreichen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus strukturell zu ordnen. Zu den inhaltlichen Merkmalen, die den Rechtsextremismus ausmachen, zählen die grundsätzliche Ablehnung einer modernen pluralistischen Demokratie und ihrer Gleichheitsgrundsätze, die Befürwortung einer autoritären Staatlichkeit und eine grundsätzliche Gewaltakzeptanz, die Vorstellung einer aus natürlichen Gesetzmäßigkeiten stammenden, homogenen Volksgemeinschaft und deren Abgrenzung gegen das feindliche „Fremde“ von Außen verbunden mit der Imagination von Sündenböcken und einer selektiven Geschichtsinterpretation.

Rechtsextremistische Einstellungen sind in vielen Bereichen moderner Gesellschaften vorzufinden und lassen sich nicht ausschließlich an den äußersten Rand des Gesellschaftsmodells drängen. Der Rechtsextremismus bringt zahlreiche variable Organisationsformen hervor, mit deren demokratiefeindlichen Bestrebungen sich sowohl staatliche Institutionen wie beispielsweise der Verfassungsschutz auseinandersetzen, die aber auch Gegenstand sozial- und politikwissenschaftlicher Arbeit darstellen.

4 CHANCEN FÜR DEN RECHTSEXTREMISMUS IM INTERNET

Rechtsextreme Organisationen versuchen aus den unterschiedlichsten Richtungen Einfluss auf gesellschaftspolitische Themenbereiche zu nehmen. Wie bereits erwähnt, tritt Rechtsextremismus in vielen Spielarten und variablen Organisationsstrukturen auf. Die Bandbreite reicht von rechtsextremen Parteien, über Kameradschaften bis zu lokalen Skinheadgruppen. Eines ist dem Rechtsextremismus jedoch schon immer ein Anliegen gewesen: Er will seine gesellschaftliche Basis und somit seine Macht und Einflussnahme ausdehnen. Dazu setzen rechtsextreme Organisationen seit jeher auf Propaganda, die sie mithilfe von Medien verbreiten.

T. Pfeiffer bezeichnet das Internet als „Schaufenster des deutschen und internationalen Rechtsextremismus. Kaum eine Szene-Gruppe verzichtet darauf, im Netz auf sich aufmerksam zu machen – mal krude und provokant, zunehmend in adrettem Design und mit gewählter Sprache. Mit mehr oder minder aufwändigen Websites sind rechtsextremistische Parteien im Netz vertreten, neonazistische ‚Aktionsbüros‘ und ‚Kameradschaften‘, Bands und Online-Versände, Zeitungen, Zeitschriften und Verlage, pseudowissenschaftliche Rassisten, Holocaust-Leugner, selbst ernannte ‚Reichsbürger‘, neurechte Intellektuelle und obskure Zirkel.“ (Pfeiffer 2009, S. 290)

Im Folgenden soll die Entwicklung von den ersten rechtsextremen Online-Aktivitäten hin zur Internetpräsenz des Rechtsextremismus heute nachgezeichnet werden. Eine Einschätzung der Attraktivität des Internets als Propagandamedium bildet den Ausgangspunkt für eine Einordnung der strategischen Funktion rechtsextremer Internetpräsenz für die Szene. Hierbei wird Bezug genommen auf die (umstrittene) These einer sozialen Bewegung von rechts, die in der einschlägigen Literatur meist den Ausgangspunkt für die Analyse der rechtsextremen Umtriebe im World Wide Web bildet. In diesem Kontext werden die Formen rechtsextremer Internetaktivitäten und die neuesten Entwicklungen in den Netzwerken des Web 2.0 dargestellt. Die rechtliche Situation und die aktuellen Zahlen und Daten zum Online-Rechtsextremismus fließen mit ein.

4.1 PROPAGANDAMEDIUM INTERNET

Die rechtsextreme Medienlandschaft betrieb ihre Propaganda in der Vergangenheit über spezifische Szenemedien wie Zeitungen oder Fanzines sowie Musik mit rechtsextremen Inhalten. Das Internet stellt für rechtsextreme Organisationen eine schnelle, unkomplizierte und kostengünstige Möglichkeit zur Kommunikation dar. Das NPD-Organ „Deutsche Stimme“ sieht im Internet „in Zeiten absoluter Medienkontrolle (...) das letzte Medium, das eine tatsächliche Informationsfreiheit gewährleistet“ dies sei ein „wichtiger Gegenpol zum herrschenden Zeitgeist“. (zit. n. Fromm 2001, Einleitung)

Der Rechtsextremismus ist von seiner Ausrichtung her rückwärtsgewandt und zeichnet sich durch seine starken Ablehnungs- und Ausgrenzungstendenzen aus. Doch seit jeher pflegt er eine positive Einstellung gegenüber Medien. Anders als in vielen Bereichen ihrer ideologischen Grundsätze, sind RechtsextremistInnen den modernen Medien gegenüber offen und bereit, diese unter den Vorzeichen der neuesten technischen Standards zu nutzen. Rechtsextreme Propaganda war seit Beginn des Internets mit seinen vergleichsweise simplen Diensten präsent und vollzog die zunehmende Professionalisierung der Internetkommunikation mit. Von den Anfängen der Mailboxen bis zu aufwändigen Homepages und mittlerweile aller Spielarten des Web 2.0 entwickelte sich parallel zu den Fortschritten der globalen computerunterstützten Kommunikation auch die rechtsextreme Internetpräsenz. (vgl. Busch 2005, S. 23; Pfeiffer 2002, S. 1)

„Wann immer in den vergangenen knapp 20 Jahren eine neue Kommunikationstechnik für Privatleute verfügbar wurde, zählten Rechtsextremisten zu den Ersten, die sie zu nutzen wussten. Das gilt für computergestützte Kommunikation in besonderer Weise, von der sich die Szene engere Vernetzung nach innen und neue Agitationsmöglichkeiten nach außen verspricht.“ (Pfeiffer 2002, S. 1)

Die Vorteile des Internets haben nahezu alle rechtsextremen Organisationen dazu gebracht, ihre einschlägige Propaganda auch im Netz zu verbreiten. Dabei spielt die eigene Selbstdarstellung und die Darlegung rechtsextremistischer Wertvorstellungen und Ansichten in der Netzöffentlichkeit eine zentrale Rolle. Rechtsextreme Internetpropaganda wird von verschiedensten rechtsextremen AkteurInnen in Umlauf gebracht. Die Bandbreite der rechtsextremen AkteurInnen

im Internet reicht von größeren, einflussreichen Organisationen des Rechtsextremismus, rechtsextremen Parteien, lokalen Unterorganisationen, BasisaktivistInnen bis zu SympathisantInnen. (vgl. Busch 2005, S. 23)

„Moderne Propaganda ist demnach als unidirektionale, beeinflussende Kommunikation zu definieren, für die die Norm der wahrheitsgemäßen Information untergeordnet oder bewusst ausgeklammert wird. Sie arbeitet in der Regel mit einfachen Kommunikationsmitteln (starke Durchdringung, häufige Wiederholungen, einfache Stereotype, klare Wertungen, Vermischung von Information und Meinung), ist häufig emotionalisiert, setzt Feindbilder ein und kommt nur innerhalb einer zentralisierten, nichtdemokratischen Öffentlichkeitsstruktur zu ihrer vollen Entfaltung.“ (Bentle 1998, zit. n. Busch 2005, S. 23)

Das Internet als Propagandamedium bietet zahlreiche Vorteile für RechtsextremistInnen:

- Es lässt sich eine Vielzahl von Adressaten erreichen - und das ohne den hohen Kostenaufwand, wie er bei der Produktion und Verteilung von Broschüren und Flugblättern entstehen würde.
- Rechtsextremisten gehen nur ein geringes Risiko der Strafverfolgung ein. Viele Seiten, die nach deutschem Recht strafbar sind, werden über ausländische Provider eingestellt.
- Es können nicht nur Gleichgesinnte auf die Internetseiten zugreifen, sondern potenziell jeder Internetnutzer. Dadurch kommen Personen mit rechtsextremistischen Inhalten in Berührung, die sich über Publikationen nicht hätten ansprechen lassen. Sie können anonym auf rechtsextremistische Seiten zugreifen und müssen sich dafür nicht öffentlich rechtfertigen.

(Quelle: <http://www.verfassungsschutzgegenrechtsextremismus.de/de/erscheinungsformen-des-rechtsextremismus/rechtsextremismus-im-internet.html>, 25. 03. 2011)

Auch W. Neugebauer schätzt die Faszination des Internets für RechtsextremistInnen, Neonazis und antisemitische oder revisionistische AkteurInnen als groß ein: (Neugebauer 1997, S. 8)

- Sie entziehen sich der Strafverfolgung und allen Formen behördlicher Kontrolle, Bekämpfung und Unterdrückung,
- sie erreichen kostengünstig, mit einfachem Aufwand und schnell ein großes Publikum,
- weltweite Verbreitung der Propaganda und internationale Kooperation mit Gleichgesinnten werden ermöglicht.

Diese Einschätzung stammt aus dem Jahr 1997. In der Zwischenzeit hat sich hinsichtlich der rechtlichen Möglichkeiten und der politischen wie auch gesellschaftlichen Gegenstrategien sehr viel getan. Das Internet ist mittlerweile kein straffreier Raum mehr und unterliegt medien- und strafrechtlichen Bestimmungen. Der Verfassungsschutz oder staatliche Initiativen, wie jugendschutz.net beobachten die rechtsextreme Szene seit Jahren und leiten auch rechtliche Schritte gegen verbotene Inhalte im Internet ein. Ebenso trifft das österreichische Verbotsgesetz auf rechtsextreme Internetinhalte zu. Provider sind rechtlich dazu verpflichtet, strafrechtlich relevante Internetinhalte vom Netz zu nehmen und kommen dieser Pflicht auch nach. Generell haften sowohl diejenigen, die die Inhalte online stellen, als auch die jeweiligen Provider für verbotene Inhalte. Außerdem ist es möglich Anzeige gegen verfassungswidrige oder volksverhetzende Internetinhalte bei Polizei oder Staatsanwaltschaft zu stellen. Im Falle der Angebote im Web 2.0 oder bei sozialen Netzwerken ist es mittlerweile üblich, eine Erklärung gegen so genannte „Hate Speech“ in die AGBs aufzunehmen. Die BetreiberInnen der Plattformen erklären sich damit bereit, entsprechende verbotene Inhalte vom Netz zu nehmen. Trotzdem sich mit der Professionalisierung des Internets auch die rechtlichen Grundlagen entwickelt und verbessert haben, ermöglicht das Internet gezielte Strafvermeidung. Die konkrete Rechtslage wird im folgenden Abschnitt der Arbeit dargestellt.

(vgl. <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/was-konkret-tun-gegen-rechtsextremismus-im-internet-7367>, 25. 03. 2011; Busch 2005, S. 26)

Eigene Medien haben in den letzten 20 Jahren einen großen Bedeutungszuwachs in rechtsextremen Kreisen erfahren. Dies liegt nicht zuletzt an der verstärkten Strafverfolgung rechtsextremer Organisationen durch die zuständigen Behörden. Im Zuge dieser Strafverfolgung kam es zum Verbot zahlreicher einschlägiger

Gruppierungen im rechtsextremen Umkreis. Starre Organisationsformen wurden dadurch zunehmend verdrängt durch flexible Aktionsbündnisse, informelle Projekte und regionale Kameradschaften. Vernetzung tritt gegenüber hierarchischen Strukturen in den Vordergrund. „Für die Vernetzung bietet kein Medium bessere Voraussetzungen als das Internet.“ (Pfeiffer 2009, S. 291)

4.2 ENTWICKLUNG RECHTSEXTREMER INTERNETPRÄSENZ

Die ersten rechtsextremen Internetaktivitäten gingen in den 1980er Jahren von den USA aus. Da dort die Anfänge des Internets liegen und die Technologie erstmals einem breiten Nutzerkreis zur Verfügung stand, nutzten amerikanische Rechtsextreme auch als erste das neue Medium. Vom Simon Wiesenthal Center in New York wurde bereits 1983, mit der Einrichtung von Computer-Mailboxen des amerikanischen Neonazis George Dietz, eine der ersten rechtsextremen Internetaktivitäten registriert. In den Mailbox-Netzen wurden rechtsextreme Schriften bereitgestellt. AktivistInnen des Ku-Klux-Klan und militante Skinhead-Führer folgten dem Beispiel und richteten weitere ähnliche Mailboxen ein. (vgl. Pfeiffer 2009, S. 291 f)

Auch der deutsche Rechtsextremismus setzte Mailboxen zur Kommunikation ein. Der NutzerInnenkreis, dieser Mailboxen ist verglichen mit den Möglichkeiten des WWW sehr gering, da es sich um eine szenebazogene Datenbank und ein Kommunikationsmittel innerhalb einer begrenzten Interessensgruppe handelt. Sie ermöglichen einen schnellen, uneinsehbaren Datenaustausch, ihre Nutzung ging jedoch seit der festen Etablierung der Dienste des WWW Ende der 1990er stark zurück. Eines der bedeutendsten Mailbox-Netze war das seit 1993 bestehende „Thule-Netz“, das bereits seit 1996 auch eine Internetseite betreibt. (vgl. Fromm 2001, S. 15)

Mit der technischen Entwicklung des Internets veränderte sich auch die rechtsextreme Präsenz. So kamen in den 1990ern die ersten rechtsextremen Homepages ans Netz. Als erste rechtsextreme Homepage erschien am 27. März 1995 „The first White Nationalist Site on the Web – Stromfront“, veröffentlicht von Don Black in den USA. Bis zum Jahr 2000 verzeichnete die Homepage, nach eigenen Angaben 120.000 Zugriffe, die meisten aus den USA und der zweitgrößte

Teil aus Deutschland. Im Jahr 1995 wurde auch vom Verfassungsschutz in Deutschland das erste Mal eine Internet-Nutzung durch den deutschen Rechtsextremismus festgestellt. Die Produktion eigener Medien hat für den deutschen Rechtsextremismus grundsätzlich in den 1990ern an Bedeutung gewonnen. Eine verstärkte Internetpräsenz des deutschen Rechtsextremismus ist seit 1997 zu bemerken. Seit 1996 bestehen die Homepages der NPD und der Republikaner. Im selben Jahr wurden 30 rechtsextreme Homepages vom Verfassungsschutz erfasst. (vgl. Fromm 2001, S. 14; Pfeiffer 2009, S. 291)

In Österreich wurde die erste rechtsextreme Internetpräsenz vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) registriert und gleichzeitig Anzeige wegen NS-Wiederbetätigung und Verhetzung bei der zuständigen Staatsanwaltschaft erstattet. Im Jahr 1996 lancierten die österreichischen Rechtsextremisten Kurt Peter Weiß und Franz Swoboda eine Homepage mit antisemitischen und den Holocaust leugnenden Inhalten sowie Verlinkungen zu einschlägig bekannten revisionistischen Organisationen und Personen wie beispielsweise Ernst Zündel. Das DÖW erkannte in dieser Homepage die österreichische Premiere einer rechtsextremen Internetpräsenz und wollte rechtliche Schritte dagegen einleiten. Die Staatsanwaltschaft Wien teilte diese Auffassung damals nicht und wies die Anzeige ab. Die Begründung dafür: die Öffentlichkeit - die im Verbotsgesetz verankert ist – sei bei einer Internet-Homepage nicht gegeben. Diese Einschätzung wurde nach massiven Protesten des DÖW revidiert. (vgl. Neugebauer 1997, S. 7)

In den 1990ern erlebte das Internet einen allgemeinen Boom, der seinen mittlerweile zentralen Stellenwert als Medium zur Folge hatte. Korrespondierend dazu, vergrößerte sich auch das Angebot an rechtsextremistischen Inhalten im Netz. Die Zahl der rechtsextremen Internetangebote stieg rasant und 2005 wurden rund 1.000 deutschsprachige rechtsextreme Internetseiten vom deutschen Innenministerium gezählt. Zu den Zahlen gibt es unterschiedliche Angaben von unterschiedlichen Zählstellen, so stellte jugendschutz.net 2005 1.323 deutschsprachige rechtsextreme Homepages fest. Außerdem weißt die rechtsextreme Internetpräsenz eine starke Fluktuation auf. Es kommen ständig

neue relevante Inhalte dazu, während gleichzeitig viele andere rechtsextreme Internetangebote offline gehen. (vgl. Pfeiffer 2009, S. 291)

Doch nicht nur quantitative Werte zählen in der Entwicklung von rechtsextremen Internetinhalten. Ein bemerkenswerter Anstieg in der Qualität der einschlägigen Internetangebote ist auszumachen.

„Viele Websites sind inzwischen mit Sachverstand erstellt – manche Betreiber integrieren neue technische Möglichkeiten umgehend in ihre Internetpräsenzen. Optische Effekte, Intros, Chat-Rooms und Gästebücher zählen seit geraumer Zeit zu den Standards. Zuletzt sind vor allem für das Handy optimierte Webangebote hinzugekommen und sogenannte „RSS-Feeds“, über die ein Nutzer Inhalte einer Website abonnieren oder auf einer Website einbinden kann.“ (Pfeiffer 2009, S. 292)

Die neuesten Entwicklungen des Internets werden mit dem Schlagwort Web 2.0 gefasst und fassen Angebote zur Interaktivitätssteigerung des Internets zusammen. Hinsichtlich der Angebote des Web 2.0, wie Wikis, Blogs, Social Networks oder Videoportalen lassen sich 2 Nutzungsweisen der RechtsextremistInnen ausmachen. Es werden die gängigen herkömmlichen Provider wie etwa YouTube, Facebook oder StudiVZ genutzt um dort eigenes rechtsextremes Propagandamaterial zu veröffentlichen oder Profile zu erstellen. Außerdem werden eigenständige rechtsextremistische Pendants zu den erfolgreichen internationalen Plattformen des Web 2.0 erstellt. Dazu zählen etwa das Nachrichtenforum „Altermedia“ (in Anlehnung an „Indymedia“), das Videoportal „NS-Media“ (in Anlehnung an YouTube) und die Wikis „Metapedia“ und „Encyclopaedia Germanica“ (in Anlehnung an Wikipedia). Dabei wird die Funktionsweise der etablierten Plattformen übernommen um rechtsextremistische Inhalte aufzubereiten. Die NutzerInnenzahlen bleiben aber weit hinter denen der Originale zurück. (vgl. Pfeiffer 2009, S. 292)

Seit den Anfängen des Internets in den 1980ern sind rechtsextreme AkteurInnen und Gruppierungen bei der Nutzung des Internets immer up to date mit den technischen Fortschritten des Mediums gewesen. Der globalen Ausdehnung der Nutzung des Internets folgte auch die weltweite Nutzung durch

RechtsextremistInnen. Die Professionalität der rechtsextremen Inhalte nahm mit den technischen Fortschritten im Internet zu. Medien sind im Zuge einer losen netzwerkartigen Organisationsform der rechtsextremen Szene bedeutender geworden und das Internet vermag die gegenseitige Vernetzung am adäquatesten umzusetzen. Dennoch bleibt zu bemerken, dass zwar der Umfang der Angebote, die Zahl der AnbieterInnen und die Professionalität der Angebote stetig zunahm, im Vergleich zur Fülle des Gesamtangebots an Information im Internet, jedoch verschwindend gering ist. (vgl. Pfeiffer 2002, S. 19)

4.3 RECHTSLAGE

Das Internet galt lange als rechtsfreier Raum. Es fehlten rechtliche Bestimmungen, wer für Internetinhalte verantwortlich ist, welche Gesetze zutreffen, und wie die Kontrolle vor sich gehen soll. Im Falle des Rechtsextremismus im Internet gab es Einschätzungen, dass das Internet vor allem der Strafvermeidung zuträglich wäre. So nannte Neugebauer noch 1997 als entscheidenden Grund für die Attraktivität des Internets für rechtsextreme Kräfte, die Möglichkeit des Entzugs vor Strafverfolgung und allen Formen behördlicher Kontrolle, Bekämpfung und Unterdrückung. (vgl. Neugebauer 1997, S. 8)

Die Strafverfolgung und gerichtliche Verurteilung von RechtsextremistInnen führte zum Verbot einschlägiger rechtsextremer Organisationen, setzte führende Persönlichkeiten der Szene zumindest vorübergehend außer Gefecht und schwächte auch die Publizistik des Rechtsextremismus. Gezielte erfolgreiche Schläge gegen den Rechtsextremismus in der Realität trugen zur Attraktivität eines rechtlich kaum regulierten Mediums wie dem Internet bei. (vgl. Neugebauer 1997, S. 8)

Doch das Internet blieb kein rechtsfreier Raum. Es kam zu einer Schließung von Interpretationsunsicherheiten und Gesetzeslücken, die durch die raschen technologischen Entwicklungen entstanden. Rechtsextreme, rassistische oder neonazistische Inhalte im Netz sind ebenso Gegenstand strafrechtlicher Bestimmungen, wie sie es außerhalb der virtuellen Welt sind. Dabei muss festgestellt werden, wer für die strafrechtlich relevanten Inhalte zur Verantwortung

gezogen werden kann. Dies erfolgt über die Differenzierung zwischen Individual- und Massenkommunikation. Dabei muss eine Unterscheidung zwischen Individualkommunikation in privaten Mailboxes und öffentlicher Kommunikation im WWW getroffen werden. Handelt es sich um die Publikation von Gedankengut und Information in den öffentlichen Bereichen des Internets, beispielsweise auf einer Homepage, so habe diese, die gleiche Wirkung wie herkömmliche Medien. Dahingehend kommen auch die Kontroll- und Eingriffsinstrumente des Medienrechtes zur Anwendung. (vgl. Schmölzer 1997, S. 252 ff)

Einen wesentlichen Punkt hinsichtlich rechtsextremer Internetpropaganda bildet die Bindung gesetzlicher Bestimmungen an nationale Räume. Das Recht in vielen Staaten verbietet die Verbreitung rechtsextremer Propaganda. Doch das Internet ist ortsungebunden und stellt somit neue Herausforderungen an die rechtlichen Bestimmungen, insbesondere jene strafrechtlichen Inhalte, die den Rechtsextremismus betreffen. Dabei gilt das Territorialprinzip. Es ist das auf den Tatort geltende nationale Recht anzuwenden. Die Vorgänge im Internet sind jedoch komplex und können in den Zuständigkeitsbereich mehrerer Staaten fallen, was zu Problemen in der Strafverfolgung führt. Es gibt auf europäischer Ebene Bestrebungen, durch die Harmonisierung der internationalen Rechtslage ein staatenübergreifendes, kooperatives, strafrechtliches Vorgehen gegen die Verbreitung von Propaganda in Computernetzen durchzusetzen. (vgl. Busch 2005, S. 27 f)

Die entscheidende Ausnahme hinsichtlich der rechtlichen Verbote von rechtsextremer Propaganda im Internet stellen die USA dar. Die Meinungsfreiheit hat dort Vorrang und verbietet eine Einschränkung der Freiheit der Rede. Dies ermöglicht es rechtsextremen NetzaktivistInnen, ihre im eigenen Land strafbaren Inhalte, über Provider in den USA legal online zu stellen. (vgl. Busch 2005, S. 28; Pfeiffer 2009, S. 305)

Das Internet ist ein vergleichsweise junges Medium, so auch die Diskussion um die rechtlichen Vorgehensweisen gegen rechtsextreme Propaganda.

„jugendschutz.net“ als zentrale Kontrollstelle für den Jugendschutz im Internet beschäftigt sich seit seiner Gründung 1997 mit den rechtlichen Möglichkeiten gegen jugendgefährdende Inhalte. Das

Vorgehen gegen rechtsextreme Inhalte im Internet mit Mitteln des Straf- oder Jugendmedienschutzrechtes stößt dabei aufgrund der Spezifika des Netzes, seiner Schnelligkeit, der Flüchtigkeit der Inhalte und der unmittelbaren Verfügbarkeit von Angeboten weltweit, immer wieder an Grenzen. Allerdings ist das Internet auch kein rechtsfreier Raum. Im deutschen Recht gilt der Grundsatz: Was offline illegal ist, bleibt auch bei der Verbreitung im Internet illegal.“ (Günter 2009, S. 631)

4.3.1 VERBOTE IM BEREICH RECHTSEXTREMISMUS

T. Günter bietet einen aktuellen Überblick der wesentlichen rechtlichen Grundlagen zum Rechtsextremismus im Internet. Grundsätzlich fallen rechtsextreme Äußerungen unter das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht ist Bestandteil des deutschen Grundgesetzes sowie der österreichischen Bundesverfassung. Auch auf EU-Ebene ist die freie Meinungsäußerung in der Europäischen Menschenrechtskonvention in Artikel 11 verankert. Im Fall rechtsextremistischer Äußerungen kommt es jedoch zu Einschränkungen hinsichtlich der freien Meinungsäußerung. Wenn andere Personen in ihrer Ehre verletzt werden, oder allgemeine Gesetze und Jugendschutzbestimmungen übertreten werden, wird die freie Meinungsäußerung eingeschränkt. Die betreffenden Bestimmungen des Jugendschutzes und des Strafrechts gelten ebenso für Internetinhalte. (vgl. Günter 2009, S. 632)

Das *Verbreiten von Propagandamitteln* ist im Internet verboten. Dies betrifft rechtsextremistische Inhalte meist dahingehend, dass sie oft Propagandamaterial veröffentlichen, welches Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation weiterführen soll. Von Fassungen von Hitlers „Mein Kampf“ bis zu Wochenschaufilmen aus dem Zweiten Weltkrieg findet sich eine Vielzahl nationalsozialistischen Propagandamaterials auf rechtsextremistischen Internetseiten. Ebenfalls werden häufig *Kennzeichen von verfassungswidrigen Organisationen* auf rechtsextremistischen Internetseiten verbreitet. Darunter fallen Darstellungen des Hakenkreuzes wie auch eindeutige Sprüche wie „Sieg Heil“ oder „Heil Hitler“. Auch die Verbreitung solcher Kennzeichen ist verboten. Der Straftatbestand der *Volksverhetzung* greift im Bereich des Rechtsextremismus ebenfalls. Unter den Begriff Volksverhetzung fallen Bestrebungen, die den

öffentlichen Frieden stören und zu Hass oder Gewalt gegen Teile der Bevölkerung aufrufen, die Menschenwürde anderer angreift oder Teile der Bevölkerung beschimpft oder verleumdet. Volksverhetzung liegt beispielsweise dann vor, wenn Parolen wie „Ausländer raus“ gepaart mit einer eindeutigen Aufforderung zur Gewalt vorliegen. Weiters stellt die *Leugnung und Verharmlosung nationalsozialistischer Völkermordhandlungen* einen Straftatbestand dar. Solche revisionistischen Inhalte machen einen großen Teil rechtsextremistischer Internetpropaganda aus und führten beispielsweise im Fall des Ausschwitz-Leugners Ernst Zündel 2007 zu einer Verurteilung wegen Volksverhetzung zu fünf Jahren Haft. Die *Verherrlichung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft* lässt sich ebenfalls strafrechtlich verfolgen, allerdings kommt dies im Bezug auf Internetinhalte selten zum Einsatz. Es müsste eine tatsächliche Störung des öffentlichen Friedens festgestellt werden, wozu es massenweiser Beschwerden einer Vielzahl von Personen über eine bestimmte Website bedürfte. Viele rechtsextreme InternetanbieterInnen bewegen sich absichtlich knapp unter der Grenze zur Strafbarkeit. In vielen Fällen kann ihnen kein Verstoß gegen Strafrechtvorschriften nachgewiesen werden. Zunehmend wird eine Verknüpfung von diesen rechtsextremistischen Internetinhalten mit einem auffallend modernen Internetauftritt mit Erlebnischarakter beobachtet. Daher gewinnt das Vorgehen gegen jene Angebote auf der Ebene der Jugendgefährdung an Bedeutung. Jugendgefährdende indizierte Web-Angebote sind grundsätzlich verboten. Nach der Indizierung durch die Kontrollstelle jugendschutz.net kommt es in den meisten Fällen, zu einer unverzüglichen Schließung der betreffenden Seite. (vgl. Günter 2009, S. 633 – 640)

Im Fall des Rechtsextremismus im Internet kommen also grundsätzlich dieselben rechtlichen Mittel zum Einsatz wie in seinen realen Erscheinungsformen. In Österreich sind neben dem Verbotsgesetz auch der Verhetzungsparagraph § 283 StGB, das Abzeichengesetz und das Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen (EGVG) auf rechtsextreme Internetinhalte anwendbar. § 3 des Verbotsgesetzes bezüglich „Wiederbetätigung“ schließt Bestrebungen zur Wiedergründung nationalsozialistischer Organisationen sowie die Verleugnung, Verharmlosung oder Rechtfertigung von NS-Verbrechen mit ein. Die Veröffentlichung antisemitischer oder rassistischer Inhalte im Internet fällt

unter Verhetzung. Das Tragen eindeutiger nationalsozialistischer Uniformen oder Symbole ist nach dem Abzeichengesetz strafbar. Für jene Handlungen, die gerichtlich nicht geahndet werden können, sind Verwaltungsstrafen vorgesehen. Diese betreffen etwa die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts im Sinne des Verbotsgesetzes. Relevante rechtsextremistische Inhalte im Internet können nach diesen rechtlichen Bestimmungen behandelt werden. Das Internet weist allerdings zahlreiche rechtliche Grauzonen und Schlupflöcher für rechtsextremistische Propaganda auf. (vgl. <http://www.kija-noe.at/kijaneu/files/rechtsWEB.pdf>, 31. 03. 2011)

4.3.2 HAFTUNG IM INTERNET

Das Internet als ein Medium, das einen hohen Grad an Anonymität der NutzerInnen gewährleistet, wirft neue Fragen hinsichtlich der Haftung für verbotene Inhalte auf. Grundsätzlich ist der/die VerfasserIn eines Internetinhaltes für diesen haftbar. Als AutorInnen gelten AnbieterInnen, die auf ihrer Website rechtsextreme Propaganda zur Verfügung stellen, aber auch jene, die im Internet in Gästebüchern, Foren oder Blogs strafbare Inhalte veröffentlichen. Auch wer Videos mit rechtsextremen Inhalten auf eine Plattform stellt oder einschlägige Beiträge in sozialen Netzwerken veröffentlicht, haftet als AutorIn für strafrechtlich relevante Inhalte. (vgl. Günter 2009, S. 641)

Bei Einträgen in Gästebüchern oder Foren stellt sich auch die Frage nach der Haftbarkeit des/der Betreibers/Betreiberin der Website, in deren Forum oder Gästebuch eine strafbarer Eintrag vorliegt. Der/Die BetreiberIn eines Gästebuchs ist nur dann für die Einträge Dritter haftbar, wenn ihm/ihr die Kenntnis des Eintrags nachgewiesen werden kann. Dies kann durch den Nachweis erfolgen, dass der/die BetreiberIn einen eigenen zustimmenden Kommentar Bezug nehmend auf den strafbaren Eintrag vorgenommen hat oder direkt im Anschluss an den verbotenen Eintrag einen eigenen Eintrag erstellt hat. Auch bei Foren oder Gästebüchern, deren Einträge vor der Veröffentlichung freigeschaltet werden müssen, kann von einer Kenntnis der Einträge durch den/die BetreiberIn ausgegangen werden. (vgl. Günter 2009, S. 641)

Eine weitere Frage, die seit Jahren die Justiz beschäftigt, ergibt sich aus der Tatsache, dass viele Homepages auf verbotene Inhalte anderer Sites mittels Verlinkung zurückgreifen. Der strafbare Inhalt befindet sich dann zwar nicht auf der eigenen Website, die Verlinkung macht ihn jedoch dem/der UserIn zugänglich. BetreiberInnen von Websites wurden in der Vergangenheit für die Verlinkung auf rechtsextreme Inhalte anderer Homepages rechtskräftig verurteilt. Dies bestätigt eine Haftung eines/einer Website-BetreibersIn für verlinkte Inhalte. Dabei ist ebenfalls die Kenntnis des/der Anbieters/Anbieterin der strafbaren Inhalte entscheidend. Wenn diese Kenntnis nachgewiesen werden kann, haftet der/die BetreiberIn auch für die verlinkten Inhalte. (vgl. Günter 2009, S. 641)

Die AnbieterInnen von Internetdiensten, so genannte Provider, haften grundsätzlich nur mittelbar für Rechtsverstöße ihrer NutzerInnen. Provider können Host-Provider, BetreiberInnen von Internet-Auktionshäusern, Videoplattformen oder Social Networks sein. Auch hier muss dem Provider eine Kenntnis der strafbaren Inhalte nachgewiesen werden. Außerdem sind Provider nicht dazu verpflichtet, von sich aus nach verbotenen Inhalten zu suchen. Bei der enormen Größe, die einige Dienste wie etwa YouTube oder Facebook mittlerweile erreicht haben, ist eine ständige Beobachtung aller online-gestellten Inhalte unmöglich. Allerdings erklären sich viele der Provider bereit, nach Meldung von strafbaren Inhalten, diese unverzüglich zu löschen und zumindest bereits bekannte rechtsextreme Videos oder Profile zu sperren. (vgl. Günter 2009, S. 642)

Wenn der nötige Vorsatz, der einem Strafverfahren zugrunde liegen muss, nicht nachgewiesen werden kann, gibt es die Möglichkeit eines medienrechtlichen Aufsichtsverfahrens. Bei diesem reicht eine fahrlässige Begehung aus. Dabei können rechtsextreme AnbieterInnen, denen beispielsweise eine Kenntnis des verbotenen Materials nicht nachgewiesen werden kann, zu Bußgeldern verurteilt werden, da es als fahrlässig gilt, sich nicht über selbst verlinkte Inhalte zu informieren. Außerdem kann die Medienaufsicht in diesem Fall eine Sperrung des Internetangebots durchsetzen, auch beim zuständigen Provider. (vgl. Günter 2009, S. 643)

Rechtsextreme Tatbestände fallen in Deutschland und Österreich wie beschrieben unter Strafgesetze und werden auch im Internet zunehmend beobachtet und bekämpft. Deshalb nutzen viele rechtsextreme InternetaktivistInnen ausländische Provider um sich vor Strafverfolgung zu schützen. Zwar gelten grundsätzlich auch im Ausland gehostete, verbotene Internetinhalte als Straftat, kann der/die AutorIn nicht eindeutig ermittelt werden, kann jedoch kein Verfahren eingeleitet werden. Einen Sonderfall stellt die Auffassung über die Meinungsfreiheit der USA dar. Die Meinungsfreiheit hat in den USA mit Verweis auf den Zusatzartikel zur Verfassung den höchsten Stellenwert. Gesetze dürfen die Freiheit der Rede nicht einschränken, weswegen auch die Verbreitung rechtsextremer Inhalte in den USA nicht strafbar ist. Die Aufhebung nationaler Grenzen durch das Internet ermöglicht es nun rechtsextremen AnbieterInnen ihre in Deutschland oder Österreich verbotenen Inhalte, ungestraft über Provider in den USA zu publizieren. Doch auch gegen dieses rechtliche Schlupfloch lassen sich Maßnahmen finden. jugendschutz.net konnte in den letzten Jahren erfolgreich auch rechtsextreme Internetinhalte auf ausländischen Plattformen beseitigen. Dazu reichte es 2007 in 82 % der registrierten Fälle, die zuständigen ausländischen Betreiber auf die illegalen Internetinhalte hinzuweisen. Dies ist dadurch möglich, dass die meisten ausländischen Provider in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen die Publikation rassistischer und diskriminierender Inhalte untersagen und bei der Meldung eines solchen, sofort die Löschung veranlassen. (vgl. Günter 2009, S. 643 f; Busch 2005, S. 28 - 30)

Das Internet ist kein rechtsfreier Raum mehr und grundsätzlich gelten die Verbote betreffend den Rechtsextremismus auch für seine virtuellen Entsprechungen. Das Strafrecht, das Verbotsgesetz und weitere rechtliche Bestimmungen finden auch auf rechtsextreme Internetinhalte Anwendung und es ist zu einschlägigen Verurteilungen gekommen. Doch das Internet, als unüberschaubares globales Netzwerk bietet dennoch zahlreiche Möglichkeiten unentdeckt, oder über rechtliche Schlupflöcher, Strafvermeidung zu betreiben. In der Literatur wird meist die Stärkung demokratischer Strukturen und aufklärender Informationsangebote der Strategie der reinen Strafverfolgung und gesetzlichen Verboten vorgezogen.

„Strafrecht und Repression sind allemal die zweite Wahl. Dies ändert nichts an deren Notwendigkeit. Das Strafrecht markiert auch die Grenze, jenseits derer der Bereich liegt, den eine demokratisch verfasste Gesellschaft als nicht mehr hinnehmbar betrachten muss.“ (Parker 2004, S. 257)

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist ein Grundrecht, jedoch besagt dieses auch „die Würde des Menschen ist unantastbar“. Rechtsextremistische Ideologien und die ihnen innewohnende Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, widersprechen diesem Grundrecht. Im deutschen, österreichischen, und dem Recht vieler anderer europäischer Staaten, wird die Meinungsfreiheit im Falle rechtsextremistischer Inhalte eingeschränkt. Es gibt strafrechtliche Bestimmungen, die sich auch auf die Aktivitäten von RechtsextremistInnen im Internet anwenden lassen. Die Stärkung der Demokratie und Aufklärungsangebote wirken umfassender, dennoch ist es unverzichtbar die strafrechtlichen Bestimmungen durchzusetzen und die rechtlichen Möglichkeiten gegen rechtsextreme Hetze im Internet konsequent auszuschöpfen. (vgl. Parker 2004, S. 257)

4.4 ERLEBNISWELT RECHTSEXTREMISMUS

Der Rechtsextremismus hat einen Wandel vollzogen. Weg vom ewiggestrigen, verstaubten Altnazi-Image hin zu einer Art modernem Lifestyle. Nationalsozialistische Symbole und Sprüche kommen zwar nach wie vor zum Einsatz, zeitgemäße Symbolik und Unterhaltungsmedien sowie jugendaffine Musik und Webangebote nehmen jedoch mittlerweile einen zentraleren Stellenwert ein. Thomas Pfeiffer beschreibt den modernen Rechtsextremismus als „Menschenverachtung mit Unterhaltungswert“. (vgl. http://www.jugendkonferenz-nordhessen.de/fileadmin/user_upload/erlebniswelt/Erlebniswelt_Kassel_fuer_Homepage.doc, 04. 04. 2011)

Er skizziert ein umfassendes, aktuelles Bild des neuen, erlebnisorientierten Rechtsextremismus und seiner Strategien und Medien, auf das im Folgenden näher eingegangen werden soll.

Der Rechtsextremismus hat sich von seinen früheren Kernthemen wie Wahlkämpfe und ideologische Debatten entfernt und versucht auf anderen Wegen

an seine potentiellen UnterstützerInnen heranzutreten. Dabei besteht die rechtsextreme Szene großteils nicht aus in Organisationen eingebundenen Mitgliedern. Rechtsextreme Einstellungen und Lebenswelten lassen sich vielmehr im vorpolitischen, alltagskulturellen Raum verorten. Die Zahl der politisch aktiven RechtsextremistInnen liegt weit unter jener, die im Alltag rechtsextreme Einstellungen hegen und diese, auf die eine oder andere Weise, ausleben. Dabei treten alltägliche soziale Ereignisse wie Geburtstagsfeiern oder herkömmliche Freizeitgestaltung in den Vordergrund. Rechtsextreme Einstellungen entstehen sowohl bei Erwachsenen als auch bei Jugendlichen zu einem erheblichen Maß über alltagskulturelle Faktoren im sozialen Umfeld. Das Zusammenspiel verschiedener alltagskultureller Angebote mit rechtsextremem Charakter wird zusammenfassend als rechtsextreme Erlebniswelt bezeichnet. Zentrale Teile dieser Erlebniswelt bilden rechtsextreme Musik, jugendkultureller Lifestyle vermittelt durch Kleidung, Codes und Symbole, Szeneläden, Kneipen und Clubs, sowie aktionsorientierte Politik- und Freizeitaktivitäten (Demonstrationen, Aufmärsche, Festivals). Über die erlebnisorientierte Vermittlung rechtsextremer Ideologie und einer Einbindung von SympathisantInnen in die rechtsextreme Alltagskultur betreiben rechtsextreme Organisationen im vorpolitischen Raum Politisierung und Rekrutierung.

(vgl. http://www.bpb.de/themen/38141B.0.Rechtsextreme_Jugendkulturen.html, 04.04. 2011)

„Generell ist unter einer „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ die Verbindung von Lebensgefühl, Freizeitwert und politischen Botschaften in dieser Szene zu verstehen. Der Begriff meint somit alle Formen, in denen Anhänger der Szene – besonders gilt dies für Jugendliche – aktiv werden, etwas unternehmen können, somit im Kontext des Rechtsextremismus Unterhaltung finden. Erlebnisangebote sind eng an entsprechende Gruppen gebunden. In der Regel handelt es sich dabei nicht um fest und formal-hierarchisch strukturierte Organisationen, sondern eher um lose Kreise oder Cliquen. In dem Maße, in dem die Anbindung an die Szene enger wird, ideologische Prämissen zur Überzeugung werden, verdichten sich Unterhaltung und Gruppenzugehörigkeit zum Lebensgefühl.“

(Pfeiffer 2007, Quelle: http://www.jugendkonferenz-nordhessen.de/fileadmin/user_upload/erlebniswelt/Erlebniswelt_Kassel_fuer_Homepage.doc, 04. 04. 2011)

Die Strategie der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ ist verstärkt auf die Lebenswelten Jugendlicher und junger Erwachsener ausgerichtet. Dabei werden fremdenfeindliche und rassistische Kernthemen, meist gepaart mit einer

Verherrlichung des Nationalsozialismus, in moderne Medien und Aktionsformen eingebunden und somit verstärkt Jugendliche angesprochen und rekrutiert. Dabei fällt auf, dass noch in den 1990er Jahren eine relativ homogene rechtsextreme Subkultur auszumachen war. Die rechtsextrem dominierte Skinheadszenen fiel durch einheitliche Kleidung und Frisuren auf und war klar von anderen jugendkulturellen Strömungen abgrenzbar. Mitte der 90er trat jedoch eine neue Strategie des Rechtsextremismus zu tage. Zunehmend wurde die Enge einer beschränkten rechtsextremen Szene überwunden und eine breitere Ausrichtung der alltagskulturellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus erzielt. Dabei kommt es zu einer Ausrichtung der rechtsextremen Erlebniswelt auf ursprünglich nicht-rechte jugendkulturelle Strömungen. Die „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ soll den gesamten jugendkulturellen Mainstream ansprechen und somit ein möglichst breites Rekrutierungsfeld eröffnen.

(vgl. http://www.bpb.de/themen/38141B.0.Rechtsextreme_Jugendkulturen.html, 04.04. 2011)

Das wichtigste Instrument der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ stellt die *rechtsextreme Musik* und ihre Verbreitung auf Tonträgern wie den „Schulhof-CDs“ dar. Das „Projekt Schulhof“ soll mit der Verteilung kostenloser CDs mit rechtsextremer Musik gezielt Jugendliche ködern. Dabei lässt sich ein auffallend breit gefächertes Angebot unterschiedlicher musikalischer Stile mit rechtsextremen Texten feststellen. Musik mit rechtsextremen Inhalten beschränkt sich nicht nur auf den bekannten Rechts-Rock sondern wird auch in anderen Musikrichtungen verbreitet. Die Bandbreite reicht dabei von Metal über HipHop bis zum Schlager und einschlägigen Liedermachern. Diese Vielfalt ermöglicht es, ein äußerst breites und auch generationsübergreifendes Publikum anzusprechen. Rechtsextreme Musik dient dazu, ein möglichst großes Publikum auf unkomplizierte Art und Weise zu erreichen. Über die Ebene von populärer Musik lassen sich Menschen, und vor allem Jugendliche, viel leichter erreichen als über herkömmliche Wege der Vermittlung politischer Inhalte.

(vgl. http://www.jugendkonferenz-nordhessen.de/fileadmin/user_upload/erlebniswelt/Erlebniswelt_Kassel_fuer_Homepage.doc;
http://www.bpb.de/themen/38141B.0.Rechtsextreme_Jugendkulturen.html, 04.04. 2011)

Die Zugehörigkeit zum rechtsextremen Lifestyle zeigt sich auch an bestimmter *Kleidung, Symbolen und Codes*. Die rechtsextreme Orientierung wird anhand von

Aufdrucken auf Kleidung, bestimmten Marken oder der Verwendung von Symbolen oder einschlägiger Codes nach außen sichtbar gemacht. Dies schweißt die Angehörigen der Szene zusammen. Einschlägige Symbole sind etwa das Hakenkreuz oder das stilisierte Keltenkreuz, die schwarze Sonne oder Runen. Gerne werden auch Flaggen mit einschlägigen Motiven verwendet. Zahlencodes spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Dabei werden Zahlenkombinationen verwendet, die für bestimmte Buchstaben des Alphabets stehen. Beispiele dafür sind die gängigen Codes „18“ für Adolf Hitler oder „88“ für „Heil Hitler“. Bei bestimmten Bekleidungsmarken ist ihre Bedeutung in der rechtsextremen Szene nicht auf den ersten Blick erkennbar, dennoch dienen sie als Identifikationsmerkmal. Auch in diesen Bereichen lässt sich die kulturelle Subversion erkennen, die die „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ ausmacht. Zunehmend werden Symbolik und Kleidungsstil anderer jugend- oder subkultureller Strömungen aufgegriffen und im rechtsextremistischen Sinn umgedeutet. Grundsätzlich lassen sich rechtsextreme Orientierungen nicht mit den Einstellungen vereinbaren, die der HipHop oder Reggae-Szene zugeschrieben werden. Die „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ nutzt jedoch genau diese kulturelle Subversion aus. Sie bietet etwa Kleidung oder Musik im Stil der HipHop-Szene, versetzt mit rechtsextremer Symbolik oder Texten, zum Versand an. Diese Art der Umdeutung geht soweit, dass selbst eindeutige linkskulturelle Erkennungszeichen von RechtsextremistInnen umgedeutet werden. Beispielsweise eignen sich RechtsextremistInnen den schwarzen Kapuzenpulli oder das Palästinensertuch an und geben ihrer Gesinnung somit einen sozialrevolutionären Charakter. Diese kulturelle Subversion dient zum einen einer Verwirrungstaktik, macht den Rechtsextremismus allerdings auch für ein breites Publikum attraktiv. Der/Die potentielle Rechtsextreme kann seine/ihre jeweiligen persönlichen Präferenzen hinsichtlich des eigenen Kleidungs-, Frisuren- oder Musikstils frei wählen und dennoch seine Zugehörigkeit zur rechtsextremen Szene demonstrieren. Die Nachfrage nach rechtsextremen Lifestyle-Produkten wird in eigenen Szene-Läden gestillt. Diese fungieren ebenso wie einschlägige Lokale oder Clubs, als Anlaufstelle zur Freizeitgestaltung und Kontaktknüpfung sowie als Treffpunkt vor oder nach rechtsextremen Aufmärschen oder Demonstrationen. Der „Kampf um die Straße“ gilt als Teil rechtsextremer Strategie der letzten Jahre.

Durch die Präsenz auf der Straße durch öffentliche Aufmärsche wird eine Besetzung des öffentlichen Raums erreicht und das „Wir-Gefühl“ der rechtsextremen Szene gestärkt.

(vgl. http://www.jugendkonferenz-nordhessen.de/fileadmin/user_upload/erlebniswelt/Erlebniswelt_Kassel_fuer_Homepage.doc; http://www.bpb.de/themen/38141B.0.Rechtsextreme_Jugendkulturen.html, 04.04. 2011)

„Gruppenzugehörigkeit als Lebensgefühl, Kleidung als Code, Unterhaltungsangebote und Wertvorstellungen, die von der Erwachsenenwelt abgrenzen, sind Elemente, die sich in praktisch allen Jugendkulturen finden und nicht in jedem Fall problematisch sind. In der Erlebniswelt Rechtsextremismus ist all dies an politische Botschaften gebunden, die allgegenwärtig sind und mal offen, mal verdeckt aus Symbolen, Bildern und (Lied-)Texten sprechen.“

(Pfeiffer 2007, Quelle: http://www.jugendkonferenz-nordhessen.de/fileadmin/user_upload/erlebniswelt/Erlebniswelt_Kassel_fuer_Homepage.doc, 04. 04. 2011)

Die Verknüpfung der einzelnen Elemente der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ mit rechtsextremen politischen Inhalten macht also ihre spezifische Problematik aus. Pfeiffer legt als zentrale politische Botschaften der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ die Feindbildkonstruktion und Angebote der Identitätsbildung fest. Als Feindbilder werden in einschlägigen rechtsextremen Medien Schwarze, Juden/Jüdinnen, Homosexuelle, Punks etc. dargestellt. Außerdem zählt der demokratische Verfassungsstaat und seine VertreterInnen (im Speziellen die Polizei) zu den Feindbildern rechtsextremer Ideologie. Als besonders geeignetes Beispiel dieser Feindbildkonstruktion in der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ führt Pfeiffer das Plattencover der Berliner Band „Landser“ an. Auf diesem zerschlägt die weiße Faust, versehen mit dem Bandlogo, die in diffamierender Weise dargestellten Stereotypen der konstruierten Feindbilder. Die rechtsextremen Inhalte werden über die Musik und dazugehörige Tonträger oder andere Publikationen verbreitet, und halten Identitätsangebote bereit. Die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft strahlt vor allem für Jugendliche, auf der Suche nach ihrer eigenen Identität, eine hohe Anziehungskraft aus.



Abbildung 4-1: Plattencover Landser

(Quelle: [http://www.jugendkonferenz-](http://www.jugendkonferenz-nordhessen.de/fileadmin/user_upload/erlebniswelt/Erlebniswelt_Kassel_fuer_Homepage.doc)

[nordhessen.de/fileadmin/user_upload/erlebniswelt/Erlebniswelt_Kassel_fuer_Homepage.doc](http://www.jugendkonferenz-nordhessen.de/fileadmin/user_upload/erlebniswelt/Erlebniswelt_Kassel_fuer_Homepage.doc), 04.

04. 2011)

Die „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ ist äußerst vielfältig, um eine möglichst große Breitenwirkung der rechtsextremen Propaganda zu bewirken. Ziel ist es, die an sich eher trockene politische Sphäre über moderne Medien für ein breites Publikum, interessant zu machen. Dabei bieten Musik, Internet und Events die Möglichkeit neue Mitglieder oder zumindest SympathisantInnen zu rekrutieren. Unterhaltungs- und Freizeitangebote vermitteln Spaß und Zusammenhalt als rechtsextremes Lebensgefühl. Die „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ wird bewusst und strategisch als Propagandamittel der Szene eingesetzt. Rechtsextremistische Websites gelten als Kernelement der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ und übernehmen dabei vielfältige Funktionen, auf die später in einem eigenen Kapitel noch genauer eingegangen wird. (vgl. Pfeiffer 2009, S. 292)

4.5 RECHTSEXTREME PROPAGANDA IM WEB 2.0

Das Web 2.0 bietet eine Vielzahl an Möglichkeiten für rechtsextreme Internetpropaganda. Rechtsextreme InternetaktivistInnen gibt es seit der Geburtsstunde des Internets und ihre Professionalität ist Schritt für Schritt mit den

Entwicklungen des WWW mit gewachsen. Das Internet gilt seit jeher als das Propagandamedium schlechthin in rechtsextremen Kreisen und selbstverständlich sind die Angebote des Web 2.0 für RechtsextremistInnen höchst attraktiv.

Internetpräsenz ist Teil der Strategie der rechtsextremen Szene, die sie auch in der realen Lebenswelt verfolgt: Die Besetzung des öffentlichen Raums. Die große Präsenz in der virtuellen Welt verhilft rechtsextremen Äußerungen zu einer gewissen Normalität und Salonfähigkeit. Die Homepages rechtsextremer Organisationen sind mittlerweile nach den modernsten technischen Standards gestaltet und enthalten zahlreiche interaktive Elemente. Ergänzend zur eigenen Homepage werden Videoplattformen und soziale Netzwerke zur Verbreitung der eigenen Ideologie genutzt.

„Das Internet ermöglicht den vermeintlich anonymen und unverbindlichen Zugang zu Netzwerken: von der Kameradschaft bis zum Parteiverband, vom rechtsextremen Musiknetzwerk bis zum Versandhandel.“ (Quelle: <http://www.netz-gegen-nazis.de/files/Netz.%20Web%202.0.pdf>, 07. 04. 2011)

Als erste sahen sich Gesprächsforen im Internet mit der Problematik der rechtsextremen Wortergreifung konfrontiert. Rechtsextreme melden sich nicht nur in einschlägigen Internetforen der eigenen Szene zu Wort, sie verbreiten ihre Meinung auch in den Foren etablierter Zeitungen oder Plattformen, die sich explizit gegen Rechtsextremismus engagieren. Die Strategie der rechtsextremen Wortergreifung läuft im realen wie im virtuellen Raum darauf hinaus, rechtsextreme Themen und Aussagen in die Öffentlichkeit zu bringen und argumentativ zu thematisieren, um dadurch eine Bühne für den Rechtsextremismus zu schaffen. Dabei steht das Publikum im Mittelpunkt. Der/Die jeweilige GegnerIn in der Diskussion ist zweitrangig. Das Publikum soll durch eine mögliche Bloßstellung des/der DiskussionsgegnerIn oder die Argumentation auf die Seite der Rechtsextremen gezogen werden. (vgl. <http://www.netz-gegen-nazis.de/files/Netz.%20Web%202.0.pdf>, 07. 04. 2011)

Das vorrangige Ziel von rechtsextremen Organisationen besteht darin, mit ihren Auftritten im Web 2.0 Präsenz zu zeigen. So legt die NPD in ihrer Parteizeitung „Deutsche Stimme“ im März 2010 eine detaillierte Strategie zur Web 2.0-Nutzung

vor. Der Grundsatz lautet: „Raus aus den Hinterzimmern, raus auf die Straße, raus in den Kampf mit modernen Kommunikationsmitteln!“ (zit. n. <http://www.netz-gegen-nazis.de/files/Netz.%20Web%202.0.pdf>, 07. 04. 2011) Die Profile sollen dabei „interessant, detailreich und sympathisch“ sein. (zit. n. <http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldungen/social-networking-nazis/>, 07. 04. 2011)

Die Internetpräsenz der Szene unterliegt zunehmend der Strategie der Verschleierung der rechtsextremen Ideologie. Doch auch UserInnen mit eindeutigen Namen wie „Adolf88“ oder „88nsdap“ sind in sozialen Netzwerken und Internetforen zu finden. Jene, die sich offen zu ihrer rechtsextremen Einstellung bekennen, stehen denen gegenüber, die im Netz getarnt auftreten. Hinter der Tarnung steckt das Ziel, unkomplizierter Kontakte zu knüpfen und ein breiteres Internetpublikum ansprechen zu können. Diese UserInnen können oft erst nach genauerem Durchforsten des Profils als Rechtsextreme entlarvt werden. Oft bringt der genauere Blick auf das Profilbild oder persönliche Angaben über Film- oder Musikgeschmack hier Klarheit. Weiteren Aufschluss können die Verlinkungen eines Profils auf Videoplattformen oder Websites bringen. Rechtsextreme Symbole und Parolen lassen sich im Internet vor allem auf Websites finden, die von ausländischen Providern gehostet werden, da hier einschlägige NS-Bezüge nicht strafbar sind. Die Verherrlichung des NS-Regimes wird im Web 2.0 von Rechtsextremen aktiv betrieben. Etwa lassen sich auf Twitter, einem Dienst der das Mikroblogging mittels der Versendung von Kurznachrichten ermöglicht, NutzerInnen mit den Namen „IIIReich“, „Heil Hitler“ oder „Luftwaffe38“ finden. Auf der Videoplattform YouTube gibt es Profile, die den Reichsadler oder Hakenkreuze zeigen und den Schriftzug „Weisser Arischer Widerstand“ tragen. Ebenso lassen sich in sozialen Netzwerken und Plattformen des Web 2.0 Profile mit einschlägigen Zahlencodes oder Bezugnahme auf rechtsextreme Szenebands finden. Zahlreiche Profile von NutzerInnen, lassen auf den ersten Blick jedoch keine rechtsextreme Orientierung vermuten. Oft wird hier über Videos oder Musik Interesse geweckt und erst durch ein weiteres Stöbern auf einschlägigeres Material verwiesen. Diese Strategie ermöglicht es, Menschen an rechtsextreme Inhalte heranzuführen, die sich bisher noch nicht aktiv dafür interessiert hätten. (vgl. <http://www.netz-gegen-nazis.de/files/Netz.%20Web%202.0.pdf>, 07. 04. 2011)

Die Angebote des Web 2.0 sind vielseitig. Sie bieten nicht nur Einzelpersonen die Möglichkeit sich über Profile oder das Hochladen von Videos zu präsentieren und die eigene Weltanschauung zu veröffentlichen, auch Organisationen können die Dienste des Web 2.0 gewinnbringend nutzen. So haben etwa rechtsextreme „Freie Kameradschaften“ wie die „Autonomen Nationalisten“ oder der „Nationale Widerstand“ eigene Websites, Profile in sozialen Netzwerken und auch eigene Kanäle auf Internet-Video-Plattformen.

(vgl. <http://www.netz-gegen-nazis.de/files/Netz.%20Web%202.0.pdf>, 07. 04. 2011)

Rechtsextreme treten in allen öffentlichen Internet-Plattformen in Erscheinung. Sie versuchen dadurch gesellschaftliche Diskurse mit den eigenen ideologischen Ansichten zu verknüpfen und zu beantworten. Sie wollen den Rechtsextremismus somit für ein breites Publikum attraktiv machen. Dabei werden nicht nur einschlägige rechtsextreme Themen in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt. Vielmehr ermöglicht der niederschwellige Informationsaustausch in den Diskussionsforen, den Gruppen auf Social Platforms oder den Videoplattformen eine Kommunikation über allgemeine Themen wie etwa die soziale Frage, Umweltthemen, Foren für Eltern, Wirtschaft, Kriminalität oder gesellschaftlichen Wandel. Hierbei wird eine Kontaktaufnahme zu anderen InternetuserInnen hergestellt und dann werden Anknüpfungspunkte zur Einflechtung des rechtsextremen Gedankengutes gesucht. Dabei werden Strategien wie die Verharmlosung rechtsextremer Gewalt, die Debatte um die Meinungsfreiheit oder die Selbstdarstellung als Opfer sowie pseudowissenschaftliche Argumentationsweisen verfolgt. (vgl. <http://www.netz-gegen-nazis.de/files/Netz.%20Web%202.0.pdf>, 07. 04. 2011)

Das Web 2.0 bietet zusätzlich Raum für die Entstehung eigener sozialer Netzwerke für Rechtsextreme. Es gibt auch szeneeigene Videoplattformen wie „White Nationalist Tube“, auf denen rechtsextreme Musikvideos, Propagandafilme aus der NS-Zeit und auch Aufnahmen von rassistisch motivierten Gewalttaten verbreitet werden. Weblogs werden ebenso aktiv von rechtsextremen AktivistInnen genutzt. Diese sind leicht zu bedienen und ersetzen mittlerweile viele einschlägige Websites. Auf den Weblogs der rechten Szene wird über aktuelle Veranstaltungen und Aktivitäten tagesaktuell informiert und ein

Meinungsaustausch über interaktive Kommentare gefördert. Vielfach wird auch Videomaterial in den Blog miteingebunden. (vgl. <http://www.hass-im-netz.info/hassimnetz/neonazis2-000.html>, 08. 04. 2011)

„Wenn Rechtsextreme von diesen Angeboten Gebrauch machen, entstehen abgeschottete Parallelwelten, in denen Gleichgesinnte ungehindert gegen Minderheiten hetzen, demokratiefeindliche Thesen verbreiten und gemeinsame Aktionen planen. 2009 dokumentierte jugendschutz.net mehr als 90 neonazistische Communitys mit bis zu mehreren Hundert Gesinnungsgenossen aus der gesamten Bundesrepublik. Meist wurden dort auch rechtsextreme Musik, Bilder und Schriften getauscht.“

(Quelle: <http://www.hass-im-netz.info/hassimnetz/neonazis2-000.html>, 08. 04. 2011)

Grundsätzlich ist die Internetpräsenz von Rechtsextremen heterogen und unüberschaubar. Es sind sowohl Einzelpersonen als auch rechtsextreme Organisationen aktiv. Teils wird eine offen rechtsextreme Symbolik und Rhetorik verfolgt. Vor allem von etablierten Organisationen, wie zum Beispiel der NPD hingegen, wird eine bewusste Tarnung bevorzugt um Seriosität vorzutäuschen. Rechtsextreme Internetpräsenz dient der Verbreitung von Propaganda und die Szene nutzt alle Möglichkeiten des modernen Internets um dieses Potential voll auszuschöpfen.

4.6 DATEN ZUR RECHTSEXTREMEN INTERNETPRÄSENZ

Im folgenden Abschnitt werden Daten und Fakten zu rechtsextremen Internetauftritten dargelegt und ein Überblick über die Repräsentation rechtsextremer Organisationen im Netz und die jüngsten Trends gegeben. Die Ausführungen stützen sich größtenteils auf den Projektbericht der Plattform jugendschutz.net, die seit einigen Jahren intensiv Rechtsextremismus im Netz beobachtet und bekämpft. Seit 2003 erscheint jährlich ein Projektbericht unter dem Titel „Rechtsextremismus Online“ welcher im Internet unter http://hass-im-netz.info/fileadmin/dateien/PK_Berlin/Projektbericht_2009.pdf abrufbar ist.

Im Jahr 2009 stellte die Kontrollarbeit von jugendschutz.net einen neuen Höchststand von 1. 872 rechtsextremen Websites fest. Der Anstieg beträgt im Vergleich zum Jahr 2008 10 % (1. 707 Websites). Vor allem verstärkte

Internetpräsenz rechtsextremer Parteien und neonazistischer Gruppierungen verursachte diesen Zuwachs. Die rechtsextremen Internetangebote wurden zum größten Teil (67 %) über deutsche Provider veröffentlicht. Deutschsprachige rechtsextreme Angebote wurden zu 80 % über US-amerikanische Server, zu 6 % über niederländische und zu 4 % über österreichische Server verbreitet.

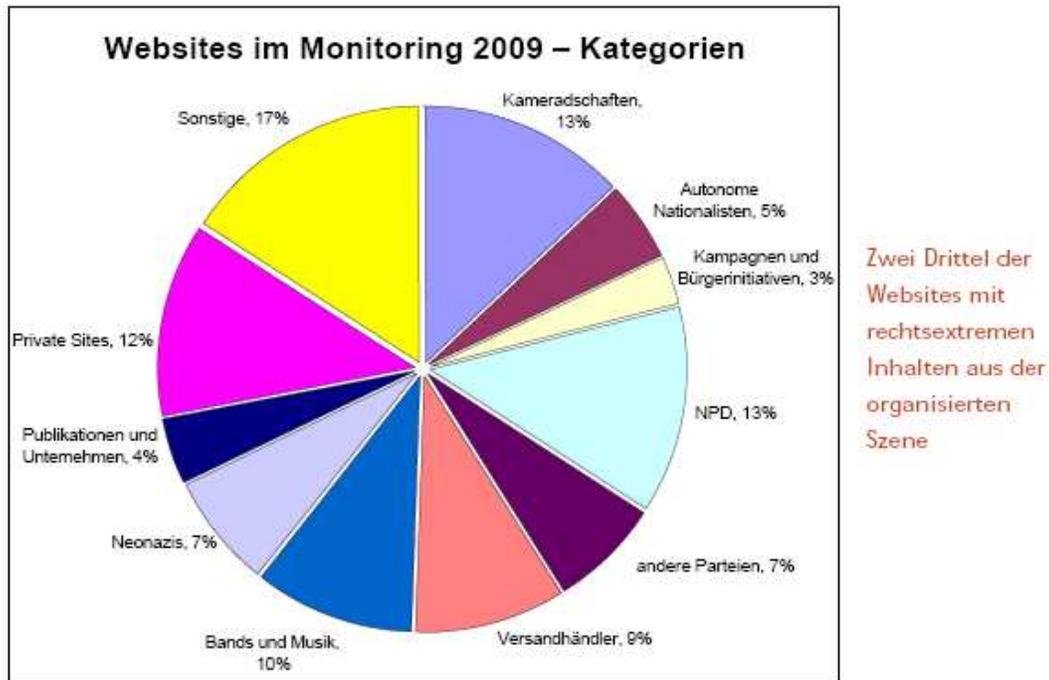


Abbildung 4-2: Websites im Monitoring 2009 - Kategorien

(Quelle: http://hass-im-netz.info/fileadmin/dateien/PK_Berlin/Projektbericht_2009.pdf, 08.04.2011)

Die Grafik schlüsselt die Summe der registrierten rechtsextremen Beiträge auf. Die Internetseiten der rechtsextremen deutschen Partei NPD und jene von Kameradschaften bilden neben sonstigen Inhalten, mit jeweils 13 % die größte Gruppe. Private Seiten liegen nur einen Prozentpunkt dahinter (12 %). Eine weitere Größe stellen der organisierte Versandhandel mit Devotionalien und Werbeartikeln dar (9 %).

Auch im Netz spiegelt sich ein allgemeiner Trend der rechtsextremen Szene wieder. Vermehrt tritt die Szene zeitgenössisch, jung und attraktiv auf. Ewiggestriges findet man zwar nach wie vor in den Inhalten, im optischen Auftreten allerdings gibt man sich betont modern und am Puls der Zeit. Die Zahl

rechtsextremer Internetdienste befindet sich im Steigen. So wurden 107 rechtsextreme Blogs vom Szeneanbieter *logr* ins Netz gestellt. 248 SeitenbetreiberInnen nutzten Neonaziprovider. Einen weiteren Zuwachs gibt es im Bereich der rechtsextremen Onlineradios (18 Angebote). Am stärksten stieg die Anzahl sozialer Netzwerke aus der rechtsextremen Szene. Hier verdreifachte sich die Zahl der Angebote auf 93 rechtsextreme Internetcommunitys. Doch auch in den gängigen Internetplattformen des Web 2.0 wird aktiv rechtsextreme Propaganda betrieben. Rechtsextreme Inhalte finden sich in sozialen Netzwerken, auf Videoplattformen und Twitter. Dabei stehen die Vernetzung und der zeitnahe Austausch von aktuellen Informationen im Zentrum. Im Jahr 2009 stellte jugenschutz.net mehrere Tausend rechtsextreme Videoclips, Profile und Twitter-Accounts fest. (vgl. http://hass-im-netz.info/fileadmin/dateien/PK_Berlin/Projektbericht_2009.pdf, 08. 04. 2011)

Eine besondere Bedeutung kommt diesen Diensten in der Verbreitung von rechtsextremen Propagandamaterialien zu. Sie erhöhen die Verbreitungsgeschwindigkeit von rechtsextremen Machwerken wie Tonträgern oder Videos um ein Vielfaches. Beispielsweise veröffentlichte die NPD ihre neue „Schulhof-CD“ über Twitter zum Download, noch bevor sie auf der NPD-Homepage beworben wurde. Videos werden mit besonders schnellen Schnitten, Identifikationsfiguren für Jugendliche und ansprechender Musik gestaltet und werden sowohl auf szeneeigenen Websites als auch auf allgemeinen Videoplattformen einer potentiellen UserInnenzahl in Millionenhöhe zugänglich gemacht. Dabei werden beispielsweise Musikvideos von Neonazibands oder Mitschnitte von Demonstrationen online-gestellt, aber auch aktuelle gesellschaftspolitische Problemstellungen mit verschleierte rechtsextremer Logik thematisiert und beantwortet. Die Funktion der Mobilisierung zur Teilnahme an rechtsextremen Veranstaltungen und Kampagnen wird effektiv über das Internet betrieben. Aktuelle Informationen und Materialien werden auf Websites angeboten und durch zusätzliche Beiträge in sozialen Netzwerken und Videoplattformen breitenwirksam beworben. 2009 wurden 44 Webangebote eigens für Events, Musikfestivals und Kampagnen der Szene registriert. (vgl. http://hass-im-netz.info/fileadmin/dateien/PK_Berlin/Projektbericht_2009.pdf, 08. 04. 2011)

Besonders große und professionelle Internetpräsenz zeigen rechtsextreme Kameradschaften mit 336 Internetangeboten. 92 von diesen sind den „Autonomen Nationalisten“ zuzuordnen, die ein besonders auf Jugendliche zugeschnittenes Programm mit modernen und aktionistischen Elementen aufweisen. Die Kameradschaften nutzen vermehrt Weblogs und mobilisieren auf regionaler Ebene. Sie vernetzen sich gezielt mit einem möglichst breiten Spektrum rechtsextremer Angebote und zielen nicht nur auf die virtuelle Welt, sondern rufen zu persönlichen Treffen und Aktionen auf der Straße auf. (vgl. http://hass-im-netz.info/fileadmin/dateien/PK_Berlin/Projektbericht_2009.pdf, 08. 04. 2011)

Die Kontrollarbeit von jugendschutz.net stellt also ein stetiges Wachstum rechtsextremer Internetinhalte fest und stellt die Aktivitäten im Web 2.0 über Weblogs, soziale Netzwerke und Videoplattformen in den Mittelpunkt. Als Hauptträger der rechtsextremen Internetpräsenz werden die NPD, die Kameradschaftsszene und Plattformen von Versandhändlern festgestellt. Nicht nur das Monitoring von rechtsextremen Internetangeboten sondern auch das Vorgehen gegen diese, ist Kernaufgabe von jugendschutz.net. Auf diese wird im Abschnitt über die Gegeninitiativen genauer eingegangen.

4.7 FUNKTIONEN RECHTSEXTREMER INTERNETPRÄSENZ

Im vorangegangenen Abschnitt wurden die unterschiedlichen Erscheinungsformen rechtsextremer Internetangebote dargestellt. Im Folgenden soll näher darauf eingegangen werden, welche Funktionen die Internetpräsenz in der rechtsextremen Szene erfüllen. Dabei wird auf die Zielsetzung rechtsextremer Webangebote und ihre strategische Bedeutung für die – vielfach umstrittene – soziale Bewegung von rechts eingegangen.

4.7.1 RECHTSEXTREMISMUS ALS SOZIALE BEWEGUNG

Seit dem vermehrten Aufkommen rechtsextremer Bewegungen setzt sich die Bewegungsforschung mit deren Einordnung auseinander. Geleitet von der Frage, ob diese rechten Bewegungen als eine neue soziale Bewegung von rechts zu verstehen sind? Diese Einordnung des Rechtsextremismus als neue soziale Bewegung ist umstritten.

H. G. Jaschke war einer der ersten, der den Rechtsextremismus als Bewegung einordnete. Er sieht eine Formierung des Protests von rechts als soziale Bewegung. Laut Jaschke entwickelt sich eine den ursprünglichen neuen sozialen Bewegungen ähnliche Bewegung von rechts, die in ihrer Zielsetzung entgegengesetzt orientiert ist. Als Anzeichen dieser Formierung einer sozialen Bewegung von rechts nennt er ein populistisches Aufgreifen von Alltagsinteressen und eine weithin akzeptierte Thematik (Ausländer, innere Sicherheit, nationale Identität), die Existenz mehrerer rechtsintellektueller Gruppierungen, dezentrale Strukturen und eine breite, aktivistische Beteiligung von Jugendlichen. (vgl. <http://www.comlink.de/cl-hh/m.blumentritt/agr319s.htm>, 08. 04. 2011)

„Rechtsextremismus ist eine antimodernistische, auf soziale Verwerfung industriegesellschaftlicher Entwicklung reagierende, sich europaweit in Ansätzen zur sozialen Bewegung formierende Protestform.“ (Jaschke 1994, S. 30)

Auch andere RechtsextremismusforscherInnen schließen sich dieser Einschätzung des Phänomens an. Rechtsextreme Bewegungen zeigen in Form und Inhalt Gemeinsamkeiten mit neuen sozialen Bewegungen. Diese sind in ähnlichen Aktionsformen, wie regelmäßigen Demonstrationen und der Organisationsstruktur, sichtbar. Weiters macht sie eine ausgeprägte jugendliche Subkultur und politische Aussagen, wie etwa eine Kapitalismuskritik aus. In der Bewegungsforschung herrschte Uneinigkeit über das Bewegungspotential des Rechtsextremismus. Nach der klassischen Definition des Politologen J. Raschke können rechtsextremistische Positionen eingeschlossen werden.

„Soziale Bewegung ist ein mobilisierender kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen.“ (zit.n. Quelle: <http://www.verfassungsschutz.thueringen.de/infomaterial/symposien/2002/Pfahl-Traughber.pdf>, 08. 04. 2011)

Diese Merkmale lassen sich in rechtsextremen Organisationen wie der NPD ausmachen. So setzt sie in ihrer Programmatik auf Massenmobilisierung und weist eine Aktionsorientierung auf. Ihre Maßnahmen, wie Demonstrationen und Aufmärsche sowie ihre auf die Jugend ausgerichteten alltagskulturellen Angebote,

ließen ihre MitgliederInnenanzahl und politische Präsenz wachsen. Die Neonaziszene und ihre Organisationen wie die „Nationale Front“ oder „nationale Kameradschaften“ nahmen sich selbst immer als Bewegung wahr und vernetzten sich zunehmend. Sie agieren in losen Verbänden, die sich jedoch zu Großaufmärschen zusammenfinden, um ihre öffentlichen Präsenz und Handlungsfähigkeit zu stärken. In der Skinheadszene bildete sich das Selbstverständnis als politische Bewegung durch den rechtsextremen Teil einer ursprünglich unpolitischen Jugendsubkultur. Die Organisationsstruktur ist lose, wird jedoch über gemeinsame Freizeitaktivitäten und kommunikative Verbindungen aufrechterhalten. Pfahl-Traughber sieht die Definition als neue soziale Bewegung durch NPD, Neonazis und Skinheads erfüllt. Die Aktionseinheit dieser drei rechtsextremen Organisationen sieht sich auch selbst so und summiert ihre Aktivitäten unter dem „Nationalen Widerstand“, bei dem es ihr um den „Kampf um die Straße“ geht. Gemeinsame Aufmärsche und Demonstrationen, Kooperation und Organisation loser Teilverbände sowie symbolische Integration durch Einstellung, Habitus und Mode bilden den Charakter einer neuen rechtsextremen sozialen Bewegung. Als „soziales relais“ der rechtsextremen Szene dient der rechte Teil jugendsubkultureller Strömungen. In diesem Bereich besteht Mobilisierungspotenzial.

(vgl. <http://www.verfassungsschutz.thueringen.de/infomaterial/symposien/2002/Pfahl-Traughber.pdf>, 08. 04. 2011)

Der Ansatz, den Rechtsextremismus als Bewegung einzustufen, wird in der Sozialwissenschaft auch stark kritisiert. Butterwegge etwa streicht in seiner Kritik den normativen, positiv bewerteten Begriff der sozialen Bewegung heraus. Er kritisiert die Anwendung des Bewegungsbegriffs auf den Rechtsextremismus als zu abstrakt. Rechtsextremismus könne, aufgrund seiner antidemokratischen Ausrichtung und seiner gegensätzlichen Zielrichtung, nicht als neue soziale Bewegung gesehen werden.

(vgl. <http://www.verfassungsschutz.thueringen.de/infomaterial/symposien/2002/Pfahl-Traughber.pdf>, 08. 04. 2011)

Jedoch verwenden gerade jene, die sich in der Literatur mit den neuen Medien des Rechtsextremismus auseinandersetzen, den Begriff der sozialen Bewegung um die rechtsextremen Aktivitäten zu analysieren.

„Mittlerweile hat sich eine Vielzahl von Wissenschaftlern in ihren Untersuchungen dem Analyseinstrumentarium der Bewegungstheorie angeschlossen. Sie ergänzen damit die bis dahin üblichen Forschungsansätze der Parteien-, Organisations-, Wahl-, Einstellungs- und politischen Kulturforschung etc. Die Beurteilung ob und in welchem Umfang in den westlichen Industrieländern von einer neuen (sozialen) Bewegung von Rechts gesprochen werden kann, ist jedoch trotz der umfangreichen Analysen umstritten und abhängig von der jeweiligen Beurteilung, ob und wieweit die Merkmale einer Bewegung (über die zumindest weitgehende Einigkeit herrscht) auf das rechtsextreme Erscheinungsspektrum zutreffen.“ (Busch 2005, S. 25)

4.7.2 GEGENÖFFENTLICHKEIT UND BREITENWIRKUNG

Auch T. Pfeiffer verwendet in seiner Kategorisierung der Funktionen und der strategischen Bedeutung rechtsextremistischer Websites den Bewegungsbegriff. Pfeiffer bezieht sich auf die informellen Organisationsformen und die politische Agitationsform im vorpolitischen Raum. Die Kommunikationsstrukturen von erfolgreichen Bewegungen lassen sich laut Pfeiffer auch auf die strukturelle Bedeutung rechtsextremer Websites übertragen. Dabei gibt es zwei zentrale Kommunikationskategorien. Jene, die die interne Kommunikation innerhalb der Bewegung gewährleistet (Gegenöffentlichkeit) und jene, die nach außen kommuniziert (Breitenwirkung). Das Prinzip der Gegenöffentlichkeit beinhaltet die Kritik an der von Massenmedien und politischen AkteurInnen gesteuerten Öffentlichkeit. Im Bereich des Rechtsextremismus sind dabei die rechtlichen Grenzen und der geringe Zugang zur massenmedialen Kommunikation ausschlaggebend. Die rechtsextreme Variante von Gegenöffentlichkeit meint zwar auch eine Abkehr vom Staat und etablierten Massenmedien, ist theoretisch jedoch kaum fundiert. Es geht dem Rechtsextremismus dabei hauptsächlich darum, eine Kommunikation in einer losen Netzwerkstruktur aufzubauen, was sich über das Internet besonders gut umsetzen lässt. Ein weiterer zentraler Aspekt in dieser Argumentationslinie ist die Mobilisierung von AnhängerInnen und die damit verbundene öffentliche Aufmerksamkeit und gegebenenfalls auch Zustimmung. Es soll eine Breitenwirkung erzielt werden, die sich vom Kern der Bewegung aus ausbreitet und möglichst viele Personen zu UnterstützerInnen oder SympathisantInnen werden lässt. (vgl. Pfeiffer 2009, S. 294 f)

„Sowohl für die Schaffung von Gegenöffentlichkeit wie für die Breitenwirkung bieten Computernetzwerke besonders günstige Voraussetzungen. Von ihrem Beitrag zu einem dieser

zentralen Ziele oder zu beiden hängt der strategische Nutzen einzelner rechtsextremistischer Websites ab.“ (Pfeiffer 2009, S. 295)

Pfeiffer legt sechs zentrale Funktionen von Websites für den Rechtsextremismus fest. Im Folgenden sollen diese Funktionen dargestellt werden, da sie im Fallbeispiel dieser Arbeit - zur Internetpräsenz der NPD – als Analysekatoren herangezogen werden. (vgl. Pfeiffer 2009, S. 295 – 307)

- **Vernetzung** nationaler und internationaler rechtsextremer Gruppen gilt seit den Anfängen rechtsextremer Internetpräsenz als zentrales Ziel. Rechtsextreme Nachrichtenportale und Internetforen ermöglichen Kommunikation, Informationsaustausch und Verabredungen zu gemeinschaftlichen Aktionen. Rechtsextreme Vernetzung kann im Internet über Verlinkungen oder auch die gegenseitige Übernahme von Texten und Inhalten vor sich gehen. Doch die Leichtigkeit mit der Verlinkungen vorgenommen werden können, muss hier berücksichtigt werden. Ein Link kann keineswegs als Beweis für einen weiterführenden Kontakt der jeweiligen Gruppen gewertet werden. Zwar können Verlinkungen auf Kooperationen hinweisen – wie etwa im Falle der NPD mit den „freien Kameradschaften“ im Rahmen des „Nationalen Widerstands“ - allerdings werden Verlinkungen oft auch absichtlich vermieden. Dies liegt einerseits an der Bemühung, die Verlinkung mit strafbaren Inhalten zu vermeiden und spiegelt andererseits bestehende Rivalitäten der Szene wider. Das grundsätzlich große Vernetzungspotential des Internets für den Rechtsextremismus wird unterschiedlich bewertet. Während es verschiedene Kooperationen und Vernetzungen auf nationaler und internationaler Ebene gibt, müssen auch die Hindernisse wie etwa die Zersplitterung oder ultranationalistische Ideologien der Szene, berücksichtigt werden.
- **Mobilisierung** kommt in der heutigen bewegungsähnlichen Organisationsform des Rechtsextremismus ein zentraler Stellenwert zu. Direkte Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen sind die wichtigsten Waffen im „Kampf um die Straße“. Rechtsextreme Internetseiten und Blogs

oder Profile sind das wichtigste Mobilisierungsinstrument für die Demonstrationen und Veranstaltungen der Szene. Auf den Seiten werden einschlägige Veranstaltungen angekündigt, Zeiten und Treffpunkte preisgegeben sowie Hintergrundinformationen über den Demonstrationsinhalt und die jeweiligen Ziele bereitgestellt. Weiters werden häufig Kontaktdaten oder Mobilisierungsmedien wie Plakate, Aufkleber, Flugblätter und Mobilisierungsvideos etc. zum Download angeboten.

- **Jugendaffine Werbung mit multimedialen Mitteln** kann über Websites besonders effektiv betrieben werden. Zentrale Faktoren dabei sind eine moderne Optik, interaktive und multimediale Angebote. Diese wirken besonders auf Jugendliche ansprechend und werden verstärkt in rechtsextreme Websites eingebunden, wenn diese auf die Agitation einer jugendlichen Zielgruppe aus ist. Dabei werden die Elemente der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ gezielt eingesetzt. Über Comic-Optik, eingängige Slogans wie beispielsweise „Wir rocken das System“, ein unterhaltsames Musik- und Videoangebot sowie das Versprechen von Kameradschaft und Spaß wird hier vor allem eine jugendliche NutzerInnenschicht geködert.
- **Breitenwirkung** kann mit keinem anderen Publikationsmedium der rechtsextremen Szene so effektiv erzielt werden, wie mit Webauftritten. Printmedien erreichen kaum Publikum außerhalb der Grenzen der einschlägigen rechtsextremen Szene. Über das Internet können prinzipiell alle NutzerInnen des Mediums erreicht werden. Jedenfalls kommen auf sozialen Plattformen und Videoportalen viele Menschen mit rechtsextremem Gedankengut in Kontakt, die von den herkömmlichen Szenemedien nicht erreicht werden könnten.
- Der **kommerzielle Vertrieb von Szene-Produkten** konnte über das Internet erheblich ausgebaut werden. Die Angebote im Netz sind angelehnt an herkömmliche Internet-Versandhäuser und bieten in technisch ausgereifter Aufmachung den Versand von CDs, Büchern, Bekleidung und

anderem Propagandamaterial an. Der Internet-Versandhandel zeigt, dass auch ökonomische Interessen hinter rechtsextremen Internetaktivitäten stecken können. Der Versandhandel wird zum Teil durch politisch motivierte Szene-AktivistInnen betrieben, die als Knotenpunkte zur Stabilisierung der Szene und Vernetzung beitragen.

- **Strafvermeidung** wird meist durch das Nutzen von ausländischen Providern erreicht. Hier wird durch Szene-Provider ein Veröffentlichen von nach deutschem Recht strafbaren Inhalten ermöglicht. Jedoch nimmt der Stellenwert dieser Taktik in jüngster Zeit ab, da zunehmend eine Form der rechtsextremen Propaganda betrieben wird, die sich knapp unter der Grenze zur Illegalität befindet.

Das Internet ist zu einem äußerst attraktiven Instrument für rechtsextreme Propagandastrategien geworden. Seine Eigenschaften wie „eine netzwerkartige Struktur, potenziell unbegrenzte Reichweite und begrenzte Regulierbarkeit, eine Aura der Modernität, ein junger Nutzerkreis und vielfältige Möglichkeiten Inhalte unterhaltsam, geradezu spielerisch zu präsentieren“ (Pfeiffer 2009, S. 306) machen es für den Rechtsextremismus zu einem unverzichtbaren Kommunikationsmittel. Regionale, nationale und teilweise auch internationale Vernetzung wird durch Websites, Foren, Blogs und Profilen auf Sozialen Netzwerken erleichtert. Für die Mobilisierung von Veranstaltungen und Demonstrationen – die für die Szene immer wichtiger werden – sind Internetseiten und andere Dienste des WWW die wichtigste Instanz geworden. Die Breitenwirkung des Rechtsextremismus wird durch einschlägige Internetportale verstärkt. Die rechtsextreme Szene ist im Internet stark vertreten, kann aber ihre Schwächen auch dort nicht ganz verbergen. Rivalitäten und Zersplitterung sind Kennzeichen der rechtsextremen Szene, die sie auch im Internet nicht abschüttelt. Nicht alle rechtsextremen Internetpräsenzen zeichnen sich durch Professionalität oder subtile Tarnung aus. Vielen davon fehlt es an ausreichend Unterstützung und es ist eine starke Fluktuation bei rechtsextremen Internetauftritten auszumachen. Jedoch sind vor allem dem „Nationalen Widerstand“ ausgereifte Professionalisierungstendenzen zu attestieren. Dieser besteht in einer Kollaboration zwischen NPD und der Neonazi-Szene sowie dem Online-Versandhandel. (vgl. Pfeiffer 2009, S. 306 f)

„Im Rückblick der vergangenen gut zehn Jahre, in denen Rechtsextremisten im Web aktiv sind, hat das Medium Internet diese Szene in zentralen strategischen Punkten vorangebracht: Ihre Gegenöffentlichkeit ist facettenreicher und dynamischer als zuvor, die Vernetzung enger – in punkto Breitenwirkung haben sich nicht alle Anfangshoffnungen erfüllt, gleichwohl nutzen etliche Websites die Möglichkeiten des Netzes durchaus geschickt, um ihre Reichweite zu erhöhen – breitenwirksamer als in Zeiten des Internets dürften deutsche Rechtsextremisten nach 1945 jedenfalls kaum zuvor gewesen sein.“ (Pfeiffer 2009, S. 307)

5 FALLBEISPIEL NPD

Als Beispiel für rechtsextreme Webpräsenz wird im folgenden Abschnitt der Arbeit der Internetauftritt der NPD dargestellt. Dazu wird zu Beginn kurz auf die Geschichte, Ideologie und Ziele der rechtsextremen deutschen Partei eingegangen und anschließend ihre Website und ihre Aktivitäten im Web 2.0 untersucht. Dabei wird anhand der oben beschriebenen Chancen und Funktionen rechtsextremer Internetangebote der Webauftritt der NPD analysiert.

5.1 GESCHICHTE, IDEOLOGIE UND ZIELE DER NPD

Die Wurzeln der Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) liegen in der rechtsextremen Deutschen Reichspartei (DRP), die 1963 eine Neugründung anstrebte. Am 28. November 1964 kam es zur Gründung der NPD. Die neue Partei fungierte als Sammelbecken für nationalistische und rechtsextremistische Kräfte. Sie erzielte in den Jahren 1966 – 1968 Wahlerfolge und war in sieben Landtagen vertreten. Als Vorsitzender war in dieser Zeit Friedrich Thielen im Amt, sein Stellvertreter war Adolf von Thadden. Die Landtagswahlen von 1966 brachten die ersten Erfolge in Hessen mit 7,9 % und Bayern mit 7,4 %. Nach diesen Jahren der Stabilisierung der Partei scheiterte sie 1969 bei den deutschen Bundestagswahlen mit 4,3 % knapp an der 5 % Hürde. In den 1970er Jahren schlitterte die NPD in die Krise, die sich in einer inneren Zerstrittenheit, finanziellen Schwierigkeiten bis hin zu einem weitgehenden Zusammenbruch des Organisationsapparats äußerte. Die Partei musste bei Wahlen herbe Niederlagen einstecken und die Mitgliederzahl sank von 28. 000 (1969) auf 8. 500 (1978)

Mitglieder. Die NPD blieb in den folgenden Jahrzehnten bei Wahlen erfolglos. Bei Bundestags-, Europaparlaments- und Landtagswahlen erreichte sie meist nur rund 1 % der Stimmen.

(vgl. Hoffmann 1999, S. 74 - 109; http://www.bpb.de/themen/R813H4.0.0.Geschichte_der_NPD.html; http://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=12336&article_id=54211&psmand=30, 13. 04. 2011)

Die NPD konnte nicht mehr an ihre Erfolge in den 1960ern anknüpfen und verlor eine große Zahl an Mitgliedern, die sich anderen rechtsextremen Organisationen wie der „Deutschen Volksunion“ (DVU) oder neonazistischen Gruppen zuwandten. In den 1970ern und 1980ern war die NPD sowohl von ihren Wahlteilnahmen als auch Mitgliederzahlen am Rande der Bedeutungslosigkeit. Sie konnte zwar vereinzelte kleine Erfolge bei Wahlen erzielen, musste sich allerdings einer Konkurrenzsituation im rechtsextremen Lager stellen. Neben den rechtsextremen Parteien „Die Republikaner“ (REP) und der DVU war die NPD nur mehr an dritter Position und zwischen den späten 1980er und mittleren 1990er Jahren befand sich die NPD in einem Krisen- und Zerfallsprozess. Es konnten nach Ende der 1980er keine relativen Wahlerfolge mehr erzielt werden und die innerparteilichen Streitigkeiten nahmen aufgrund der anhaltenden Erfolglosigkeit zu. Innere Querelen führten zu personellen Veränderungen, Abspaltungen und Neugründung von Konkurrenzorganisationen. Die Partei befand sich auf einem historischen Tiefpunkt betreffend Mitgliederzahlen und personellen Abgängen. Auch die finanzielle Situation spitzte sich bis an den Rand des Bankrotts zu. Die NPD konnte keinerlei Wahlerfolge mehr verzeichnen und schien aufgrund der stärkeren Kräfte von REP und DVU im rechtsextremen Lager überflüssig zu sein. (vgl. Pfahl-Traughber 2009, S. 83 – 85)

A. Pfahl-Traughber unterteilt in seinen Ausführungen über die NPD die Parteigeschichte in die Zeitabschnitte der „alten“ und der „neuen“ NPD. Die „alte“ NPD bestand in dieser Einschätzung von den 60ern bis 1996, wo sie dann durch die programmatisch, personell und organisatorisch erneuerte „neue“ NPD abgelöst wird. Am Beginn der Entwicklung hin zur „neuen“ NPD stand die Wahl des Parteivorsitzenden Udo Voigt. Voigt setzte programmatische Änderungen durch und machte sozialpolitische Themen und Kapitalismuskritik zu den zentralen Ankerpunkten des politischen Programms der NPD. Außerdem setzte er sich für

ein Bündnis mit den anderen rechtsextremen deutschen Kräften ein. Im Zuge dieser Entwicklungen kam es zu einer Öffnung der Partei hin zur Neonaziszene, von der sie sich zumindest formal in der Vergangenheit distanziert hatte. Nun aber wurden Neonazis bewusst in die Partei eingebunden und erreichten auch ranghohe Positionen in der Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN). Die Verbündung der NPD unter Voigt mit der Neonazi-Szene führte zu einem Umschwung im öffentlichen Auftreten der NPD. Öffentliche Präsenz wurde nun zu einem wichtigen Bestandteil der Strategie der Partei. Dies erklärt die verstärkte Hinwendung der NPD zu einer öffentlichkeitswirksamen Mobilisierungspolitik durch die Abhaltung von Aufmärschen und Demonstrationen. In den folgenden Jahren stabilisierten sich auch die Mitgliederzahlen der NPD. im Jahr 2001 konnten 6.500 Mitglieder gezählt werden. Zwar kam es in Folge wieder zu einem leichten Rückgang der Mitgliederzahlen aber der vormalige Tiefststand von 3.500 Personen im Jahr 1996 konnte überwunden werden. Die Wahlerfolge der NPD stellten sich erst nach der Jahrtausendwende wieder ein. Die Landtagswahl in Sachsen 2004 brachte mit 9,2 Prozent den Einzug in den Landtag mit 12 Abgeordneten. 2006 zogen sie nach einem Ergebnis von 7,3 % bei den Wahlen mit sechs Abgeordneten in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ein. In anderen Bundesländern konnten keine derartigen Wahlerfolge verzeichnet werden, dort konnten lediglich 0,5 bis 1,9 % der Stimmen erreicht werden. Bei den Bundestagswahlen 2009 erreichte die NPD 1,5 % der WählerInnenstimmen und konnte das Ergebnis von 2005 nahezu halten (1,6 %).

(vgl. Pfahl-Traughber 2009, S. 85 – 88; http://www.bpb.de/themen/R813H4,1,0,Geschichte_der_NPD.html, 13. 04. 2011)

Der Verfassungsschutz beobachtet die NPD hinsichtlich ihrer Verfassungswidrigkeit. 2001 wurde von der Bundesregierung, dem Bundestag und dem Bundesrat ein Antrag auf Verbot der NPD gestellt. Das Bundesverfassungsgericht stellte zwar eine Zulässigkeit der Anklage fest, das Verfahren wurde jedoch aus verfahrensrechtlichen Gründen 2003 eingestellt. Es ist nicht geklärt worden, ob eine Verfassungswidrigkeit der NPD tatsächlich besteht. (vgl. http://www.bpb.de/themen/R813H4,1,0,Geschichte_der_NPD.html, 13. 04. 2011)

Die NPD erregte, trotz ihrer relativ geringen tatsächlichen Wahlerfolge und Mitgliederzahlen, seit den 1990ern vermehrt öffentliches Interesse. Die Partei

versucht zwar ihre Funktion als Wahlpartei zu stabilisieren, ihre Neuausrichtung auf öffentliche Präsenz durch Aufmärsche und Demonstrationen, trägt jedoch maßgeblicher zu ihrer vermehrten Wahrnehmung bei. Die „neue“ NPD vollzog eine Reihe von organisatorischen, ideologischen und strukturellen Veränderungen. In den 1960ern war die NPD die erfolgreichste rechtsextreme Wahlpartei der Nachkriegszeit. Beide, die „alte“ und die „neue“ NPD sind rechtsextremistisch ausgerichtet. Die „neue“ NPD ist laut Pfahl-Traughber noch stärker dem Extremismus zuzuordnen. Die NPD der 1960er hielt in ihrer Ausrichtung am traditionellen Deutsch-Nationalismus und dem Besitzbürgertum fest, während die „neue“ NPD eine sozialrevolutionäre Ausrichtung am völkischen Nationalismus verfolgt. Die „neue“ NPD bekennt sich viel stärker zur nationalsozialistischen Ideologie. Der vom Bundesvorsitzenden Deckert (1991 – 1995) verfolgte Kurs der Radikalisierung (er wurde 1995 zu einer Haftstrafe wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass verurteilt), wurde von seinem Nachfolger Voigt weitergeführt. Die Mitgliederzahlen und Wahlerfolge der „alten“ NPD konnten nicht wieder erreicht werden. Gegenüber den Erfolgen bei Wahlen ist jedoch die öffentlichkeitswirksame Präsenz der Partei wichtiger geworden. Als zentrales Ziel wird zusätzlich zum „Kampf um die Parlamente“ der „Kampf um die Straße“ bedeutsamer und dies wird durch eine Hinwendung zur Neonazi-Szene verstärkt. Hinsichtlich dieser vergleichenden Betrachtung der „alten“ und der „neuen“ NPD kommt Pfahl-Traughber zum Schluss, dass von keiner öffentlichen Akzeptanz der NPD gesprochen werden kann. Medien und Öffentlichkeit stehen der NPD grundsätzlich negativ gegenüber. Es bestehe zwar hinsichtlich der rechtsextremen Einstellungen ein gewisses Potential innerhalb der deutschen Bevölkerung, die NPD konnte dieses, bis auf kleine Ausnahmen in regionalen Hochburgen in den neuen ostdeutschen Bundesländern, jedoch nicht mobilisieren. (vgl. Pfahl-Traughber 2009, S. 89 f; http://www.bpb.de/themen/R813H4.1.0.Geschichte_der_NPD.html. 13. 04. 2011)

Die „neue“ NPD hat sich beständig flexibilisiert und sich somit aus der politischen Bedeutungslosigkeit gezogen. Sie ist in ihren Agitations- und Aktionsformen moderner geworden und hat sich zu einer dynamischen neonazistischen Bewegungspartei entwickelt. Die Partei beheimatet unterschiedliche, mitunter auch untereinander konkurrierende Strömungen. Dies führt zu unterschiedlichen

Äußerungen hinsichtlich des Verhältnisses der NPD zum Nationalsozialismus oder zu einer Militanz und Gewaltakzeptanz der Partei. Einerseits wird nach außen hin zunehmend eine Abwendung von der nationalsozialistischen Ideologie propagiert, andererseits kommt es immer wieder zu einer offenen Befürwortung derselben. So etwa wenn von Parteichef Voigt die Hakenkreuzfahne als unvereinbar mit den NPD-Parteizielen bewertet wird, während kurz zuvor bei einem Begräbnis der Neonaziszene ein NPD-Mitglied eben diese Flagge über den Sarg ausbreitete. Ebenso verhält es sich bei Fragen der Militanz der Partei. Betont unideologisch wird auf lokaler Ebene kommunale Politik betrieben, um mit Menschen auf unkomplizierte Weise Kontakte zu knüpfen und die eigene Ideologie erst einmal außen vor lassen zu können. (vgl. Schulze 2009, S. 92 f)

„Auf der anderen Seite führt die NPD regelmäßig Demonstrationen durch, bei denen ein militanter Gestus zelebriert und der Geist des Nationalsozialismus beschworen wird.“ (Schulze 2009, S. 93)

Die NPD hat ihre Zielgruppe breit angelegt. Ihre Ambivalenz lässt sich darauf zurückführen, dass sie möglichst viele Menschen vom Rechtsrockfan bis zum/zur NS-NostalgikerIn ansprechen will. Aufbauend auf dieses Ziel verfolgt die NPD seit 2004 ein Viersäulenkonzept:

- „Kampf um die Straße“
- „Kampf um die Köpfe“
- „Kampf um die Parlamente“
- „Kampf um den organisierten Willen“

Der „Kampf um die Straße“ zeigt sich in der Demonstrationspolitik der NPD, mit der sie die eigenen Inhalte öffentlichkeitswirksam inszeniert und ein junges, subkulturell geprägtes Publikum durch den Erlebnischarakter solcher Veranstaltungen an die Organisation bindet. Der „Kampf um die Köpfe“ ist nötig um die Weltanschauung der NPD in möglichst viele deutsche Köpfe hineinzutragen. Dabei soll die völkisch-nationalistische Ideologie der NPD den Gleichheitsgedanken in den Köpfen der BürgerInnen ersetzen und als Auffangbecken für alle Unzufriedenen und Enttäuschten fungieren. Die Wahlteilnahmen der NPD sind im „Kampf um die Parlamente“ gemeint. Sie dienen

der politischen Willensbildung und tragen zur Glaubwürdigkeit der Partei bei. Wahlteilnahmen stellen außerdem einen finanziellen Faktor zum Überleben der Partei dar und zusätzlich entdeckte die NPD die Möglichkeit, die eigenen Sitze in den Parlamenten der deutschen Bundesländer für öffentlichkeitswirksame Provokationen zu missbrauchen. Die vierte Säule meint die Bündnispolitik der NPD, mit der sie das „nationale Lager“ in Deutschland einen will und sich selbst als Spitze dieser Bewegung ansiedelt. Dabei sollen Kooperationen mit freien Kameradschaften sowie mit der DVU gefördert werden. (vgl. Schulze 2009, S. 93 – 104)

C. Schulze kommt zum Schluss, dass die NPD mit andauernder Basisarbeit ihre Ideologie verbreiten und verankern möchte. Sie richtet sich mit ihrer Programmatik an eine breite Zielgruppe und nimmt dabei auch ideologische Widersprüchlichkeiten in Kauf. Darauf zielt auch das Viersäulenkonzept der Strategie der NPD-Politik ab. Es ist deshalb möglichst weitfassend formuliert, um viele Menschen in den verschiedenen Zielgruppen anzusprechen. Als Weltanschauung liegt der NPD die nationalsozialistische Ideologie und eine Gewaltakzeptanz zu Grunde. Mittlerweile hat die Partei jedoch ein taktisches Verhältnis zu diesen Faktoren aufgebaut und distanziert sich innerhalb des Säulenkonzepts aus rechtlichen und strategischen Gründen von ihrem eigenen ideologischen Kern. (vgl. Schulze 2009, S. 106)

Die NPD agiert also vielschichtig bei der Gewinnung von WählerInnen, Mitgliedern, UnterstützerInnen oder SympathisantInnen. Dabei setzt sie auf das Säulenkonzept und versucht somit ihren politischen Einfluss systematisch zu erweitern. Die NPD setzt in ihrem „Kampf um die Straße und Köpfe“ auf den Einsatz von modernen Medien und versucht sich durch die verschiedenen Mittel einer „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ in der Bevölkerung zu etablieren.

5.2 DER INTERNETAUFTRITT DER NPD

Im Folgenden soll der Internetauftritt der NPD analysiert werden. Dabei wird grundsätzlich auf die oben erwähnten Funktionen und den strategischen Nutzen rechtsextremer Internetpräsenz nach Thomas Pfeiffer eingegangen. Wie erwähnt

legt er folgende Funktionen von rechtsextremen Internetauftritten fest: (vgl. Pfeiffer 2009, S. 295 – 307)

- Die Erzeugung von Gegenöffentlichkeit und Breitenwirkung durch
- Vernetzung,
- Mobilisierung,
- jugendaffine Werbung mit multimedialen Mitteln,
- Kommerziellen Vertrieb von Szene-Produkten und
- Strafvermeidung.

Aufbauend auf dieser Kategorisierung der Funktionen von rechtsextremer Internetpräsenz wird hier der Internetauftritt der NPD untersucht. Im ersten Schritt werden allgemeine Gesichtspunkte der Homepage der NPD wie das Screendesign, der Inhalt und die angebotenen Formen von Interaktivität beschrieben und danach eine Zuordnung zu den einzelnen Kategorien der Funktionen vorgenommen. Dabei werden die Inhalte der Homepage nach Fragen geordnet, die eine Einschätzung der Funktion des Internetauftritts ermöglichen.

Die NPD ist im Internet sehr aktiv. Es existieren rund 200 Web-Angebote von NPD-nahen Gruppierungen, Verbänden und Einzelpersonen. Die meisten Angebote finden sich in Westfalen (37), Sachsen (33) und Bayern (29). Die Internetauftritte der NPD sind meist bewusst seriös gehalten, arbeiten mit moderne Layouts, Corporate Design und Content-Management-Systemen. Multimedialität und Interaktivität soll die NPD-Propaganda unters Volk bringen. Die Partei nutzt die Internetpräsenz um eigene Aktivitäten zu dokumentieren und potentielle WählerInnen anzusprechen. (vgl. http://www.jugendschutz.net/pdf/NPD_Sep09.pdf, 15. 04. 2011)

An dieser Stelle wird das Hauptaugenmerk auf die Website und andere Aktivitäten im Web 2.0 der Bundespartei der NPD gelegt. Die Homepage der NPD ist im Internet unter der URL <http://www.npd.de/> aufzurufen.



Abbildung 5-1: NPD-Homepage Startseite

(Quelle: <http://www.npd.de/>, 14. 04. 2011)

Abbildung 5-2: NPD-Logo

(Quelle: <http://www.npd-materialdienst.de/> 14. 04.2011)

Das Screendesign ist in der Kopfzeile in rot gehalten und enthält das Parteilogo der NPD. Grundsätzlich wirkt die Seite klar strukturiert und enthält drei übergeordnete Rubriken, die wiederum Untertitel enthalten: Erkennen (Nachrichten), Informieren (Personen, Ziele, Partei), Handeln (Damit es besser wird). Darunter befindet sich eine zentrale Einheit der Seite, in der drei Schlagworte prangen: Arbeit, Familie, Vaterland. Dieser Teil der Seite bleibt auch in den drei Unterebenen (Erkennen, Informieren, Handeln) grundsätzlich zentraler Bildbestandteil. Der rechte Teil dieses Feldes wechselt zwischen mehreren bewegten Bildern, die im Folgenden noch genauer beschrieben werden. Im unteren Abschnitt der Homepage findet sich ein Feld, das Verknüpfungen zu Artikeln zu aktuellen politischen Ereignissen herstellt. Außerdem finden sich Verweise zu den Rubriken Personen (wer wir sind), Programme (unsere Ideen

und Ziele) und der Rubrik „Oft gefragt“, die Antworten zur Partei, ihrer Zielsetzung und Programmatik bereithält. Daneben befinden sich auf der Startseite ein Direktlink zum Beitrittsformular der NPD, dem Materialdienst der Partei und einem interaktiven Kontaktformular. Der unterste Abschnitt der Homepage führt die Kontaktdaten der NPD-Parteizentrale an, die Postadresse, Telefon- und Faxnummer und E-Mail-Adresse. Außerdem findet sich die Möglichkeit den „Wochenbrief“ über E-Mail zu abonnieren. Der Wochenbrief lässt sich auch unter <http://www.npd-wochenbrief.de/aktuell/wb1.html> abrufen. Dieser Newsletter beinhaltet aktuelle Information und Propaganda, die die NPD an ihre AbonnentInnen weitergeben will, sowie Links zu Musikangeboten und dem Download der „Schulhof-CD“.

Folgt man dem Navigationselement „Erkennen“ finden sich 16 Artikel und Kommentare zu aktuellen politischen Entwicklungen sowie sozialen Themen. Die Titel dieser Texte lauten zum Beispiel: „Merkels Scheckbuchpolitik gefährdet deutsche Renten“, „Energiepolitisches Versagen offen gelegt“, „Solidarisch mit Le Pen: keine Nato, kein Euro!“ oder „Linksautonome Kriminelle wüten in Berlin“. Die Texte variieren hinsichtlich ihres Umfangs und werden von unterschiedlichen AutorInnen verfasst. Meist handelt sich um AutorInnen, die FunktionärInnen der Partei sind. Als VerfasserInnen werden etwa der Pressesprecher der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag Thorsten Thomsen, der „Referatsleiter Politik“ Ronny Zasowk, der Parteivorsitzende Udo Voigt oder der „Amtsleiter Politik“ Uwe Meenen genannt. Direkt unter den Texten gibt es die Möglichkeit das Facebook-Symbol „Gefällt mir“ anzuklicken und damit den Inhalt anderen UserInnen zu empfehlen. Unter den Artikeln ist ein Kommentarforum angeschlossen, in dem registrierte NutzerInnen ihre Kommentare zu den Texten abgeben und diskutieren können. Diese Funktion wird auch rege genutzt und so weist jeder der Artikel eine Vielzahl an Kommentaren und Diskussionsbeiträgen auf. Im rechten Teil der Unterrubrik „Erkennen“ wird unter „Aktuelles in Kürze“ eine Verweisstruktur geboten, die über kurze Schlagzeilen auf ähnliche Artikel externer Internetseiten hinweisen und einen Direktlink dazu bereitstellen.

Die Rubrik „Informieren“ enthält die Punkte „Programme“, „Grundsätze nationaldemokratischer Politik“, „Oft gefragt“, „Personen“, „Geschichte der NPD“ und „NPD vor Ort“. Unter dem Punkt „Programme“ findet sich das 2010 in Bamberg beschlossene Parteiprogramm zum PDF-Download. Der Verweis auf den Materialdienst ermöglicht auch die Bestellung einer gedruckten Version. Der Titel des Parteiprogramms ist angegeben mit „Arbeit, Familie, Vaterland“, den drei Schlagworten, die auch auf der Startseite der Website einen zentralen Platz einnehmen. Zusätzlich bietet die Seite das komplette Parteiprogramm (19 Kapitel) als Audiodateien an, in denen sich der/die UserIn das Programm in gesprochener Form anhören kann. Auch das Europaprogramm der NPD wird zum PDF-Download angeboten sowie das „Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland“, das als Grundlage der Bundestagswahlkämpfe 2002 und 2005 diente. Auch zum Download angeboten wird das Bundestagswahlprogramm der NPD des Jahres 2009. Alle Download-Dokumente zeichnen sich durch ein hochprofessionelles Layout und klare Strukturierungen sowie großen Umfang und Informationsgehalt aus. Im Seitenteil des Punktes „Programme“ finden sich Direktlinks zu den Mitglieds- und Kontaktformularen sowie zu den Social Web-Auftritten der NPD über die Symbole von Facebook, Twitter und YouTube. Ein Klick auf die Logos der jeweiligen sozialen Plattform genügt, um direkt auf das jeweilige Angebot der NPD zu gelangen.

Unter dem Punkt „Grundsätze nationaldemokratischer Politik“ finden sich umfangreiche Texte verschiedener AutorInnen mit den Titeln: „Arbeitsplätze für Deutsche“, „Raumorientierte Volkswirtschaft“, „Neue Ordnung Nationaldemokratie“, „Gesunde Heimat – Gesunde Natur“, „Volk, Nation, Staat – was ist Nationalismus?“, „Sicherheit stärken – Verbrechen bekämpfen“, „Heimatschutz statt Weltpolizei“, „Nationale Solidarität“, „Schluss mit dem Rentenbetrug!“ und „Der Fünf-Punkte-Plan der NPD zur Ausländerrückführung“. Die einzelnen Beiträge enthalten jeweils große Textmengen und sollen wohl die Grundsätze der Partei zu Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Umwelt-, Sicherheitspolitik und anderen Politikfeldern darlegen. Auch der Punkt „Oft gefragt“ liefert Informationen zu Zielsetzungen, Lösungsansätzen und Programmatik der Partei. Hier wird auf eine gängige Form der Informationsvermittlung im Internet gesetzt.

So ist es üblich auf Homepages unter „Frequently Asked Questions“ (FAQ) eine Sammlung häufig gestellter Fragen und den dazugehörigen Antworten bereitzustellen, um gewisse Fragestellungen vorwegzunehmen und Information in kurzer prägnanter Form bereitzustellen. Die „häufig gestellten Fragen“ der Homepage der NPD enthalten die Selbstdarstellung der Partei hinsichtlich dem Verhältnis der NPD zu Antisemitismus, Demokratiefeindlichkeit, Grundgesetz, Gewaltbereitschaft und Ausländerfeindlichkeit. Angesichts der Strukturierung der Fragen und der Aufbereitung der Antworten liegt es nahe, dass die NPD in dieser Rubrik vorbeugend gegen (berechtigte) Vorurteile und Vorwürfe an ihre Programmatik vorgehen will. Hier wird ihre Taktik der Ambivalenz bezüglich ihrer offenen und latenten Positionierung zu Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt sichtbar. Dies äußert sich beispielsweise in der in den FAQ zu findenden Aussage:

„Nein, wir sind keine ausländerfeindliche, sondern eine einwanderungsfeindliche Partei. (...) Wir sind in allererster Linie eine inländerfreundliche Partei. Deutschland hat das Land der Deutschen zu bleiben, weshalb wir vor allem einwanderungsfeindlich sind.“

(Quelle: <http://www.npd.de/html/1939/artikel/detail/2096/>, 14. 04. 2011)

Die Personalstruktur der Partei ist ausführlich dargestellt, dabei werden der Parteivorsitzende Udo Voigt sowie die Mitglieder des Parteivorstands und Parteipräsidiums namentlich genannt und mit Foto und mehr oder weniger ausführlichem Lebenslauf präsentiert. Die Geschichte der NPD wird unter einem eigenen Punkt in ausführlichen Artikeln dargestellt. Dabei wird eine Unterteilung in die Gründung, die Erfolge bis 1969, die Zeit der Krise und den Wiederaufstieg in den 1990ern vorgenommen. Im Abschnitt „NPD vor Ort“ wird zur Kontaktaufnahme und Unterstützung der NPD-Organisationen in ganz Deutschland aufgerufen. Dazu finden sich die Kontaktdaten der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände der Partei.

Die Rubrik „Handeln“ enthält die Unterpunkte „Material bestellen“, „Mitglied werden“, „Spenden“, „Kontakt aufnehmen“ und „Herunter laden“. Der NPD-Materialdienst, der unter einer eigenen URL (<http://www.npd-materialdienst.de/>) erreichbar ist, bietet beispielsweise Flugblätter, Werbeartikel,

Geschäftsausstattung, Bekleidung und Bücher zum Download oder Versand an. Das Mitgliedsformular wird zum Download angeboten und unter dem Punkt „Spenden“ wird ein Spendenaufruf gestartet, unter Angabe der Kontodaten, einem eigens als PDF bereitgestellten Spendenblatt inkl. einer Zahlscheinausfüllhilfe. Auch hier wird das automatisierte Kontaktformular der Startseite wieder angeführt. Unter dem Punkt „Herunterladen“ wird das Logo der NPD in verschiedenen Designs und Formaten zum Download angeboten. Außerdem werden aktuelle Flugblätter „zum selbst ausdrucken und verteilen“ bereitgestellt.

Soweit zum strukturellen Aufbau und den Inhalten der Homepage. Grundsätzlich ist dabei ein hoher Grad an Aktualität und Professionalität, auch in technischer Hinsicht festzustellen. Die Seite präsentiert sich in ihrer Aufmachung bewusst seriös und verzichtet auf verbotene rechtsextreme Inhalte, wie beispielsweise einschlägige Symbole, Gewaltdarstellungen oder ähnliches. Um den rechtsextremen Charakter der Homepage festzustellen, bedarf es einem genaueren Durchforsten der (Text-)Inhalte und dabei auch der Kenntnis rechtsextremer Ideologiebestandteile und Argumentationsformen durch den/die NutzerIn.

Nun soll anhand konkreter Fragestellungen die Erfüllung der Funktionen rechtsextremer Internetauftritte nach Pfeiffer am Beispiel der NPD-Homepage erfragt werden.

1. Welche Verweisstruktur lässt sich auf der NPD-Website ausmachen und wie trägt diese zu einer Vernetzung bei?

Die Verweisstruktur der NPD-Homepage weist verhältnismäßig wenige externe Links auf. Die Verweise befinden sich unter den Punkten „Aktuelles in Kürze“, teilweise in den Texten unter dem Punkt „Erkennen“ sowie eine umfassende Linksammlung unter „NPD vor Ort“. Auffällig dabei ist, dass nahezu alle Links auf Websites von NPD-Organisationen verweisen. Fast alle Links führen zu den eigenen Websites der Landes- oder Kreisverbände. Ein Link führt zu einem Artikel des rechtsextremen Infoblogs DeutschlandEcho.info. Ein weiterer Link führt zur

Facebook-Statusmeldung des Fraktionsvorsitzenden der saarländischen NPD Frank Franz, der auf eine aktuelle Parteiveranstaltung hinweist. Ein weiterer Link führt zur Homepage der Jugendorganisation der NPD den „Jungen Nationaldemokraten“. Auch die Übernahme von Texten erfolgt zum Großteil von NPD-Organisationswebsites. Dies lässt erkennen, dass sich die NPD in diesem Fall fast ausschließlich mit eigenen Unterorganisationen vernetzt. Im Hinblick auf die fast vollständig fehlenden Links zu anderen rechtsextremen Organisationen kann festgestellt werden, dass eventuell absichtlich auf Links verzichtet wird, um sich von diesen abzugrenzen. Eine Vernetzung mit freien Kameradschaften und Skinheadgruppen oder mit internationalen rechtsextremen Organisationen, lässt sich anhand der Linkstruktur der Website der NPD nicht ablesen.

2. Wie umfangreich präsentiert sich die NPD auf ihrer Homepage und welche Dienste des Web 2.0 nutzt sie?

Die Homepage der NPD bietet einen verhältnismäßig großen Umfang. Dabei wird umfassend Text- und Bildmaterial zur Verfügung gestellt. Die einzelnen Informationstexte auf der Seite behandeln ein breites inhaltliches Spektrum. Die Organisationsstruktur der Partei, ihre Programme und Zielsetzung werden umfassend dargestellt. Bei der Nutzung von Plattformen des Web 2.0 werden Direktverweise auf die Profile der NPD bei YouTube, Facebook und Twitter gesetzt. Bei YouTube betreibt die NPD mit offensiv.tv einen eigenen Kanal, der 48. 777 Aufrufe und 502 Abonnenten zählt. Darauf werden 26 Videos veröffentlicht. Ein weiterer Direktverweis führt auf das Facebook-Profil der NPD, auf dem sich die Partei präsentiert. Dort werden Informationen über die Partei, ihre politischen Aktivitäten und Zielsetzung, sowie eine beachtliche Sammlung an Diskussionsthemen, Fotos, Videos und Veranstaltungstipps zur Verfügung gestellt. Auch der Twitter-Account der NPD ist über einen direkten Link von der Homepage aus aufrufbar und enthält eine Vielzahl an tagesaktuellen „Tweets“ (Kurznachrichten). Der Internetauftritt der NPD ist professionell und umfangreich gestaltet. Die Homepage bietet eine Fülle an Informationsmaterial und bindet auf ihrer Seite aktiv Web 2.0-Elemente wie den „Gefällt mir“- Button ein. Außerdem wird an prominenter Stelle auf das Web 2.0 Angebot auf den gängigen Online-

Plattformen hingewiesen. Die NPD nutzt diese, um ihre Weltansicht breitenwirksam und ohne große Barrieren zu verbreiten.

3. Wird aktiv zur Mitgliedschaft aufgerufen?

Eine Mitgliedschaft wird an mehreren Stellen aktiv beworben.



Abbildung 5-3: Aufruf zur Mitgliedschaft

(Quelle: <http://www.npd.de/startseite/>, 15. 04. 2011)

Mehrfach wird dieser Button in die Homepage der NPD eingebunden. Klickt man ihn an, gelangt man direkt zum Download eines Beitrittsformulars und allen Informationen wie der Beitritt funktioniert. Dies ermöglicht einen raschen und unkomplizierten Beitritt zur Partei.

4. Wird zur Teilnahme an Demonstrationen oder Veranstaltungen aufgerufen?

Die NPD ruft in ihren Internetangeboten aktiv zur Teilnahme an Veranstaltungen auf.



Abbildung 5-4: Veranstaltungsankündigung

(Quelle: <http://www.npd.de/startseite/>, 15. 04. 2011)

Bereits auf der Startseite der Homepage wird über obige Einschaltung an prominenter Stelle zur Teilnahme an einem NPD-Kongress und der dazugehörigen Demonstration aufgerufen. Auch auf dem Facebook-Profil der NPD wird der „Sozialkongress der NPD“ beworben. Generell wird der Punkt „Veranstaltungen“ auf dem Facebook-Profil für die Ankündigung von aktuellen NPD-Veranstaltungen rege genutzt. Eine Vielzahl von Gedenktagen, Kundgebungen, Demonstrationen oder Festen wurden im letzten Jahr unter <http://www.facebook.com/npd.de?sk=pe> veröffentlicht.

5. Werden Artikel oder Material zum Versand oder Download angeboten?

Auf der Homepage der NPD wird das Erscheinen des DS-Katalogs beworben. DS steht in diesem Fall für die Parteizeitung der NPD „Deutsche Stimme“. Klickt man auf das unten dargestellte Bild, welches unübersehbar auf der Homepage der NPD positioniert ist, wird man zur Online-Version des Katalogs weitergeleitet. Dieser bietet auf 123 Seiten umfangreiches einschlägiges Material an. Er enthält eine Vielzahl an Büchern, Bekleidung, Tonträgern, Schmuck und Spielzeug. Die Ware kann über Telefon und Bestellformular angefordert werden. Über einen Direktlink gelangt man zum Online-Versandhaus der „Deutschen Stimme“ dem „Nationalen Warenhaus“, wo eine direkte Bestellmöglichkeit besteht.



Abbildung 5-5: Werbung für Versandkatalog
(Quelle: <http://www.npd.de/handeln/>, 15. 04. 2011)

Auf der Startseite wird außerdem über ein eigenes Symbol zum Bestellen von Material aufgerufen. Klickt man dieses an, landet man auf einem Verweis, der einen zur eigenen Website des NPD-Materialdienstes unter der URL <http://www.npd-materialdienst.de/index1.html> führt. Hier wird über einen eigenen Internetversanddienst umfassendes Material der NPD zum Verkauf angeboten.



Abbildung 5-6: Symbol zur Materialbestellung

(Quelle: <http://www.npd.de/startseite/>, 15. 04. 2011)

Die Produktpalette reicht von Aufklebern, Flugblättern, Bekleidung, Feuerzeugen, Zollstöcken bis zu Sonnenschirmen und Klapptischen, um die NPD beispielsweise in der Fußgängerzone zu präsentieren. Alle Artikel sind mit dem NPD-Logo und teilweise mit Wahlsprüchen der Partei versehen. Die Aufgabe des Materialdienstes ist es, das Material werbewirksam unter die Bevölkerung zu bringen. Es soll die MitstreiterInnen der NPD mit Material versorgen, das für die alltägliche Arbeit oder den Wahlkampf benötigt wird.

6. Lässt sich eindeutig jugendaffine Propaganda finden?

Die moderne Gestaltung und Einbindung einer Vielzahl an multimedialen und interaktiven Angeboten lässt grundsätzlich darauf schließen, dass auch vermehrt Jugendliche von der NPD-Internetpropaganda angesprochen werden sollen. Eine direkte Ansprache von Jugendlichen ist auf der Hauptseite der NPD nicht zu finden. Es wird mehrfach durch Links auf die Jugendorganisation der NPD verwiesen, die „Jungen Nationaldemokraten“. Diese machen die Besetzung des vorpolitischen Raums zu ihrem Hauptziel und verweisen auf ihrer Homepage auf Aktivismus und Gemeinschaft, Themen die auf junge Menschen besonders anziehend wirken. Die NPD nutzt die Angebote des Web 2.0 ausführlich. Sie stellte Musik- und Wahlvideos oder Mitschnitte von Veranstaltungen zur Selbstdarstellung ins Netz. Ihr Facebook-Profil wird immer aktuell gehalten und der Textnachrichtendienst Twitter wird verstärkt von AktivistInnen der NPD genutzt. Als wichtigstes Mittel, um die Jugend anzusprechen wird die Musik bewertet. Die Verbreitung rechtsextremer Musik wird von der NPD bewusst vorangetrieben und sie stellt die „Schulhof CD“ in ihrem Wochenbrief vor und

bietet einen Download auf der eigenen Domain an. Dort lassen sich die Musikstücke auch ohne Download direkt anhören.

Der Link zum Musikvideo von Sascha Korn „Mein Land“ aus der NPD-Wahlwerbung wurde sowohl im Wochenbrief beworben, als auch auf der Homepage der NPD online zugänglich gemacht, außerdem ist das Video auf YouTube abrufbar.



Abbildung 5-7: Werbung für rechtsextremes Musikangebot

(Quelle: <http://www.npd-wochenbrief.de/aktuell/wb1.html>, 15. 04. 2011)

Auch wenn sich auf der Homepage der NPD-Bundespartei nur wenige Elemente finden lassen, die sich direkt an Jugendliche wenden, sieht auch jugendschutz.net in dem großen Einsatz multimedialer Mittel und Nutzung der Plattformen des Web 2.0 die Absicht, vermehrt eine jugendliche Zielgruppe anzusprechen. Die direkte Ansprache von Jugendlichen konnte jugendschutz.net nur vereinzelt dokumentieren, beispielsweise bei der Verbreitung der „Schulhof CDs“, einem fremdenfeindliche Jugendcomic mit dem Titel „Der große Kampf. Enten gegen Hühner“ oder einem Jugendhilfeangebot der NPD in Hessen (bei Lehrstellensuche oder schulischen Problemen). (vgl. http://www.jugendschutz.net/pdf/NPD_Sep09.pdf, 15. 04. 2011)

Die Internetpräsenz der NPD ist umfangreich, modern, interaktiv und multimedial. Die Website soll einen seriösen Eindruck vermitteln, ist technisch professionell gestaltet, arbeitet mit Logos, einem modernen Layout und einer durchgängigen Corporate Identity. Der Aufbau der Website ist userInnenfreundlich und bietet viel Information und textlichen Inhalt. Es lassen sich keine einschlägigen, verbotenen rechtsextremen Codes, Bilder oder Symbole auf den ersten Blick erkennen. Die Internetpropaganda der NPD arbeitet subtil. Der professionelle, seriös wirkende Auftritt im Netz verdeckt den Rechtsextremismus in den einzelnen Inhalten, Texten und Bildern. Es wird ein gemäßigtes Bild der Partei vermittelt. Die grundsätzlichen Aussagen der Seite werden sachlich formuliert und es bedarf einer gewissen Kenntnis rechtsextremen Gedankenguts, um die pseudojournalistisch und -wissenschaftlich aufbereiteten Texte zu durchschauen. Der Internetauftritt der NPD wirkt keinesfalls ewiggestrig oder altmodisch. Bei genauerem Beurteilen der Inhalte fallen jedoch klar rassistische, fremdenfeindliche, auf die Volksgemeinschaft und gegen den Universalismus ausgerichtete Bild-, Video- und Textinhalte auf. Der Grad der **Vernetzung** lässt sich ohnehin nur schwer über die Verweisstruktur einer Homepage einschätzen. Die Linkstruktur der NPD-Homepage jedoch verweist größtenteils auf Teil- oder Unterorganisationen ihrer selbst. Das Internet trägt also jedenfalls zur Vernetzung der einzelnen Verbände und auch Einzelpersonen des Umfeldes der NPD deutschlandweit bei. Direkte Aktionen und Veranstaltungen haben im „Kampf um die Straße“ der NPD einen massiven Bedeutungszuwachs erfahren. Die Demonstrationspolitik der NPD ist zentraler Bestandteil ihres Viersäulenkonzepts und der wichtigen Herstellung öffentlicher Präsenz. Die Homepage der NPD und auch ihre Web 2.0-Auftritte auf Facebook, Twitter oder YouTube sind durch Ankündigungen, Mitschnitte oder Materialdownload zur Mitgestaltung von Veranstaltungen das zentrale **Mobilisierungsinstrument**. Die NPD wendet sich mit multimedialen, modernen Internetauftritten an ein jugendliches Publikum. Sie bindet Videos, Musik, soziale Netzwerke, Comics und Projekte wie die „Schulhof CD“ in ihre Internetpräsenz mit ein und betreibt dadurch eindeutig **jugendaffine Werbung**. Auch den **kommerziellen Vertrieb von Szene-Produkten** betreibt die NPD. Sie bietet einen eigenen Katalog des Parteiorgans „Deutsche Stimme“ mit einem riesigen Angebot an einschlägiger Musik, Bekleidung, Literatur und

sonstigem Material und bietet außerdem unter einer eigenen Internetdomain noch zusätzlich einen eigenständigen Materialdienst, über den ebenso eine Vielzahl an Werbemitteln etc. direkt vertrieben wird. Der Online-Versand ermöglicht eine unkomplizierte, breite Streuung werbewirksamer Artikel direkt über das Internet. In punkto **Strafvermeidung** scheint die NPD der Strategie zu folgen, die eigenen Inhalte unter der Strafbarkeitsgrenze zu halten. Betrieben wird die Seite von einem deutschen Server aus. Die NPD ist im Internet breit aufgestellt, eine Vielzahl an NPD-nahen Internetinhalten ist online. Die Internetpräsenz der NPD erfüllt die von Pfeiffer festgelegten Elemente zum Großteil. Die innere Kommunikation und der Informationsfluss wird erleichtert und die regionale und nationale Vernetzung verstärkt. Das Internet gilt als wichtiges Mobilisierungsinstrument bei Aktionen auf der Straße und trägt zu einem Ausbau der „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ bei, der vor allem Jugendliche adressiert. Die Breitenwirkung des deutschen Rechtsextremismus wird durch das Internet sicherlich erhöht. Es kann über die barrierefreien Zugänge der Homepages, Video- und sozialen Plattformen eine so große NutzerInnengruppe adressiert werden wie mit keinem anderen Szenemedium zuvor. Der direkte Kontakt zur rechten Szene oder auch nur das Interesse an rechtsextremen Inhalten ist nicht nötig, um beim Surfen zufällig auf ein rechtsextremes Video oder Profil zu stoßen. Zumal sich die verbale Tarnung und die Subtilität, mit der die NPD agiert, in den letzten Jahren verstärkt hat. Breitenwirkung wird weniger durch die szeneeigenen Plattformen erreicht, sondern vielmehr über die eigene Präsenz auf herkömmlichen Plattformen des Web 2.0. Versandhandel, Szenechannels auf YouTube und Profile in den sozialen Plattformen sollen vor allem ein modernes, dynamisches, jugendliches Image unterstreichen und halten sich fern von rechtsextremistisch besetzter Symbolik. Die Internetpräsenz der NPD erfüllt all diese Funktionen. Sie nutzt das Internet als breitenwirksames, jugendaffines Instrument zur gegenseitigen Vernetzung sowie zur Verbreitung der eigenen Weltanschauung und Propaganda auf einem unkomplizierten und dennoch effektiven Weg.

6 GEGENSTRATEGIEN

Den Gegenstrategien zu Rechtsextremismus im Internet liegen zwei Strategien zugrunde. Die eine läuft über Verbote und Repression, die andere zielt auf die Stärkung der Demokratie und Zivilgesellschaft sowie auf verstärkte Aufklärungs- und Informationsangebote und medienpädagogische Maßnahmen. Im Folgenden sollen die politischen und zivilgesellschaftlichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus im Internet dargestellt werden. Dabei werden die Aufgabe des Verfassungsschutzes in diesem Zusammenhang und die Arbeit von jugendschutz.net beschrieben. Als Beispiel für zivilgesellschaftliche Internetinitiativen im Web 2.0 wird die Plattform Netz-gegen-Nazis.de vorgestellt und insbesondere die Kampagne „Soziale Netzwerke gegen Nazis“ genauer beschrieben.

6.1 POLITISCHE MAßNAHMEN

Die verschiedenen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus stellen eine Herausforderung für die Politik dar. Die Ideologie, die dem Rechtsextremismus zugrunde liegt, widerspricht den Menschenrechten und bekämpft den demokratischen Verfassungsstaat. Die verschiedenen Aktionsformen des Rechtsextremismus können den „öffentlichen Frieden“ stören und zu Gewalttaten führen. Demnach bedarf es politischer Maßnahmen, um den Rechtsextremismus zu bekämpfen. Am effektivsten kann dies über zwei Achsen erfolgen. Zum einen bedarf es der Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft zum anderen einer effektiven Strafverfolgung. (vgl. Körper 2009, S. 529)

Der deutsche Staat hat folgende repressiven Maßnahmen gegen Rechtsextremismus eingeleitet: (Körper 2009, S. 529)

- strafrechtliche Ahndung von Propagandadelikten, Verwendung von Symbolen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung bzw. Aufstachelung zum Rassenhass
- Verbot von Vereinen und Kameradschaften
- Überwachung durch den Verfassungsschutz

- Verschärfung des Versammlungsrechts, Auflösung und Demonstrationen durch Polizei und Gerichte

In Österreich greifen zusätzlich die Inhalte des Verbotsgesetzes und des Mediengesetzes gegen den Rechtsextremismus. Grundsätzlich gilt, dass alles was im realen Leben verboten ist, auch im Internet strafrechtlich geahndet werden kann.

Der Staat beteiligt sich auch an der Aufklärungs- und Informationsfunktion und unterstützt Projekte, die das Demokratieverständnis des/der StaatsbürgerIn und die Zivilgesellschaft stärken sollen. Dabei startete beispielsweise die deutsche Regierung im Jahr 2001 ein Aktionsprogramm mit dem Titel „Jugend für Toleranz und Demokratie“, das zahlreiche Projektarbeiten im Bereich der Rechtsextremismusbekämpfung enthielt. Auch Einrichtungen wie jugendschutz.net fallen in den Verantwortungsbereich von staatlichen Behörden (Jugendministerien der Länder).

(vgl. Körper 2009, S. 530; http://www.jugendschutz.net/jugendschutz_net/Auftrag/index.html, 10. 04. 2011)

6.1.1 DER VERFASSUNGSSCHUTZ

In Deutschland und Österreich ist der Verfassungsschutz jene Behörde, die sich am intensivsten mit Belangen des Rechtsextremismus auseinandersetzt. Folgende Selbstdarstellung ist der Homepage des deutschen Verfassungsschutzes entnommen:

Gemäß § 3 Bundesverfassungsschutzgesetz hat das BfV gemeinsam mit den Landesbehörden für Verfassungsschutz (LfV) "Auskünfte, Nachrichten und sonstige Unterlagen" zu sammeln und auszuwerten über

1. Bestrebungen, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder
- gegen den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 Abs. 2 GG), insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind,

2. geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht (Spionagebekämpfung).
3. Ferner wirkt das BfV nach § 3 Abs. 2 BVerfSchG beim Geheim- und Sabotageschutz mit. (Quelle: http://www.verfassungsschutz.de/de/das_bfv/waswirtun/was_genau.html, 10. 04. 2011)

In Österreich ist das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) im Innenministerium angesiedelt und schützt verfassungsmäßige Einrichtungen der Republik Österreich. Zu seinen Aufgaben zählt die Bekämpfung extremistischer Phänomene. Die jährlich herausgegebenen Verfassungsschutzberichte enthalten stets aktuelle Daten und Einschätzungen zum Rechtsextremismus. Der Verfassungsschutz beobachtet die rechtsextreme Szene und ihre Aktivitäten und kann auch zur strafrechtlichen Verfolgung dieser beitragen. Der Verfassungsschutzbericht des BVT im Jahr 2010 enthält auch eine Darstellung über rechtsextreme Aktivitäten im Internet. (vgl. http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Verfassungsschutz/BVT_VSB_2010_20100401_Onlinefassung.pdf, 10. 04. 2011)

Der Verfassungsschutz betreibt nicht nur eine Überwachung der Szene, er übernimmt auch eine Aufklärungs- und Informationsfunktion bezüglich Rechtsextremismus und seine Onlineaktivitäten. So bieten die Verfassungsschutzbehörden Publikationen, wie Berichte oder Informationsmaterial über Rechtsextremismus auch online an, und sehen in ihrer Informationsfunktion für den/die BürgerIn eine Möglichkeit, das Gemeinwesen und damit die Abwehrbereitschaft gegen demokratiegefährdende Strömungen zu stärken. (vgl. <http://www.verfassungsschutzgegenrechtsextremismus.de/de/aufgaben-des-verfassungsschutzes.html>, 10. 04. 2011)

6.1.2 FILTERSOFTWARE UND MELDEFORMULARE

Durch Filtersoftware können verbotene Inhalte des Internets unzugänglich gemacht werden. Dabei werden aufgerufene Websites mithilfe von auf einer Datenbank gespeicherten Reizbegriffen untersucht. Inhalte, die auf indizierte Reizbegriffe ansprechen, werden somit herausgefiltert und nicht angezeigt. Jedoch würde eine umfassende Anwendung von Filtersoftware einer Zensur des Internets gleichkommen und auch aufklärendes Informationsmaterial sperren. Informationsmaterial, das sich mit Rechtsextremismus auseinandersetzt, verwendet auch zwangsläufig Begriffe, die mit Rechtsextremismus zu tun haben. Eine Software kann nicht zwischen illegalen, volksverhetzenden und aufklärenden Inhalten unterscheiden. (vgl. Parker 2002, S. 132)

Viele Stellen, die sich gegen Rechtsextremismus im Internet engagieren, bieten die Möglichkeit der Meldung von rechtsextremen Internetinhalten. Grundsätzlich kann man rechtsextreme Internetinhalte auch direkt bei der zuständigen Behörde (Polizei, Staatsanwaltschaft) anzeigen. Die Meldeformulare, die im Internet etwa auf Netz-gegen-Nazis.de oder hass-im-netz.info zur Verfügung stehen, leiten die Beschwerden direkt an die zuständige Polizeibehörde weiter, oder lassen den gemeldeten Inhalt von jugendschutz.net überprüfen. Es reicht dabei die Angabe der URL des jeweiligen verbotenen Inhalts und des Beschwerdegrundes. Bei vielen AnbieterInnen von Diensten des Web 2.0 können verbotene Inhalte über ein Kontaktformular gemeldet werden. So etwa bei YouTube, Facebook, MySpace, StudiVZ, Twitter etc. Da diese Provider in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen Passagen gegen Hate-Speech führen, kommen sie der Bitte um Löschung der illegalen Inhalte auch meistens nach.

(vgl. <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/was-konkret-tun-gegen-rechtsextremismus-im-internet-7367>; <http://www.hass-im-netz.info/was-tun/beschwerdestelle.html>, 11. 04. 2011)

6.1.3 JUGENDSCHUTZ.NET

jugenschutz.net ist ein Beispiel für eine politisch unterstützte Initiative gegen verbotene und jugendgefährdende Internetinhalte. Gegründet 1997 von den Jugendministern aller deutschen Bundesländer, ist seine Hauptaufgabe jugenschutzrelevante Internetangebote zu überwachen und die Einhaltung von Jugendschutzbestimmungen zu gewährleisten. Seit 2003, mit in Kraft treten des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages (JMStV) ist jugenschutz.net für die Kontrolle von Medienangeboten, die sich an die Öffentlichkeit richten und auch von interaktiven und kommunikativen Telediensten wie Chat oder E-Mail, zuständig. jugenschutz.net unterstützt die obersten Landesjugendbehörden bei der Durchsetzung des Jugendschutzes im Internet. Organisatorisch ist es dabei an die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) gebunden. Bei Verstößen gegen die Bestimmungen des JMStV weist jugenschutz.net die AnbieterInnen darauf hin und informiert die anerkannten Einrichtungen der freiwilligen Selbstkontrolle und die KJM. Außerdem zählt die Beratung und Schulung bei Telemedien und Information über jugenschutzrelevante Entwicklungen und Probleme in Internetdiensten zu den Kernkompetenzen von jugenschutz.net.

(vgl. http://www.jugendschutz.net/jugendschutz_net/Auftrag/index.html, 11. 04. 2011)

Grundsätzlich beobachtet jugendschutz.net verschiedene jugendgefährdende Inhalte im Internet wie Gewaltdarstellungen (im sexuellen Kontext), Tasteless-Angebote (Fotos oder Videos von verletzten, verunstalteten oder toten Personen), Darstellungen von Kriegsgräueln und Gewaltcomputerspielen. Einen besonderen Stellenwert in der Arbeit von jugendschutz.net nimmt jedoch die Kontrolle und Bekämpfung von rechtsextremen Internetinhalten ein. Dazu veröffentlicht die Plattform einen jährlichen Projektbericht mit dem Titel „Rechtsextremismus Online“, in dem aktuelle Daten und Entwicklungen der rechtsextremen Internetpräsenz aufgearbeitet werden. Die Arbeitsweise von jugendschutz.net setzt sich aus gezieltem, exemplarischem Handeln, Konzentration auf jugendschutzrelevante Angebote und vielfältige Kooperationen und Kommunikation mit wichtigen Schnittstellen zusammen. Dabei werden Beschwerden von NutzerInnen über eine Hotline oder Online-Meldeformulare entgegengenommen. Die MitarbeiterInnen von jugendschutz.net suchen auch selbst nach relevanten Internetinhalten. jugendschutz.net tritt mit den AnbieterInnen oder Host-Providern unzulässiger Internetinhalte direkt in Kontakt, um eine Änderung oder Löschung zu erwirken. Sollte dies nicht den gewünschten Erfolg bringen, kann jugendschutz.net über die KJM auch ordnungsrechtliche Maßnahmen anstoßen. Um einen umfassenden Jugendschutz im Internet zu ermöglichen, sucht jugendschutz.net die Kommunikation mit den AnbieterInnen von Internetdiensten und versucht diese für das eigene Anliegen zu sensibilisieren.

(vgl. <http://www.jugendschutz.net/gewalt/index.html>;

http://www.jugendschutz.net/jugendschutz_net/Arbeitsweise/index.html, 11. 04. 2011)

Zum Thema Rechtsextremismus im Internet bietet jugendschutz.net ein eigenes Informationsportal: hass-im-netz.info. Auf diesem werden umfangreiche Informationen und Materialien über rechtsextreme Internetaktivitäten bereitgestellt sowie über die Rechtslage und Veranstaltungen zum Thema informiert. Zusätzlich zur Sperrung von rechtsextremen Internetinhalten arbeitet jugendschutz.net aktiv in der medienpädagogischen Prävention gegen Rechtsextremismus mit. Dabei wird in Projektarbeiten eine kritische Auseinandersetzung mit rechtsextremen Internetinhalten gefördert. (vgl. Glaser 2004, S. 222; <http://www.hass-im-netz.info/aktuell>, 10. 04. 2011)

In vier von fünf Fällen gelang es jugendschutz.net eine Löschung der rechtsextremen Internetinhalte zu erwirken. Dabei ist die Zunahme der Bearbeitung ausländischer Fälle auffallend. Der direkte Kontakt mit den Providern stellt mit 90 % Erfolgsquote die effektivste Form des Vorgehens gegen rechtsextreme Internetinhalte dar. Die Kontakte griffen auch auf den großen Plattformen des Web 2.0. So wurden etwa auf MyVideo, YouTube, Google und auch Facebook rechtsextreme Inhalte nach dem Hinweis durch jugendschutz.net gelöscht. Die Kooperation mit den Plattformen des Web 2.0 konnte zwar erfolgreich ausgebaut werden, jedoch stellen die Masse der Angebote und der hohe Grad an Fluktuation ein Problem dar. In diesem Bereich fordert jugendschutz.net nachhaltigere Maßnahmen und verortet hier die größte Herausforderung für seine zukünftige Arbeit.

(vgl. http://hass-im-netz.info/fileadmin/dateien/PK_Berlin/Projektbericht_2009.pdf, 10. 04. 2011)

6.1.4 INACH

Das Internet als globales Medium kennt keine nationalstaatlichen Grenzen und somit stoßen auch nationale Rechtslage und Gesetzgebung im Bereich des Rechtsextremismus im Internet auf besondere Probleme. Internationale Zusammenarbeit ist unumgänglich um rechtsextreme und menschenverachtende Propaganda im Internet einzudämmen. Mit diesem Hintergrund gründete jugendschutz.net 2002 das International Network Against Cyber Hate (INACH). Durch eine stabile internationale Kooperation soll gegen rechtsextreme und rassistische Internetpräsenz vorgegangen werden. Die INACH will durch den Aufbau verbindlicher Netzwerke zur Entwicklung grenzüberschreitender Lösungsansätze gegen Hass-Seiten im Internet beitragen. Dabei gehen die 18 Mitglieder der Initiative gemeinsam gegen transnationale Fälle neonazistischer und rassistischer Internetaktivitäten vor. Die Mitglieder im INACH-Netzwerk sind antirassistische Organisationen und Online-Meldestellen auf internationaler Ebene. Die Arbeit von INACH findet auf internationaler Ebene große Anerkennung. So setzt sich INACH etwa die Sensibilisierung der internationalen Staatengemeinschaft zum Ziel. Auf den Konferenzen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) der vergangenen Jahre, trat INACH aktiv in Erscheinung, um auf das Problem von Rassismus und

Diskriminierung im Internet aufmerksam zu machen. Dazu tragen auch die Publikationen von INACH bei. Der INACH-Bericht veröffentlicht in regelmäßigen Abständen aktuelle Bestandsaufnahmen zu den Themenbereichen Rassismus und Diskriminierung im Internet. Im letzten Bericht wurde explizit auf die Gefahr von Hass-Inhalten in Web 2.0-Angeboten hingewiesen. INACH hielt 2007 eine Konferenz zum Thema "Hate on the Net - Promoting tolerance by means of (media)education" in Berlin ab, in deren Rahmen jugendschutz.net einen Tagungsband veröffentlichte, der umfangreiche Information zu rechtsextremer und rassistischer Internetpropaganda enthält. Außerdem wurde auf der Konferenz eine Resolution verabschiedet, in der INACH die internationale Staatengemeinschaft zur Stärkung der Aktivitäten gegen Hass-Auftritte im Internet auffordert. (vgl. <http://www.jugendschutz.net/International/inach/index.html>, 10. 04. 2011)

6.2 ZIVILGESELLSCHAFTLICHE GEGENINITIATIVEN

Es gibt viele zivilgesellschaftliche Initiativen, die dem Rechtsextremismus im Internet den Kampf ansagen. Ihr Ziel ist es, durch Aufklärung und Information, gegen Rechtsextremismus anzusteuern. Hier gibt es eine Fülle an Angeboten, die von Stiftungen, wissenschaftlichen Forschungsinstituten oder auch von Privatpersonen betrieben werden. Je mehr Webseiten gegen Rechtsextremismus online gehen desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, auf eine seriöse Aufklärungsseite anstatt einer rechtsextremen Propagandaseite zu stoßen.

Ein sachliches Informationsportal ist www.shoa.de, das auf verschiedenen Domains Material über den Holocaust, die Geschichte des Antisemitismus und den Zweiten Weltkrieg sowie das „Dritte Reich“ zur Verfügung stellt. Auch in universitären Kreisen und der politischen Bildung hat sich mittlerweile ein Konsens gebildet, wissenschaftliche Forschungsergebnisse auch online zugänglich zu machen. So bieten wissenschaftliche Institute wie das Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin oder die Bundeszentrale für politische Bildung umfassende Informationen zu Themenkreisen zur Verfügung, die oft vom Rechtsextremismus für sich vereinnahmt werden. (vgl. Fromm 2001, S. 24 f)

haGalil onLine ist das größte jüdische Onlinemagazin Europas. Die Plattform bietet einerseits umfassende Information zum jüdischen Leben in Europa und Israel und ist auch Initiator einer der erfolgreichsten Aktionen gegen rechtsextreme Propaganda im Internet. Der Antisemitismus ist auch heute noch der kleinste gemeinsame Nenner des weltweiten Rechtsextremismus. haGalil onLine handelt nach dem Motto „auf eine Seite voll Lüge und Hass hundert Seiten Wahrheit“. Damit soll ein Überangebot an aufklärenden Internetinhalten das Angebot der rechten Szene zurückdrängen. Durch ein moderiertes Internetforum wird die Interaktivität gefördert und eine Kommunikation mit Juden und Jüdinnen ermöglicht. Auch auf juristischer Ebene ist haGalil gegen Rechtsextremismus aktiv und hat das erste Meldeformular gegen rechtsextremistische Internetseiten angeboten, auf das 50 % aller tatsächlichen Verurteilungen wegen rechtsextremer Propagandadelikte zurückzuführen waren. (vgl. Gal/Livnat 2004, S. 243 - 247)

Grundsätzlich bleibt zu bemerken, dass es viele gesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus im Internet gibt. Genauso vielgestaltig wie der Rechtsextremismus online auftritt, tun dies auch die jeweiligen Gegeninitiativen. Das Feld von Organisationen, Gruppierungen und Privatpersonen ist unüberschaubar und kann im Rahmen dieser Arbeit nicht vollständig erfasst werden. Darum werden im folgenden Abschnitt die Initiative Netz-gegen-Nazis.de und ihre Kampagne „Soziale Netzwerke gegen Nazis“ exemplarisch für zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus im Internet vorgestellt.

6.2.1 NETZ-GEGEN-NAZIS.DE

Die Internetplattform Netz-gegen-Nazis.de wird betrieben von der Amadeu-Antonio-Stiftung in Berlin. Netz-gegen-Nazis.de ist die Website des Projekts „Netz gegen Nazis“, welches 2008 durch Die Zeit, den Deutschen Fußball-Bund e.V. (DFB), die Deutsche Fußball-Liga GmbH, den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und den Deutschen Feuerwehrverband ins Leben gerufen wurde. Die Idee zum Projekt kam Ende 2007 vom Chefredakteur der Zeit Giovanni di Lorenzo und dem Verleger Stefan Holtzbrinck. Medienpartner waren zu Beginn das ZDF und die sozialen Netzwerke der VZ-Gruppe (meinVZ, StudiVZ, SchülerVZ). Als Vorbild fungierte, das mit dem „Grimme Online Award“ ausgezeichnete

Onlineportal „Störungsmelder“, das in seinem Engagement gegen Rechtsextremismus gezielt ein junges Publikum aus dem linken Milieu anspricht. Netz-gegen-Nazis.de soll einen breiteren Rezipientenkreis ansprechen. 2009 wurde die Amadeu-Antonio-Stiftung mit der Trägerschaft für das Projekt beauftragt. Das ZDF zog sich mittlerweile aus seiner Funktion zurück. Als Unterstützer treten Die Zeit, die Freudenbergstiftung und der Generali Zukunftsfonds auf.

(vgl. <http://www.netz-gegen-nazis.de/seite/impressum-0>;

http://www.welt.de/wirtschaft/webwelt/article2106278/Wie_ein_Online_Portal_gegen_Neonazis_kaempft.html, 11. 04. 2011)

Die Initiative Netz gegen Nazis soll zur Netzbildung zwischen verschiedenen AktivistInnen gegen Rechtsextremismus beitragen. Es richtet sich unter anderem an Schulen oder Vereine. Als zentrales Vernetzungs- und Informationsmedium tritt die Website Netz-gegen-Nazis.de in Erscheinung. Das Motto lautet nach eigener Definition: „Netz gegen Nazis – Mit Rat und Tat gegen Rechtsextremismus.“ (Quelle: <http://www.netz-gegen-nazis.de/seite/ueber-uns>, 11. 04. 2011)

Die Plattform verortet das Phänomen Rechtsextremismus in weiten Teilen der Gesellschaft und sieht darin eine Bedrohung des Ideals einer demokratischen pluralistischen Gesellschaft. Netz-gegen-Nazis.de ist der Ansicht, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus nicht allein staatlichen Maßnahmen überlassen werden darf, sondern durch eine aktive Zivilgesellschaft mitgetragen werden muss. Die Eigendefinition des Projekts lautet: (Quelle: <http://www.netz-gegen-nazis.de/seite/ueber-uns>, 11. 04. 2011)

- Demokratie, Toleranz und Pluralismus in der gesamten Gesellschaft fördern
- durch konkrete und praxisnahe Ratschläge die Ausbreitung von Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen von Rechtsextremismus verhindern und sich energisch gegen Verherrlichungen des Nationalsozialismus wenden
- Diskurse über Ursachen und Auswirkungen des Rechtsextremismus fördern, über verschiedene Formen extrem rechten Denkens aufklären und Gegenstrategien finden
- Menschen dazu bringen, ihre Erfahrungen anderen mitzuteilen und voneinander zu lernen
- Experten-Informationen zum Rechtsextremismus und verwandten Themen sowie zu erfolgversprechenden Gegenaktivitäten breit und verständlich verfügbar machen
- möglichst viele Menschen zu Aktivitäten gegen Rechtsextremismus ermutigen
- allen interessierten Nutzern eine Plattform zur Diskussion rechtsextremistischer Vorkommnisse und Erscheinungsformen bieten
- mit Hilfe interaktiver Tools Aktiven und Interessierten die Möglichkeit bieten, sich regional und themenspezifisch zu vernetzen
- durch Einbindung Prominenter das Bewusstsein dafür schärfen, wie wichtig die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist
- Ergebnisse aus dem Online-Projekt hinterher in gedruckter Form weit verbreiten

Der Anspruch der Plattform wurde von Thomas Staudt, der das Konzept ausgearbeitet hat und in der Berliner Redaktion mitarbeitet als „als Enzyklopädie plus moderiertes Forum“ beschrieben. Neben Texten von ExpertInnen zum Thema sollen auch „DurchschnittsbürgerInnen“ ihre Erfahrungen mit Rechtsextremismus einbringen können. Das Netzwerk legt Wert darauf als rein zivilgesellschaftliche Initiative wahrgenommen zu werden. Die durchschnittliche UserInnenzahl beträgt eine Million pro Monat. Unter der Rubrik Wissen bietet Netz-gegen-Nazis.de Information über den Rechtsextremismus, seine Ideologie, seine Organisationsformen und seine alltäglichen Erscheinungsformen. Auf der Startseite finden sich Artikel zu aktuellen Nachrichten betreffend rechtsextremistische Aktivitäten sowie ein Lexikon mit Begriffen und Namen des Rechtsextremismus. Unter den zehn wichtigsten Fragen zum Rechtsextremismus lässt sich auf der Startseite auch die Frage „Was machen Rechtsextreme im Internet?“ finden. Klickt man eine der Fragen an, wird das thematisch dazu geordnete Informationsmaterial der Seite angezeigt. Um das Forum nutzen zu können, bedarf es einer Registrierung durch den/die UserIn. Das Forum von Netz-gegen-Nazis.de soll einen umfassenden Meinungsaustausch und eine Netzwerkbildung von Personen und Gruppen ermöglichen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, und wird täglich von 7 bis 24 Uhr moderiert. Die Seite bietet Information über Hintergründe und aktuelle Entwicklungen im Bereich Rechtsextremismus und fordert aktiv zum Gegensteuern auf. In der Rubrik „Handeln“ werden Strategien und Denkanstöße sowie Ratschläge für richtiges Verhalten gegen Rechtsextremismus im Alltag bereitgestellt.

(vgl. http://www.welt.de/wirtschaft/webwelt/article2106278/Wie_ein_Online_Portal_gegen_Neonazis_kaempft.html;
<http://www.netz-gegen-nazis.de/>, 12. 04. 2011)

Kritik wird an der vermeintlichen Oberflächlichkeit der Seite Netz-gegen-Nazis.de geübt. Es wird viel Information und Material geboten, doch ist einiges davon unvollständig und deshalb fragwürdig. Teilweise sind verallgemeinernde oder ungenügend reflektierende Beiträge im redaktionellen Teil zu finden. Tiefergreifende Themen wie Antisemitismus, Einwanderungsdebatte oder Asylgesetzgebung bleiben unberührt. Der deutsche Rechtsextremismusexperte Burkhard Schröder, der selbst zwei Artikel zur Website beigetragen hat, kritisiert: „Das alles wirkt wie Moraltheologie. Die Haltung der Seite erinnert an den regierungsamtlichen

Kampf gegen rechts seit 2000, der auch nur dazu geführt hat, dass die NPD in mehreren Landtagen sitzt." (zit. n. http://www.welt.de/welt_print/article2017361/Nutzloses_Netz_gegen_Nazis.html, 12. 04. 2011)

Die Kritik an der Oberflächlichkeit und Unvollständigkeit der Website Netz-gegen-Nazis.de ist berechtigt. Jedoch bietet sie auch viel nützliche Information, unter anderem in Texten von anerkannten ExpertInnen, der Förderung von Vernetzung zwischen einzelnen AktivistInnen gegen Rechtsextremismus und die Beobachtung aktueller rechtsextremer Aktivitäten. Auch bei der Nutzung von Netz-gegen-Nazis.de ist die Medienkompetenz des/der einzelnen Nutzers/Nutzerin gefragt.

6.2.2 DIE KAMPAGNE „SOZIALE NETZWERKE GEGEN NAZIS“

An dieser Stelle wird als Beispiel für die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Internetinitiative Netz-gegen-Nazis.de die Kampagne „Soziale Netzwerke gegen Nazis“ aus dem Jahr 2010 dargestellt.

Im Oktober 2010 wurde die Aktion „Soziale Netzwerke gegen Nazis“ gestartet. Nach eigenen Angaben soll Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus im Web 2.0 aktiv entgegengesteuert werden. Die Kampagne wird unter einer eigenen URL online präsentiert: <http://www.soziale-netzwerke-gegen-nazis.de/>.

Die Kampagne richtet sich gezielt gegen die Aktivitäten des Rechtsextremismus in den Diensten des Web 2.0. Der Präsenz der rechtsextremen UserInnen soll durch gesteigerte eigene Präsenz entgegengewirkt werden. Von 11. bis 17. Oktober 2010 fand die Aktionswoche zur Kampagne statt. In diesem Zeitraum beteiligten sich 57 soziale Netzwerke an der Aktion. Die jeweiligen Gruppen auf den Plattformen zählten insgesamt 345.300 Mitglieder. Laut den InitiatorInnen der Kampagne leugnet keine der sozialen Plattformen im Internet das Problem der rechtsextremistischen Nutzung. Die Auseinandersetzung mit dieser ist jedoch aufwendig und nicht jeder einzelne rechtsextreme Beitrag kann, aufgrund der großen Anzahl, erfasst oder gelöscht werden. Die Aktionswoche „Soziale Netzwerke gegen Nazis“ sollte sozialen Netzwerken eine Möglichkeit bieten ihren NutzerInnen folgendes offiziell mitzuteilen: „Wir wollen hier keine Neonazis, Rassisten, Antisemiten, die andere aufgrund ihrer menschenverachtenden Ideologie abwerten und

ausgrenzen – setzt mit uns ein Zeichen und hilft uns, deren Treiben in diesem Netzwerk klare Grenzen aufzuzeigen.“ (Quelle: <http://www.soziale-netzwerke-gegen-nazis.de/fazit>, 12. 04. 2011)

Außerdem sollte die Aktionswoche für die entsprechende mediale Aufmerksamkeit für das Thema Rechtsextremismus im Web 2.0 sorgen. Hauptziel der Aktionswoche war das „Awareness Raising“. Diese Funktion wurde über zahlreiche Presseberichte in Print- und Internetmedien, Radio- und Fernsehberichten sowie einer Berichterstattung im Hauptabendprogramm der „Tagesschau“ erfüllt. Die beteiligten sozialen Netzwerke machten auf ihren Startseiten und durch Newsletter sowie eigens gegründete Gruppen auf die Aktion aufmerksam. In der Kampagne wurde darauf gesetzt, dass soziale Netzwerke über Banner oder Logos auf die Aktion aufmerksam machen. Auch einzelne NutzerInnen wurden dazu aufgerufen, die auf der Seite „Soziale Netzwerke gegen Nazis“ bereitgestellten Logos, als Profilbilder zu nutzen und diese in ihren eigenen Internetauftritt bei Communitys oder Weblogs einzubinden. Außerdem wurde dazu aufgerufen, im redaktionellen Teil der eigenen Website von der Kampagne zu berichten und eigene Gruppen in sozialen Netzwerken zum Thema einzurichten.

(vgl. <http://www.soziale-netzwerke-gegen-nazis.de/downloads>, 12. 04. 2011)



Abbildung 6-1: Kampagnenlogo „Soziale Netzwerke gegen Nazis“

(Quelle: <http://www.soziale-netzwerke-gegen-nazis.de/downloads>, 12. 04. 2011)

Solche und ähnliche Logos wurden zum Download angeboten und auf zahlreichen sozialen Netzwerken und Webauftritten privater Personen eingebunden. Als Zielsetzung gaben die Kampagnenverantwortlichen an, sie solle vor allem Aufmerksamkeit für das Thema Rechtsextremismus im Web 2.0 und Bewusstseinsbildung erreichen. Als längerfristiges Ziel wurde angegeben, es solle

BetreiberInnen und UserInnen sozialer Netzwerke Mut gemacht werden, neue Wege im Umgang mit Rechtsextremismus im Internet einzuschlagen. Die Aktionswoche wurde durch tausende Wortmeldungen in Foren und sozialen Netzwerken begleitet und führte zu ausgedehnten Diskussionen auf den Plattformen des Web 2.0. Auch von Seiten der rechtsextremen InternetaktivistInnen wurde die Kampagne wahrgenommen und auch diese meldeten sich in den ins Leben gerufenen Internetforen zu Wort, um Ihre Anliegen zu vertreten. Die BetreiberInnen der sozialen Netzwerke reagierten darauf mit den entsprechenden Verwarnungen und auch Ausschlüssen aus der jeweiligen Community. (vgl. <http://www.soziale-netzwerke-gegen-nazis.de/fazit>, 12. 04. 2011)

Die zahlenmäßig große Beteiligung von BetreiberInnen und UserInnen der sozialen Netzwerke lässt grundsätzlich auf einen Erfolg der Kampagne schließen. Zumindest die Zielsetzung des „Awareness Raising“ konnte die Kampagne erfüllen und auch eine Diskussion zum Thema in den Foren, Gruppen und Communitys des Web 2.0 anstoßen. Inwieweit diesem ersten Schritt konkrete Initiativen gegen Rechtsextremismus im Internet folgen, bleibt bislang offen. Ein zukünftiges Ziel der KampagneninitiatorInnen ist es, die Netzwerkbildung unter den BetreiberInnen zu verstärken und eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung neuer Methoden im Umgang mit rechtsextremen Internetinhalten zusammenzustellen. Dies soll sowohl online als auch durch reale Vernetzung durch Treffen oder Tagungen ermöglicht werden. Die Messung eines tatsächlichen Erfolgs der Aktion oder der weiteren Fortschritte ist nicht möglich. Die öffentliche Thematisierung des Problems des Rechtsextremismus in sozialen Netzwerken ist der Kampagne durchaus gelungen. (vgl. <http://www.soziale-netzwerke-gegen-nazis.de/fazit>, 11. 04. 2011)

Bei aller berechtigter Kritik an der Plattform Netz-gegen-Nazis.de und ihrer Aktionen wie beispielsweise „Soziale Netzwerke gegen Nazis“ bleibt festzuhalten, dass sie ein maßgeblicher Bestandteil der zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus im Internet sind.

7 ZUSAMMENFASSUNG

Rechtsextreme Internetpräsenz besteht seit dem Anbeginn des Internets. Das Internet entwickelte sich seit seinen Anfängen rasant. Mittlerweile ist es das gängige Medium der Kommunikation und Informationsbeschaffung unserer Zeit geworden. Es durchdringt alle Lebensbereiche und hat Einfluss auf alle Teilbereiche der Gesellschaft. Ihm kommt auch zentrale Bedeutung hinsichtlich der Schaffung politischer Öffentlichkeit zu. Das Internet darf in seiner Bedeutung für die moderne Demokratie jedoch nicht überschätzt werden. Es hat die Politik oder das demokratische System nicht revolutioniert und wird auch nicht zu einer Ablösung der herkömmlichen Massenmedien führen. Das Internet trägt ergänzend zu den normativen Funktionen von Öffentlichkeit und deren Bedeutung für die moderne Demokratie bei, kann aber aufgrund seiner unterschiedlichen Kommunikationsmodi nicht uneingeschränkt als Massenmedium eingeordnet werden.

Der Rechtsextremismus setzt darauf seine Weltanschauung, Denk- und Handlungsmuster in die Mitte der Gesellschaft zu tragen und damit eine „Normalisierung“ dieser zu erreichen. Dabei wurde die Produktion eigener Medien in jüngster Zeit zentraler Bestandteil rechtsextremer Strategie. Die Verbreitung von Propaganda wird in Zeiten, wo eine Auflösung hierarchischer Organisationsstrukturen zu beobachten ist und eine Vernetzung demgegenüber in den Vordergrund rückt, zum zentralen Anliegen. Nahezu alle rechtsextremen Organisationen und ProtagonistInnen haben für diese Zwecke das Internet für sich entdeckt. Dabei wird das Internet zur Bühne der eigenen Selbstdarstellung und zum Multiplikator von rechtsextremen Wertvorstellungen, die über die Netzöffentlichkeit an potentielle SympathisantInnen und UnterstützerInnen weitergegeben werden können. Das Internet bietet hier eine Reihe an Vorteilen, die seine Faszination für die rechtsextreme Szene ausmacht. Es kann eine unbegrenzte Zahl an AdressatInnen auf äußerst kostengünstige und effiziente Weise erreicht werden. Das Risiko der Strafverfolgung kann durch Unübersichtlichkeit, Anonymität und fehlende Kontrollen des Netzes dezimiert werden. Durch die Nutzung des Internets kann ein Ausweg aus festgefahrenen

rechten Kreisen gefunden werden, da im Netz nicht nur Gleichgesinnte, sondern potentiell jede/r UserIn angesprochen werden kann. Die Reichweite ist im Vergleich zu herkömmlichen Szene-Publikationen ungleich höher und durch ein subtiles, vielseitiges Auftreten können gänzlich neue, jugendliche NutzerInnenkreise erschlossen werden.

Der moderne Rechtsextremismus ist als „Erlebniswelt“ konzipiert und trachtet danach, seine verschiedenen Propagandamittel multimedial an ein möglichst breit angelegtes Publikum zu vermitteln. Seine AktivistInnen nutzen das Internet von Anfang an und die rechtsextreme Internetpräsenz professionalisierte sich zunehmend. Das Internet wird als das zentrale Propagandamedium der Szene angesehen. Alle Möglichkeiten des Web 2.0 werden von RechtsextremistInnen genutzt. Dabei präsentiert sich der Rechtsextremismus in all seinen Facetten auf Websites, Blogs, Videoplattformen und sozialen Netzwerken. Musik, Videos, Comics, Bekleidung, Werbeartikel und auch Einladungen zu Aktivitäten sind Bestandteil der multimedialen Propagandastrategie der Rechtsextremen. Die ganze Bandbreite von Parteien, Organisationen und einzelnen SympathisantInnen nutzt das Internet um rechtsextreme Ideologie unters Volk zu bringen. Die rechtsextreme Internetpräsenz erfüllt zentrale strategische Funktionen für die Bewegung und es kann davon ausgegangen werden, dass die Breitenwirkung des Rechtsextremismus nie größer war, als in den heutigen Zeiten multimedialer, interaktiver Kommunikation über das Internet.

Die Gegenstrategien sind ebenso vielfältig. Eine Möglichkeit gegen den Rechtsextremismus im Internet vorzugehen ist Repression über strafrechtliche Verfolgung verbotener rechtsextremer Internetinhalte. Dahingehend ist das Internet kein rechtsfreier Raum und nutzt man die rechtlichen Möglichkeiten konsequent aus, kann erfolgreich gegen rechtsextreme Internetangebote vorgegangen werden. Außerdem unterstützt die Politik vielfach Gegeninitiativen gegen Rechtsextremismus und tritt selbst als Initiator von diesbezüglichen Programmen und Projekten auf. Als weitere Strategie wird die Stärkung einer zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus im Internet gefordert. Eben auch für diese zivilgesellschaftlichen Initiativen bietet das

Internet Möglichkeiten die eigenen Anliegen zu verbreiten und auf diesem Wege Aufklärung über Rechtsextremismus zu betreiben, sich zu vernetzen und aktives Handeln gegen Rechts anzuleiten. Die Demokratie soll gestärkt werden und die individuelle Medienkompetenz des/der einzelnen InternetnutzerIn ausgebaut werden. In diesem Zusammenspiel von rechtlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Strategien gegen Rechtsextremismus im Internet liegt der Schlüssel, um die Gefahr von Rechts im Netz einzudämmen.

LITERATURVERZEICHNIS

ALBY, Tom: WEB 2.0. Konzepte, Anwendungen, Technologien. Carl Hanser Verlag, München, 2008.

BAUER, Werner T.: Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa. Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung. Wien, 2011.

(abrufbar unter:

http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/6_europa/Rechte_Part_eien.pdf)

BECK, Klaus: Computervermittelte Kommunikation im Internet. Oldenbourg Wissenschaftsverlag, München, 2006.

BIEBER, Christoph: Politische Projekte im Internet. Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit. Campus, Frankfurt am Main, 1999.

BUSCH, Christoph/BIRZER, Markus: Rechtsextreme Propaganda im Internet. In: SIEDSCHLAG, Alexander (Hrsg.): Kursbuch Internet und Politik 2004/2005. Politische Öffentlichkeit. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2005.

BUTTERWEGGE, Christoph: Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt? Bemerkungen zur Diskussion über die Entstehungsursachen eines unbegriffenen Problems. In: BUTTERWEGGE, Christoph/LOHMANN, Georg (Hrsg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente. Leske + Budrich, Opladen, 2001.

EBERSBACH, Anja/GLASER, Markus/HEIGL, Richard: Social Web. UVK, Konstanz, 2008.

FLEISSNER, Peter: Wird das Internet Demokratie und Toleranz bringen? In: BAILER-GALANDA, Brigitte (Hrsg.): Das Netz des Hasses. Rassistische, rechtsextreme und neonazistische Propaganda im Internet. Deuticke, Wien, 1997.

FROMM, Rainer/KERNBACH, Barbara: Rechtsextremismus im Internet. Die neue Gefahr. Okog, München, 2001.

GALL, David/LIVNAT, Andrea: haGalil onLine. Strategien gegen Rechts. In: BRAUN, Stephan/HÖRSCH, Daniel (Hrsg.): Rechte Netzwerke – eine Gefahr. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2004.

GEDEN, Oliver: Rechtspopulismus. Funktionslogiken, Gelegenheitsstrukturen, Gegenstrategien. SWP, Berlin, 2007. (abrufbar unter: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2007_S17_gdn_ks.pdf)

GLASER, Stefan: Rassismus im Internet – Anlass zur Auseinandersetzung?! Zur medienpädagogischen Projektarbeit von jugendschutz.net. In: BRAUN, Stephan/HÖRSCH, Daniel (Hrsg.): Rechte Netzwerke – eine Gefahr. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2004.

GRUNWALD, Armin/BANSE, Gerhard/COENER, Christopher/HENNEN, Leonhard: Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. edition sigma, Berlin, 2006.

GÜNTER, Thomas: Rechtliche Möglichkeiten gegen Rechtsextremismus im Internet. In: BRAUN, Stefan/GEISLER, Alexander/GERSTER, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2009.

HARTMANN, Simone: Grundlagen des Internet. In: BAILER-GALANDA, Brigitte (Hrsg.): Das Netz des Hasses. Rassistische, rechtsextreme und neonazistische Propaganda im Internet. Deuticke, Wien, 1997.

HEITMEYER, Wilhelm: Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur Sozialisation männlicher Jugendlicher. Juventa, Weinheim/München, 1993.

HOFFMANN, Uwe: Die NPD. Entwicklung, Ideologie und Struktur. Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main, 1999.

HOLZER, Willibald: Rechtsextremismus. Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. In: Stiftung Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hrsg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. Deuticke, Wien, 1994.

JARREN, Otfried/DONGES, Patrick: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006.

JASCHKE, Hans-Gerd: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Westdeutscher Verlag, Opladen, 1994.

KÖRPER, Fritz Rudolf: Von der Projektarbeit hin zur institutionalisierten Arbeit. In: BRAUN, Stefan/GEISLER, Alexander/GERSTER, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2009.

KRÄMER, Sibylle (Hrsg.): Medien, Computer, Realität. Wirklichkeitsvorstellungen und neue Medien. Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1998.

NEIDHARDT, Friedhelm (Hrsg): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Westdeutscher Verlag, Opladen, 1994.

NEUGEBAUER, Wolfgang: Vorwort. In: BAILER-GALANDA, Brigitte (Hrsg.): Das Netz des Hasses. Rassistische, rechtsextreme und neonazistische Propaganda im Internet. Deuticke, Wien, 1997.

PARKER, Klaus: Rechtsextremismus im Internet. In: GRUMKE, Thomas/WAGNER, Bernd (Hrsg): Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft. Leske + Budrich, Opladen, 2002.

PARKER, Klaus: Und das Recht greift doch. Auch im Internet. In: BRAUN, Stephan/HÖRSCH, Daniel: Rechte Netzwerke – eine Gefahr. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2004.

PFAHL-TRAUGHBER, Armin: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. C.H. Beck, München, 2006.

PFAHL-TRAUGHBER, Armin: Die „alte“ und die „neue“ NPD. Eine vergleichende Betrachtung zu Gefahrenpotential und Profil. In: BRAUN, Stefan/GEISLER, Alexander/GERSTER, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2009.

PFEIFFER, Thomas: Das Internet ist billig, schnell und sauber. Wir lieben es. Rechtsextremisten entdecken den Computer. BPB, 2002. (abrufbar unter: http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/rechts_im_netz.pdf)

PFEIFFER, Thomas: Virtuelle Gegenöffentlichkeit und Ausweg aus dem „rechten Ghetto“. Strategische Funktionen des Internets für den deutschen Rechtsextremismus. In: BRAUN, Stefan/GEISLER, Alexander/GERSTER, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2009.

SCHMÖLZER, Gabriele: Strafrechtliche Aspekte zum Thema Rassismus, Neonazismus und Rechtsextremismus im Internet. In: BAILER-GALANDA, Brigitte (Hrsg.): Das Netz des Hasses. Rassistische, rechtsextreme und neonazistische Propaganda im Internet. Deuticke, Wien, 1997.

SCHÖNHAGEN, Philomen: Soziale Kommunikation im Internet. Zur Theorie und Systematik computervermittelter Kommunikation vor dem Hintergrund der Kommunikationsgeschichte. Lang, Bern, 2004.

SCHULZE, Christoph: Das Viersäulenkonzept der NPD. In: BRAUN, Stefan/GEISLER, Alexander/GERSTER, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2009.

SMITTEN, in der Susanne: Online-Vergemeinschaftung. Potentiale politischen Handelns im Internet. Verlag Reinhard Fischer, München, 2007.

STÖSS, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 2000.

STÖSS, Richard: Rechtsextremismus im Wandel. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 2007.

WELZ, Hans-Georg. Politische Öffentlichkeit und Kommunikation im Internet. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39-40/2002. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2002. (abrufbar unter: http://www.mediaculture-online.de/fileadmin/bibliothek/welz_internetdemokratie/welz_internetdemokratie.pdf)

Internetquellen:

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Verfassungsschutz/BVT_VSB_2010_20100401_Onlinefassung.pdf

<http://www.bpb.de>

http://www.bpb.de/themen/38I41B,0,Rechtsextreme_Jugendkulturen.html

http://www.bpb.de/themen/R813H4,0,0,Geschichte_der_NPD.html

<http://www.comlink.de/cl-hh/m.blumentritt/agr319s.htm>

<http://www.facebook.com/npd.de?sk=pe>

<http://www.hass-im-netz.info/aktuell>
<http://www.hass-im-netz.info/was-tun/beschwerdestelle.html>
<http://www.hass-im-netz.info/hassimnetz/neonazis2-000.html>
http://hass-im-netz.info/fileadmin/dateien/PK_Berlin/Projektbericht_2009.pdf
http://www.jugendkonferenz-nordhessen.de/fileadmin/user_upload/erlebniswelt/Erlebniswelt_Kassel_fuer_Homepage.doc
http://www.jugendschutz.net/jugendschutz_net/Auftrag/index.html
<http://www.jugendschutz.net/gewalt/index.html>
http://www.jugendschutz.net/jugendschutz_net/Arbeitsweise/index.html
<http://www.kija-noe.at/kijaneu/files/rechtsWEB.pdf>
<http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldungen/social-networking-nazis/>
<http://www.netz-gegen-nazis.de/files/Netz.%20Web%20202.0.pdf>
<http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/was-konkret-tun-gegen-rechtsextremismus-im-internet-7367>
<http://www.netz-gegen-nazis.de/>
<http://www.netz-gegen-nazis.de/seite/impressum-0>
<http://www.netz-gegen-nazis.de/seite/ueber-uns>
<http://www.npd.de/>
<http://www.npd.de/html/1939/artikel/detail/2096/>
<http://www.npd-wochenbrief.de/aktuell/wb1.html>
<http://oe1.orf.at/highlights/70572.html>
<http://www.oreillynet.com>
<http://www.soziale-netzwerke-gegen-nazis.de/>
<http://www.soziale-netzwerke-gegen-nazis.de/fazit>
http://www.statistik.at/web_de/presse/024081
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/informationgesellschaft/ikt-einsatz_in_haushalten/index.html
http://www.statistik.at/web_de/static/haushalte_mit_internetzugang_2002_bis_2010_041015.pdf
<http://www.verfassungsschutz.thueringen.de/infomaterial/symposien/2002/Pfahl-Traughber.pdf>

<http://www.verfassungsschutzgegenrechtsextremismus.de/de/erscheinungsformen-des-rechtsextremismus/rechtsextremismus-im-internet.html>

http://www.verfassungsschutz.de/de/das_bfv/waswirtun/was_genau.html

<http://www.verfassungsschutzgegenrechtsextremismus.de/de/aufgaben-des-verfassungsschutzes.html>

http://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=12336&article_id=54211&psmand=30

http://www.welt.de/wirtschaft/webwelt/article2106278/Wie_ein_Online_Portal_gegen_Neonazis_kaempft.html

http://www.welt.de/welt_print/article2017361/Nutzloses_Netz_gegen_Nazis.html

ABSTRACT

Der moderne Rechtsextremismus trachtet danach, seine fremdenfeindlichen, antisemitischen und völkischen Denk- und Handlungsweisen breitenwirksam in die Gesellschaft einzugliedern. Die Szene hat sich von starren, hierarchischen Organisationsstrukturen wegentwickelt und muss nun stärker auf Vernetzung setzen. Für den heutigen Rechtsextremismus ist die Produktion eigener Medien zur Verbreitung rechtsextremer Propaganda zentraler Strategiebestandteil geworden. Dabei entwickelte sich die „Erlebniswelt Rechtsextremismus“, die über zahlreiche Angebote wie Musik, Bekleidung oder Freizeitaktivitäten, eine jugendliche Zielgruppe erreichen will. In diesem Medienmix spielt das Internet und die Möglichkeiten des Web 2.0 eine tragende Rolle. In der Arbeit werden die Nutzung des Internets durch die rechtsextreme Szene und die daraus entstehenden Chancen für den Rechtsextremismus untersucht. Dabei wird auf die Propagandastrategien des Rechtsextremismus und politische sowie zivilgesellschaftliche Gegeninitiativen eingegangen. Es werden anhand des Fallbeispiels der rechtsextremen deutschen Partei NPD die strategischen Funktionen rechtsextremer Internetpräsenz herausgearbeitet.

LEBENS LAUF**SCHATZ Tanja**

Rembrandtstraße 34/1/8

1020 Wien

E-Mail: tanjaschatz@gmx.at

Geburtsdatum: 11.01.1985

Geburtsort: Wolfsberg

Staatsbürgerschaft: Österreich

Bildungsweg:

1991-1995	Volksschule Reichenfels
1994-1999	Hauptschule Bad St. Leonhard
1999-2004	BHAK-Wolfsberg
seit Okt. 2004	Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien

berufliche Tätigkeit:

2008 bis März 2011	BUNDESRECHENZENTRUM GmbH, Assistentin HR Recruiting & Development
--------------------	--